

7. Sitzung des Gemeindeparlamentes
Mittwoch, 26. Juni 2024
Stadthaus, Ratsaal
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.00 Uhr

Anwesend sind: 35 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Sandy Grieder, 4. Simone Sager, 5. Andrea Walder,
6. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Luzia Baumann, 3. Florian Eberhard, 4. Daniela Minikus,
5. Luc Nünlist, 6. Tobias Vega

Junge SP Region Olten:

1. Timo Probst, 2. Cécile Send

Die Mitte:

1. Beat Felber, 2. Darryl Fiechter, 3. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Robin Kiefer, 2. Ursula Rüegg, 3. Philippe Ruf, 4. Marc Winistörfer

Olten jetzt!:

1. Dr. Salome Kisker, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Vivek Sharma, 5. Denise Spirig,
6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident
Marion Rauber, Direktion Bau
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport (ab 19.45 h)
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales (ab 19.10 h)
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend: Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Thomas Fürst
Christian Huber
Nico Zila
Claudia Schmid
Matthias Borner

Unentschuldigt abwesend: -

Ferner anwesend: Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent (bis 20.30 h)
Kurt Schneider, Direktionsleiter Bau (bis 20.30 h)

Vorsitz: Yael Schindler Wildhaber

Protokollführerin: Andrea Baumann, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

Mittwoch, 26. Juni 2024

1. Mitteilungen
2. Sanierung Krematorium, Verpflichtungskredit/Genehmigung
(anschliessend allenfalls Behandlung von Vorstössen des Folgetags)

Donnerstag, 27. Juni 2024

3. Gemeindeparlament/Demission
4. Finanzkommission/Demission und Ersatzwahl
5. Wahl des Büros für die Amtsperiode 2024/2025
6. Einwohnergemeinde Olten, Jahresrechnungen und Verwaltungsbericht 2023/
Genehmigung
7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 7.1. Interpellation Manfred Schoger (Mitte/GLP/EVP) und MU betr. Grünstadt
Schweiz (Label)
 - 7.2. Interpellation Philippe Ruf (SVP) betr. Ladenmix in der Innenstadt, wozu die
Barbershops?
 - 7.3. Interpellation Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Verwendung von städtischen Fonds
 - 7.4. Auftrag Ursula Rüegg (SVP) betr. Free Dogs
 - 7.5. Interpellation GO/JGO und SP/JSP betr. Gemeindefusion
 - * 7.6. Auftrag Matthias Borner (SVP) betr. Häufigere Kartonsammlung für das Gewerbe
 - 7.7. Auftrag Luc Nünlist und Florian Eberhard (SP/JSP) und MU betr. Badi für alle/
Beantwortung

- * 7.8. Interpellation Matthias Borner (SVP) und MU betr. Zusatzkosten wegen zu später Zustellung des Abstimmungsmaterials
- 7.9. Auftrag Muriel Jeisy-Strub (Die Mitte) und MU betr. Vermarktung der Stadt am Oltnen Bahnhof
- 8. Schlussrede der abtretenden Parlamentspräsidentin

* vertagt

* * *

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:

Geschätzter Stadtpräsident, geschätzte Stadträtin, geschätzte Herren Stadträte, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste hier vor Ort und zuhause via YouTube. Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur zweitletzten Sitzung in diesem Legislaturjahr.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:

Totenehrung

Am 5. Mai ist Paul Flubacher verstorben. Er war Gemeinderat von 1969 bis 1977, Mitglied der Feuerwehrkommission, Werkkommission und Betriebskommission ARA.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen zu einer Gedenkminute.

Beilagen

Es wurden Beantwortungen von drei Kleinen Anfrage verschickt. Ich hoffe, ihr habt diese gesehen.

Termine

Ihr habt den Terminplan für die Gemeinderatssitzungen und die Sitzungen der Kommissionen fürs nächste Jahr erhalten. Ich bitte euch, diese Termine gleich vorzumerken.

Schulhaus Kleinholz

Am 1. Juli findet die Schlüsselübergabe beim Schulhaus Kleinholz statt. Ihr alle habt die Einladung erhalten. Meldet euch bitte an, falls ihr teilnehmen könnt. Die Eröffnungsfeier findet dann am 21. September statt. Auch dafür habt ihr eine Einladung erhalten.

Mikrofone

Ich weise euch darauf hin, dass die Handmikrofone nicht funktionieren.

Anpassung Traktandenliste

Matthias Borner hat sich für heute entschuldigt. Falls wir heute bis zum Traktandum 7.6 kämen, würden wir dieses auf morgen verschieben, wenn er wieder anwesend sein wird.

Neue Startzeit der morgigen Sitzung

Aus Rücksicht auf jene, die morgen am Schulfest teilnehmen, würden wir mit der morgigen Sitzung eine Viertelstunde später starten. Wenn es für alle in Ordnung ist, beginnen wir also erst um 19.15 Uhr. Um 20.45 Uhr werden wir die Sitzung beenden und um 21.00 Uhr gibt es einen Apéro in der Suteria.

Vorstösse/Eingang

- Interpellation U. Rüegg und R. Kiefer (SVP) betr. Entwicklung und Ziele der Sozialhilfe
- Kleine Anfrage Yael Schindler Wildhaber (GO/JGO) betr. Effektive Kosten Mittagstische der Stadt Olten
- Auftrag Timo Probst (JSP) betr. Energiekostenzulage
- Auftrag Fraktion GO/JGO betr. Förderung nachhaltiges Bauen
- Auftrag Fraktion GO/JGO betr. Nachhaltiges Bauen bei städtischen Liegenschaften
- Kleine Anfrage Martin Räber (GO) betr. Umweltgerechte Entsorgung von Bauschutt
- Überparteilicher Auftrag betr. Förderung der nachhaltigen und zirkulären Beschaffung
- Auftrag Cécile Send (JSP) betr. Menstruationsabwesenheit

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Juni 2024

Prot.-Nr. 66

Sanierung Krematorium, Verpflichtungskredit/Genehmigung

Am 3. März 2024 lehnten die Stimmberechtigten den Verpflichtungskredit für die Sanierung Krematorium und Abdankungshalle ab. Aufgrund der offenen Situation mit zwei Varianten, die mit fast identischen Ergebnissen beide sehr knapp abgelehnt wurden, erfolgte die Ausarbeitung einer neuen Vorlage mit einer reduzierten und kostenoptimierten Bestellung. Der Kreditantrag umfasst neben der Erneuerung der Ofenlinie und dessen Infrastruktur einen Teil der baulichen Ertüchtigung des Krematoriums und der Abdankungshalle.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Friedhof vom Hagberg in den Meisenhard verlegt. Die Anlage inklusive der Abdankungshalle und dem Krematorium wurde 1914 von den Oltnern Architekten Real und von Arx geplant. Nach der Fertigstellung des rückseitig an die Abdankungshalle angeschlossenen Krematoriums im Jahr 1918 erfolgte am 1. August desselben Jahres die erste Einäscherung. Der Gebäudeteil wurde am Abhang situiert, so dass der Verbrennungsofen unter dem Niveau der Kapelle liegt und der Kamin unsichtbar bleibt. Die Einäscherung erfolgte bis 1968 mit Holz, bevor der in der Schweiz letzte so beheizte Ofen auf elektrischen Betrieb umgestellt wurde. In diesem Jahr erfolgte auch die letzte Renovation der Abdankungshalle. Die leicht zurückversetzten Seitenflügel wurden 1947 von Johann Schüepp erstellt und der Ostflügel 1968 um einen Winkelbau erweitert. Der gegenwärtig installierte Elektroofen aus dem Jahr 1997 wurde im Jahr 2010 überholt und mit einer Rauchgasreinigung ergänzt.

Im Herbst 2020 kamen Stadtrat und eine Mehrheit im Gemeindeparlament zum Schluss, dass es am sinnvollsten ist, den Krematoriumsofen im Friedhof Meisenhard stillzulegen. Dies mit dem Hintergrund, dass ein genügendes Angebot in der Umgebung (Solothurn, Langenthal, Aarau) vorhanden sei und der weitere Betrieb eine erhebliche Investition erfordere. Die Stimmbevölkerung lehnte in der Referendumsabstimmung die entsprechende Vorlage «Krematorium, Änderung Reglement infolge Stilllegung» mit 2'564 Nein-Stimmen und 2'191 Ja-Stimmen ab. Zu diesem Zeitpunkt waren nur die finanziellen Auswirkungen der technischen Ofensanierung Gegenstand der Debatte und nicht die Mittel für die bauliche Erneuerung der Baute.

Infolge dieser Verpflichtung, den Ofen ordnungsgemäss in Betrieb zu halten und die Defizite in Bezug auf Effizienz, Abläufe, Arbeitssicherheit und Bausubstanz zu beheben, ist diese Erneuerung der Anlagen und Bauten zwingend und dringend. Mit der Rechtskraft des Budgets 2022 per 1. Mai 2022 wurden die erforderlichen Mittel für die Planung bewilligt.

Als Basis für das Projekt wurden mit dem Projektteam ein Betriebskonzept und ein Raumprogramm erarbeitet. Anhand dieser Unterlagen konnten die betrieblichen und technischen Anforderungen geklärt werden.

An der Urnenabstimmung vom 3. März 2024 wurde die Variante «Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» mit Kosten von 4'812'900 Franken (+/- 20 %) mit 2490 Ja-Stimmen gegen 2595 Nein-Stimmen ebenso abgelehnt wie die Variante «Ersatz Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» mit Kosten von 8'878'100 Franken (+/- 10 %) mit 2558 Ja-Stimmen zu 2584 Nein-Stimmen. Aufgrund der offenen Situation mit zwei Varianten, die mit fast identischen Ergebnissen beide sehr knapp abgelehnt wurden, erfolgte die Ausarbeitung einer neuen Vorlage mit einer reduzierten Bestellung.

Nach dem Abschluss der Bauprojektphase liegen nun die Baukosten in der erforderlichen Detaillierung vor. Für den nächsten Schritt ist der Beschluss des Parlamentes zum Verpflichtungskredit für den Bau der Anlagen erforderlich. Dieser Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum.

Projektanforderung

Die Anforderungen an das Projekt wurden hinsichtlich der Anforderung auf Kostenreduktion reduziert und wie folgt definiert:

- Erneuerung der gesamten Ofenlinie inkl. Filteranlage.
- Betrieb des Ofens mit elektrischer Energie.
- Verbesserte Emissionswerte, tiefere Unterhaltskosten.
- Ausbau der Kühllagerkapazität des Sarglagers hinsichtlich der Ofenkapazität.
- Einhaltung von Arbeitssicherheit und Arbeitshygiene.
- Erneuerung der haustechnischen Anlagen (Heizung, Lüftung, Sanitär).
- Optimierung der Arbeitsabläufe, effizienter Betrieb.
- Anforderungen an Umweltschutz, Altlastensanierung.
- Instandstellung der vom Umbau betroffenen Bauteile.

In Abweichung zur Vorlage vom 3. März 2024 wird die Erneuerung der Gebäudehülle und der inneren Oberflächen der Abdankungshalle, die Erneuerung des Polizeiraumes und diverser Nebenräume im Sockelgeschoss, die Erneuerung der Aufbahrungsräume, Nebenräume und Büro im Erdgeschoss und die Erstellung einer hindernisfreien WC-Anlage im Erdgeschoss und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Im Rahmen der Projektüberarbeitung wurden sämtliche Kostenpositionen mit einem Fachbüro detailliert überprüft. Im Rahmen der Ausschreibungsphase der Bauaufträge wird angestrebt, ohne negative Auswirkungen auf Qualität und Nachhaltigkeit, Vergabeerfolge zu erzielen.

Bauprojekt

Projektbeschreibung

Instandstellung der Bauteile

Die Bestandsaufnahmen des Gebäudes zeigen auf, dass sich verschiedene Bauteile in einem schlechten Zustand befinden. Insbesondere die haustechnischen Anlagen, die Kanalisation und die Dachanlage weisen aufgrund ihres hohen Alters und Zustandes einen Erneuerungsbedarf auf.

Gemäss Fachbericht «Elektro» vom 22. August 2022 der Firma Aare Elektroplan AG, Olten, sind die Elektroinstallationen teilweise in einem veralteten Zustand. Mit der Erneuerung sollen die Sicherheit (Brandschutz, Überspannungsschutz, Sicherheits- und Notbeleuchtung) erhöht, die Energieeffizienz verbessert (LED) und die neuen Bauteile (Ofen, Lüftung, Heizung) versorgt werden.

Gemäss Zustandsbericht zum «Dach» der Firma Holzbau Jäggi Dulliken AG vom 18. April 2023 weist die Dachhaut und die Geschossdecke Abnützungserscheinungen auf. An den Ziegeln sind Abplatzungen zu erkennen. Verkleidungen aus Blech weisen Rostschäden auf. An mehreren Stellen wurde Marderschäden festgestellt. Die Unternehmung empfiehlt mittelfristig eine Komplettsanierung inklusive wärmetechnische Massnahmen. Diese Massnahme wird auf die Teile beschränkt, welche für den Ofenbau sowieso abgedeckt werden müssen. Aus diesem Grund muss auch auf die Erstellung einer PV-Anlage verzichtet werden, da diese nicht auf ein altes Dach installiert werden kann.

Neuer Ofen

Der Inspektionsbericht vom 31. Januar 2022 von der Firma Bürge Fischer AG zeigt auf, dass der Betrieb für die nächsten zwei Jahre mit entsprechend aufwändigen Reparaturen voraussichtlich gewährleistet werden kann. Sie übernimmt aber keine Garantie, da die Ofenlinie bereits ausserhalb der empfohlenen Betriebsdauer läuft.

Gemäss Zustandsbeurteilung der Firma S & A Engineering AG vom 26. Juli 2023 hat der bestehende Ofen mit seinen 25 Jahren die Lebensdauer erreicht. Für die bestehende Ofensteuerung, Sargeinfahrmaschine und Hydraulik sind keine neuen Ersatzteile mehr verfügbar. Aufgrund der Situation wird der vollständige Ersatz der bestehenden Ofentechnik durch einen neuen Elektro-Kremationsofen empfohlen.

Der bestehende Elektro-Kremationsofen Baujahr 1997 wird demontiert bzw. abgebrochen und durch einen neuen Elektro-Kremationsofen ersetzt. Der bestehende Wärmetauscher wird durch einen neuen Wärmetauscher mit integrierter Abreinigung mit Druckluft und einem Anfahrbypass ersetzt. Die Sicherheitseinrichtungen im Kühlwasserkreislauf werden vollständig erneuert. Beim bestehenden Filter und Absorber werden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Für den neuen Wärmetauscher muss eine Wartungsbühne gebaut werden. Die Elektro-, Mess-, Steuer-, Regel- und Leittechnik der Ofenlinie wird vollständig erneuert.

Ascheaufbereitung

Bei der bestehenden Ascheaufbereitung hat zum einen die Lebensdauer erreicht, zum anderen fehlt eine Absaugung bei der manuellen Sortierung der Asche. Im Weiteren ist die Zerkleinerung unzureichend, insbesondere für Fälle, bei denen die Asche ausgestreut werden soll. Darum wird sie ersetzt.

Raumprogramm, Optimierung Betriebsabläufe und Instandstellung Bauteile

Der Raumbedarf für den Betrieb der Anlage kann mit den bestehenden Flächen und Volumen abgedeckt werden. Die Optimierung der Arbeitsabläufe hat Auswirkungen auf die Grundrisse.

Im «Untergeschoss» befindet sich der unterste Teil des Ofens mit der Rauchgasführung in den 2010 erstellten Filterraum. Diese Anlageteile werden erneuert.

Im «Sockelgeschoss» werden eine Lüftungs- und Heizungszentrale eingebaut und die elektrischen Verteilungen in einem neuen Raum zusammengefasst. Die Sarglagerkapazität wird entsprechend der neuen Kapazität auf 26 Särge erhöht. Im Ofenraum werden die bestehenden Anlagen ersetzt. Weiter werden die Garderoben und der Aufenthaltsraum aufgefrischt. Die Kanalisation muss ersetzt und im Trennsystem geführt werden.

Für die neue Ofenanlage sind im Erdgeschoss bauliche Anpassungen erforderlich. Die Verbindung vom Ofen zur Abdankungshalle wird geschlossen, um die akustischen Auswirkungen vom Kremationsbetrieb während einer Abdankungszeremonie zu reduzieren.

Pläne

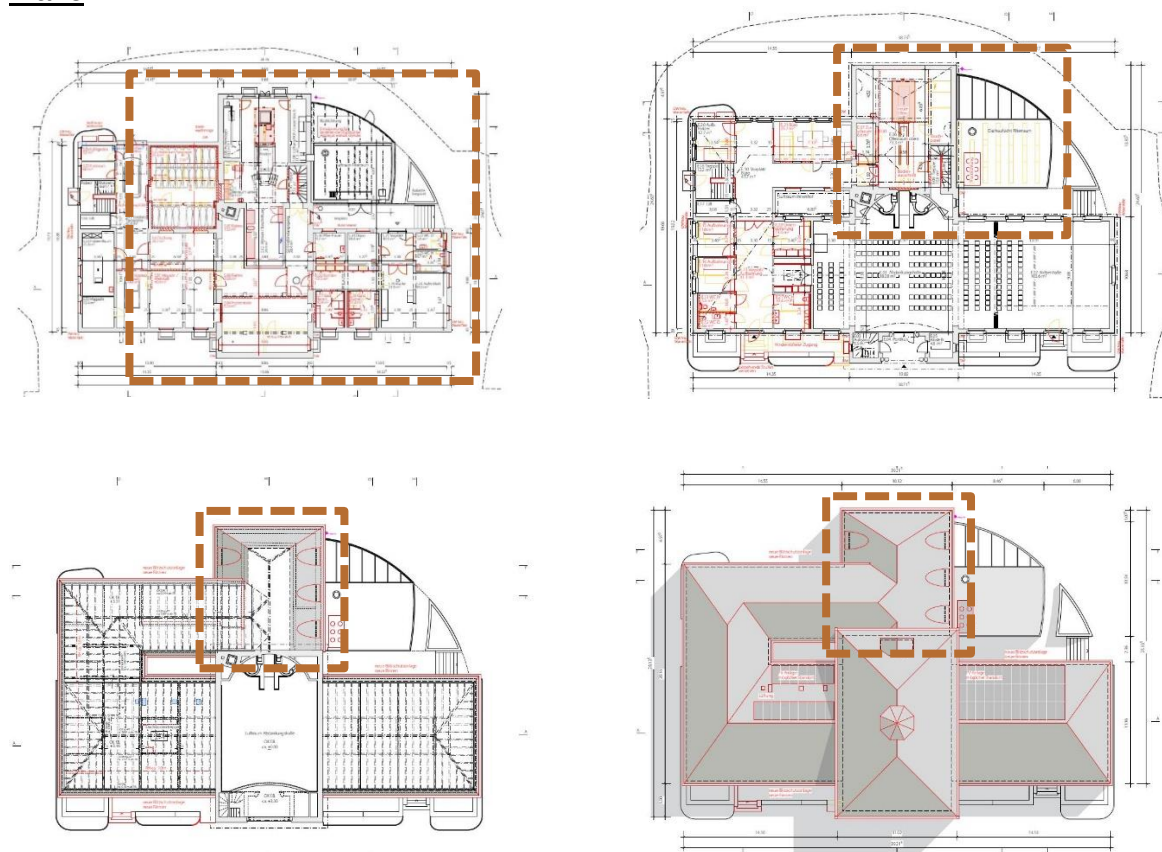


Abbildung: Sockelgeschoss, Erdgeschoss, Dachgeschoss und Dachaufsicht (mit Perimeter Umsetzung)



Abbildung: Schnitte (mit Perimeter Umsetzung)

Heizanlage

Die Wärmeerzeugung besteht mittels einer Spezial-Luft-Wasser-Wärmepumpe. Die Anlage ist reversibel und kann somit auch kühlen. Die Wärmerückgewinnung wird ab den Wärmetauschern des Kremationsofens und der gewerblichen Kälte abgenommen und in das Rohrleitungsnetz geführt.

Denkmalpflege, Ortsbild

Das Bauensemble steht nicht unter kantonalem Denkmalschutz. Gemäss gültigen Bauzonenplan besteht aber ein kommunaler Schutz. Alle baulichen Massnahmen werden daher von der Altstadtkommission bewilligt. Die vorgesehenen Eingriffe sind nach Rücksprache mit der Altstadtkommission möglich.

Nachhaltigkeit

Der Nutzen entsteht im vorliegenden Projekt aus der Steigerung der Energieeffizienz mit der neuen Ofenlinie, dem Kühlraum, der LED-Beleuchtung und dem grösstmöglichen Erhalt des baulichen Bestandes.

Projektkosten

Investitionsplanung

Im Finanzplan 2024-2030 sind für den Ersatz der Ofenlinie folgende Mittel vorgesehen:

Jahr	Sanierung Krematorium Konto 7710.5040.005 Fr.
vor 2024	300'000
2024	4'400'000
2025	4'400'000
Total	9'100'000

Kostenschätzung Bauprojekt

Ersatz Ofenlinie und teilweise Instandsetzung Hochbau

Auf der Basis des Bauprojektes wurde von Integral Baumanagement AG, Olten, eine Kostenschätzung nach BKP erstellt (Kostengenauigkeit +/- 10 %):

Bezeichnung	Vergleich mit Vorlage März 2024: Ofenerneuerung und Gesamtsanierung [CHF]	Ofenerneuerung und Teilsanierung [CHF]
Anlagekosten Sanierung Krematorium	8'878'100 (in Klammern jeweils der Grund der höheren Kosten)	6'443'800
Kostenaufteilung der verschiedenen Eingriffe		
Ersatz Kremationsofen (Ofentechnik gemäss BKP 347 CHF 1'711'000.-; bauliche Anpassungen, Lüftung/Kühlung/Elektro Ofenraum, Brandschutz, Honoraranteil)	3'332'700 (neuer Rauchgaskanal)	2'948'100
Ersatz Haustechnik (Neue Haustechnik HLK, Sanitär, Baumeisterarbeiten, neue Kanalisation, Honoraranteil)	2'551'600 (umfasst Bau- und Anlageteile im gesamten Gebäude)	2'094'500
Betriebliche Einrichtungen (Neuer Kühlraum Sarglager, Garderoben, Honoraranteil)	580'600 (zusätzlich Erneuerung Katafalke und Polizeiraum)	429'300
Energetische Ertüchtigung (Dämmung Dach / Ersatz Fenster im Teilperimeter, Honoraranteil)	434'300 (umfasst Bau- und Anlageteile im gesamten Gebäude)	175'800
Umgestaltung Erdgeschoss (Zuschauerraum, Zugangsraum Ofenraum, Honoraranteil)	655'300 (zusätzlich öffentliche Toilettenanlage, Umgestaltung Aufbahrungsräume, neuer Aussenzugang)	101'900
Sicherheit und Brandschutz (Ertüchtigung Brandschutz, Anpassung Geländerhöhen, Schliessanlage, Honoraranteil)	335'700 (umfasst Bau- und Anlageteile im gesamten Gebäude)	246'600
Teilsanierungen Dach, Fassade, Innenräume, Honoraranteil	987'900 (umfasst Bau- und Anlageteile im gesamten Gebäude)	447'600

Wirtschaftlichkeit Ofenlinie und Kühlinfrastruktur

Die Investition in die Ofenlinie (CHF 2'948'100.-) kann amortisiert werden, wenn das Gebührenreglement keine Privilegien für die Bevölkerung von Olten und Starrkirch-Wil vorsieht und die Gebühren den umliegenden erneuerten Krematorien (Fr. 600.00/Kremation; bei 1'000 Kremationen) angepasst werden. Die Investition in die Kühlinfrastruktur und Aufbahrungsräume können je nach Gebührengestaltung zumindest teilweise amortisiert werden. Aus diesem Grund wird der Stadtrat dem Parlament eine entsprechende Anpassung des Reglements beantragen, sobald Klarheit über den Weiterbetrieb besteht.

Kredit Antrag

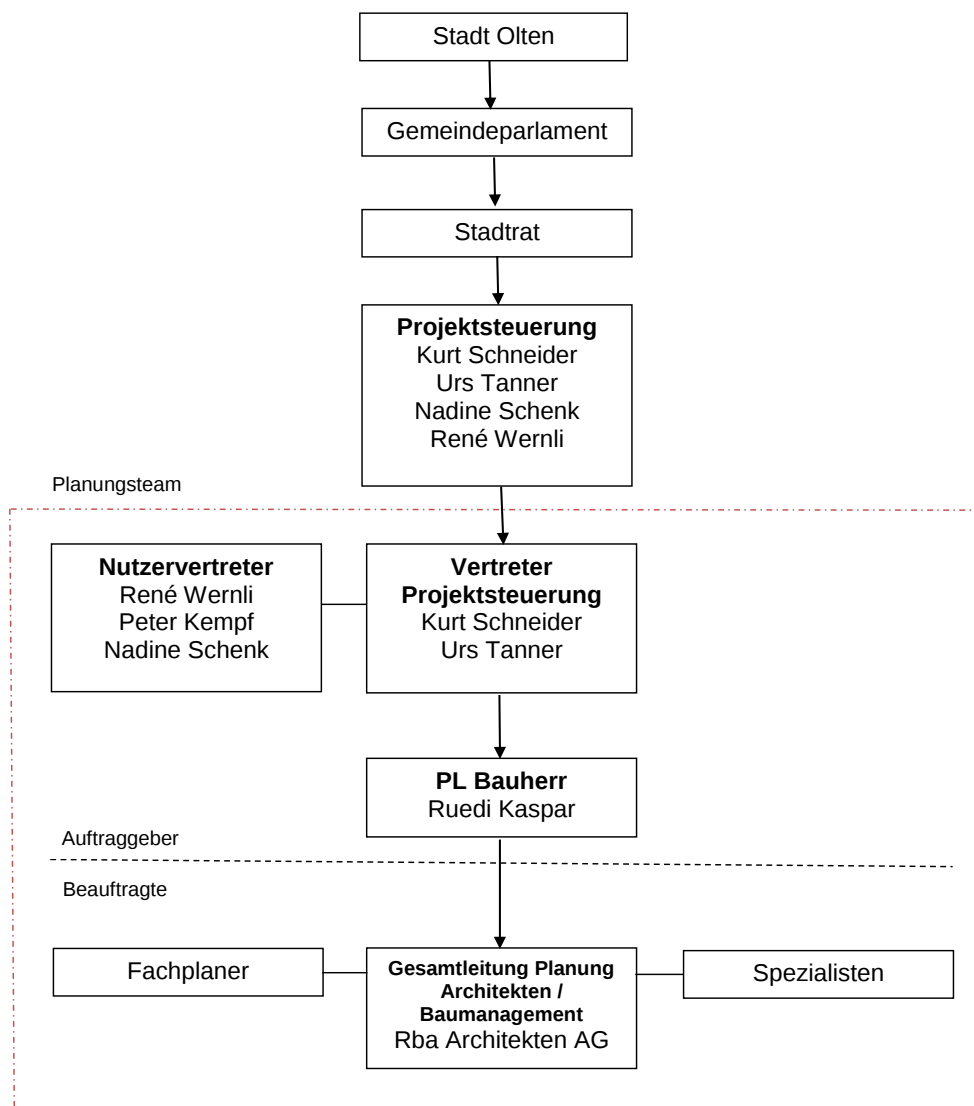
Kostenzusammenstellung Anlagekosten

Für das Projekt ist nachstehender Finanzbedarf notwendig:

Position	CHF
0 Grundstück	0
1 Vorbereitungsarbeiten	218'200
2 Gebäude (inkl. Honorare)	3'671'100
3 Betriebseinrichtungen	1'711'000
4 Umgebung	8'000
5 Baunebenkosten (inkl. 5% Reserve)	816'800
9 Ausstattung	18'700
Anlagekosten inkl. MwSt. und Projektreserve	6'443'800
Genauigkeit Angaben (- 10 %)	5'799'420
Genauigkeit Angaben (+ 10 %)	7'088'180

Projektorganisation

Das nachstehende Organigramm stellt die Ablauforganisation und die verschiedenen Steuerungsebenen dar. Dabei stellt die Projektsteuerung das strategische Gremium zum Projektcontrolling dar und der Planungskommission obliegt die Verantwortung der operativen Projektführung. Die Nutzerbedürfnisse werden in der Projektgruppe durch die Bertreiberververtretungen (Werkhof, Bestattungsamt) vertreten. Als verbindliches Dokument für die Ausführungsphase dient ein Betriebskonzept.



Weiteres Vorgehen, Termine

Nach der Genehmigung des Baukredits soll das Projekt innerhalb der nachstehenden Meilensteine abgewickelt werden, damit der Betrieb des Krematoriums per Anfang 2026 aufgenommen werden kann:

Meilensteine (Inhalt)	Termin
Beschluss Parlament	27. Juni 2024
Beschluss Baukredit (Volksabstimmung)	22. September 2024
Ausschreibung Aufträge Bau	Ab Oktober 2024
Realisierung Bau	Ab März 2025
Bezug / Inbetriebsetzung	Anfangs 2026

Fazit

Der Ofen hat seine Lebensdauer überschritten, ein weiterer Betrieb ohne entsprechende Erneuerung ist aus Gründen der Sicherheit und Auswirkungen auf die Umwelt ausgeschlossen. Ohne entsprechende Investition muss die Anlage stillgelegt werden. Die Hochbaute wurde seit einigen Jahrzehnten nicht mehr erneuert. Die vorgesehene Teilinstandstellung erfolgt notwendigerweise im Rahmen der Installation einer neuen Ofenlinie. Die weiteren Massnahmen an der Abdankungshalle und den Aufbahrungsräumen erfolgen nachgelagert gemäss Bedarf.

Aktenverzeichnis

- a. Situationsplan
- b. Bauprojektpläne (vollständiger Ausbau)
- c. Etappen der baulichen Instandstellung vom 15. April 2024
- d. Baubeschrieb vom 15. April 2024
- e. Fachbericht «Elektro» vom 22. August 2022
- f. Zustandsbericht zum «Dach» vom 18. April 2023
- g. Inspektionsbericht vom 31. Januar 2022
- h. Raumprogramm vom 31. Januar 2023
- i. Unterlagen zur Erneuerung und Instandsetzung der Ofenlinie vom 26. Juli 2023
- j. Baukosten vom 15. April 2024

Beschlussesantrag:

I.

1. Dem «Ersatz Ofenlinie und teilweise Instandsetzung Hochbau» mit Kosten von Fr. 6'443'800.00 (inkl. 8.1% MwSt., Kostenangaben +/- 10%) wird zugestimmt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland vom April 2023, Stand 113.7 Punkte / Basis Oktober 2020 des Bundesamtes für Statistik, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1 dieses Beschlusses untersteht dem obligatorischen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen

Robin Kiefer, GPK: Die GPK hat das vorliegende Geschäft betreffend Sanierung des Krematoriums an der Sitzung vom 18. Juni ausführlich behandelt und darüber diskutiert. Bekanntlich hat dieses Geschäft eine längere Vorgeschichte. An der Volksabstimmung vom 3. März 2024 sind die beiden damals geplanten Varianten zur Sanierung von der Bevölkerung jeweils knapp abgelehnt worden, sodass weiterhin unklar war, wie es mit dem Krematorium genau weitergehen soll. Daraufhin hat der Stadtrat das Abstimmungsergebnis zum Anlass genommen, eine überarbeitete und reduzierte Variante zur Sanierung des Krematoriums auszuarbeiten. Die vorliegende Variante fokussiert sich nun primär auf den Ersatz des Ofens und die dazu notwendigen Sanierungsmassnahmen. Die weiteren geplanten Unterhaltsmassnahmen am Gebäude werden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Der Stadtrat erhofft sich nun mit dieser Vorlage ein klares Statement der Oltnern und Oltnern, ob sie einen neuen Ofen fürs Krematorium möchten oder nicht. Ein Kostentreiber bei dieser Vorlage ist insbesondere der Ersatz der veralteten Infrastruktur und die Technik. Eine Amortisation der entsprechenden Investitionen ist möglich, sofern das Gebührenreglement angepasst wird. Ebenfalls wurde darauf geachtet, Kostenoptimierungen im Rahmen der Ausschreibungen vorzunehmen. Fragen betreffend Vergleiche mit anderen Sanierungen von Krematorien, zum Beispiel jenes in Baden, zu tieferen Kosten, konnten dahingehend beantwortet werden, dass solche Vergleiche nicht 1 : 1 gemacht werden können. Gerade das Beispiel in Baden ist nicht vergleichbar, da lediglich ein neuer Ofen in eine intakte Anlage eingefügt werden musste. Des Weiteren gibt es auch Beispiele von Sanierungen mit deutlich höheren Kosten. Zum Beispiel in Zürich oder Basel. Aber wie bereits erwähnt sind solche Vergleiche an dieser Stelle nicht sehr sinnvoll. Weiter kam eine Frage betreffend Kapazität der Kühlräume auf. Weshalb es hier zu einer Erhöhung der Kapazität komme. Der Hintergedanke ist jener, dass die entsprechende Anzahl Plätze im Kühlraum mit einem Betriebskonzept hinterlegt ist, damit der Krematoriumsbetrieb optimal ausgelastet werden kann. Es ist nämlich so, dass Olten für die gesamte Region Kühlmöglichkeiten anbieten muss, weil die entsprechenden Gemeinden keine eigenen haben. Aktuell ist dies noch kostenlos, wird aber künftig anders verrechnet werden. Ebenfalls hat die Erfahrung gezeigt, dass es aufgrund dieser Konstellation zu Engpässen kommen kann. Insbesondere über Wochenenden oder Feiertage, währenddessen nicht kremiert wird. Dies sollte

künftig besser werden. Weiter ist die Frage aufgetaucht, ob die angestrebte Gebührenanpassung direkt mit der Totalrevision zusammengelegt werden kann. Gemäss Stadtrat ist dies so vorgesehen. Die Vorlage zur Totalrevision ist für die Novembersitzung geplant. Zusammenfassend bedankt sich die GPK beim Stadtrat für die neu ausgearbeitete Variante und empfiehlt dem Parlament die vorliegende Variante zur Annahme.

Stadträtin Marion Rauber: Vielen Dank dem GPK-Sprecher für seine Ausführungen, welche sehr gut wiedergegeben waren. Ich habe nun einige Doppelspurigkeiten, welche ich überspringen werde. Trotzdem noch etwas zur Vorgeschichte; einen kurzen Rückblick möchte trotzdem noch geben. Im Herbst 2020 haben wir hier im Parlament entschieden, eine Reglementsänderung vorzunehmen und damit das Angebot der Kremationen in Olten nicht mehr anzubieten. Die Stimmbevölkerung war damit nicht einverstanden und hat mit einer Referendumsabstimmung die Reglementsänderung verhindert. In der Folge hat das Parlament im Budget 2022 Mittel genehmigt für die weitere Planung zum Betrieb eines Krematoriums. Mit diesen bewilligten Mitteln wurde eine detaillierte Bauvorlage erarbeitet, hinterlegt mit Betriebskonzept, Raumprogramm und einem entsprechenden Kostendach. In dieser Vorlage wurde die ganze Gebäudestruktur des Friedhofsgebäudes miteinbezogen und auch im Sinne einer Kostenoptimierung ein Gesamtsanierungsprojekt erarbeitet. Das Parlament hat zugestimmt, dem Volk eine Variantenabstimmung der Gebäudesanierung mit und ohne Ofenlinie zur Wahl vorzulegen. Ich wisst es: Beide Varianten wurden im März äusserst knapp abgelehnt. Wir haben also aktuell immer noch die Ausgangslage, dass wir einen Kremationsofen betreiben, der am Ende seines Lebenszyklus ist und dass dieser in einem städtischen Gebäude steht, welches einen deutlichen Sanierungsbedarf aufweist. Ebenfalls steht der Wunsch, Kremationen in Olten anzubieten, immer noch im Raum. Dem Stadtrat wurde vorgeworfen, die letzte Vorlage überladen zu haben mit der ganzen Gebäudesanierung, welche wir ebenfalls ausgewiesen haben. Entsprechend haben wir das jetzt angepasst: Die Bestellung wurde verändert und nur noch die absolut notwendigen Investitionen, die es braucht, um auf dem Meisenhard weiterhin kremieren zu können, wurden berechnet. Wir zeigen in dieser Vorlage auf, welche Teile des Gebäudes dazu jetzt angepackt werden müssen, und was wir auf einen späteren Zeitpunkt verschieben können. Wir reden in dieser Vorlage also über eine 1. Etappe, hinterlegt mit den erneut überprüften und konsolidierten Kosten. Der Stadtrat steht hinter der Vorlage, trotzdem: Mir ist es wichtig zu deklarieren, dass dieses Vorgehen eigentlich nicht der Philosophie des aktuellen Stadtrats entspricht. Uns ist es ein Anliegen, bei städtischen Bauvorhaben klare Kostentransparenz in der Werterhaltungsstrategie aufzeigen und sinnvolle maximale Nutzung von Synergien anstreben. Die neue Vorlage mag zwar kurzfristig günstiger erscheinen, wir verschieben jedoch notwendige Unterhaltsmassnahmen eines städtischen Gebäudes auf der Zeitlinie einfach nach hinten. Gespart wird in diesem Sinn eigentlich nicht. Nichtsdestotrotz, der GPK-Sprecher hat es bereits aufgeführt, wünscht sich der Stadtrat mit der neuen Vorlage einen klaren Entscheid, ob Olten künftig weiter selbst kremieren soll oder nicht. Da gilt es jetzt zu diesem isolierten Thema ja oder nein zu sagen. In diesem Fall macht dies auch Sinn. Wie schon erwähnt, ist der Betrieb mit dem aktuellen Ofen bezüglich Arbeitssicherheit und den Auswirkungen auf die Umwelt nicht mehr länger verantwortbar. Zu den Kosten: Wir versuchen jeweils im Rahmen der Ausschreibungen natürlich jegliche Kostenoptimierungen auszu-schöpfen. Das ist unser stetiger Auftrag und wird immer so gemacht. Wir haben keine Ambitionen möglichst viel auszugeben. Wir realisieren in Olten lieber einige Projekte mehr. Es kostet, was es kostet, wenn wir den Kremationsbetrieb aufrechterhalten sollen. Unser Kostentreiber in Olten ist die veraltete Infrastruktur und die ganze Technik, also das Innenleben. Der GPK-Sprecher hat es gesagt. Unser Krematorium kann in Zukunft wirtschaftlich betrieben und amortisiert werden, wenn das Gebührenreglement sich künftig an den Nachbarkrematorien orientiert und keine Privilegien mehr vorsieht. Über die Reglementsanpassung wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Diese ist nicht Inhalt dieser Vorlage. Wir brauchen rund CHF 6.4 Mio., um in Olten weiterhin Kremationen anbieten zu können. Ich fände es schön, wenn das Parlament heute diesem Kredit zustimmen könnte, damit die Stimmbevölkerung das letzte Wort zu diesem Thema hat. Nun bin ich zusammen mit dem Stadtrat auf die Diskussion gespannt.

Andrea Walder, Fraktion FDP: Wie wir gerade gehört haben, hat die Reglementsanpassung im 2021 Schiffbruch erlitten. Anschliessend hat der Stadtrat eine Doppelvorlage an die Urne gebracht – wir wissen es alle vom letzten Herbst –, die einerseits den Einbau eines neuen Krematoriumsofens mit der Sanierung der Abdankungshalle verbunden hat, und andererseits die Renovation der Abdankungshalle ohne neues Krematorium. Die Option, das Krematorium weiterzubetreiben ohne die Gesamtsanierung der Abdankungshalle, stand nicht zur Debatte. Aus Sicht der FDP ist es daher nachvollziehbar, dass sich das Oltner Stimmvolk am 3. März gegen beide Vorlagen ausgesprochen hat. Wir unterstützen, wenn das „Krematorium light“ in der vorliegenden Form zur Volksabstimmung kommt und danken dem Stadtrat für die rasche Neuauflage des Geschäfts. So haben die Oltner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Gelegenheit, ein klares Ja oder Nein zum Weiterbetrieb des Verbrennungsofens in Olten zu sagen. Für die FDP ist aber auch klar, dass allfällige Investitionen als Vollkostenrechnung ausgewiesen und gegenfinanziert werden müssen. Wir können es uns nicht länger leisten, anderen Gemeinden kostenlos Kühlplätze zur Verfügung zu stellen, nur weil diese selber keine Kapazität haben. Andere Krematorien verlangen pro Tag einen Beitrag. Auch über die Höhe der Kremationsgebühren der Oltner Einwohnerinnen und Einwohner muss offen diskutiert werden. Falls die Stadt weiterhin einen Teil dieser Aufwände aus allgemeinen Steuermitteln decken will, werden wir in der Beratung zur Totalrevision im November fordern, dass diese Subvention in jedem Fall transparent ausgewiesen werden muss. Ebenfalls muss die Auslastung des Ofens in Betracht gezogen werden. Es wurde zuvor gesagt. Das Krematorium muss so wirtschaftlich wie möglich betrieben werden. Fraglich ist auch hier, ob allenfalls mit dem neuen Ofen effizienter gearbeitet werden kann und somit die Anzahl der Krematorien – wie ich es im Kopf habe, sind es rund sechs – nach oben geschoben werden können. Vor allem auch, wenn man sieht, dass künftig 26 Kühlräume zur Verfügung stehen sollen. Vergleiche haben ergeben, dass Krematorien in der Region eine grössere Auslastung haben und es sich das Ganze somit wirtschaftlich besser rechnet. Zusammengefasst unterstützt die FDP grossmehrheitlich die Vorlage des Stadtrats und begrüsst, wenn eine abschliessende Volksabstimmung zum Krematorium möglich ist.

Cécile Send, Fraktion SP/JSP: Die Krematoriumssituation in Olten ist dringend, sie ist aber auch verstrickt. Die Oltner Bevölkerung hat beide Varianten abgelehnt und nun sind wir wieder bei Punkt Null. Dass der Ofen ersetzt sowie seine umliegenden vier Wände saniert werden müssen, wird aus dem seriösen Fachbericht ersichtlich. Die Sanierungsbedürftigkeit hört dort allerdings nicht auf. Die Dächer sind alt, die einzelnen Ziegel brechen bereits ab. Die Infrastruktur der Abdankungshalle ist in die Jahre gekommen und sie leistet auch nicht mehr das, was man sich heute für eine würdevolle Zeremonie wünscht. Um einige Kosten zu sparen, hat sich die Mehrheit der Fraktion SP/JSP für die Stilllegung des Krematoriums und die Sanierung der Abdankungshalle ausgesprochen. Aber auch mit der zweiten Variante, also mit Ersatz des Krematoriumsofens sowie der Sanierung der Abdankungshalle, hätte die Fraktion leben können. Die vorliegende Variante ist hingegen so abgespeckt, dass der Sinn einer tatsächlichen Sanierung hinterfragt werden muss. Zuerst wird im Zustandsbericht empfohlen, das Dach mittelfristig zu erneuern und wärmetechnische Massnahmen vorzunehmen. Leider wird mit dieser Vorlage lediglich jener Teil des Dachs angegangen, der für die Ersetzung des Ofens sowieso erneuert werden muss. Der ganze sanierungsbedürftige Rest des Dachs wird in seinem alten Zustand belassen. Und das hat zu unserem grossen Leid zur Folge, dass keine PV-Anlage errichtet werden kann. Auch das Weglassen von hindernisfreien WC-Anlagen im Erdgeschoss ist für die Mehrheit der Fraktion kein gangbarer Weg. Für eine inklusive Gesellschaft gehörten in jedes Projekt, auch wenn es nur ein „Sanierungsprojekt“ ist, hindernisfreie Zugänge. Zudem ist die Fraktion der Meinung, dass eine technisch moderne und einladende Abdankungshalle für eine förmliche Verabschiedung durch Angehörige wichtig ist. Und dies wird mit dieser Vorlage leider auch hinausgeschoben. Für jene, die nun glauben, man spare mit diesem Projekt Kosten, weil die jetzigen Ausgaben tiefer sind als bei den vorherigen Varianten, täuscht sich. Marion hat es bereits ausgeführt. Der Bericht zeigt ja auf, dass nicht nur der Krematoriumsofen in die Jahre gekommen ist, sondern auch seine dazugehörigen Gebäude. Der Stadtrat schreibt es auch selber in seinem Bericht und Antrag, dass weitere Sanierungsmassnahmen zu einem späteren Zeitpunkt folgen werden. Wir bieten also mit dieser Vorlage ein erstes Mal Bauhandwerker und Bauherrschaften vor, welche die

nötigen Arbeiten vornehmen werden, inklusive Gerüstaufbau usw. usf. Und dieses Vorgehen soll in einigen Jahren wiederholt werden, obwohl man alles in einem hätte machen können. Damit werden in keinsten Weise Kosten gespart. Mit dieser Vorlage kommt es mir eher so vor, dass man lediglich einen kleinen Teil des Dachs kurz öffnet, den alten Ofen durch den neuen ersetzt und danach das Dach wieder schliesst. Nach dem Gesagten ist die Fraktion SP/JSP grossmehrheitlich gegen diesen Antrag.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Wir möchten dem Stadtrat für diesen neuen Vorschlag danken und dass er über seinen Schatten gesprungen ist und weitermacht. Das Krematorium, dieses Gebäude ist in einem schlechten Zustand. Die ersten beiden Versuche, die Renovation zu organisieren, haben nicht geklappt. Es wurde beides abgelehnt. Hier nun ein weiterer Versuch. Es entspricht nicht dem, was wir von OJ uns für das Gebäude vorstellen. Aber da die ersten beiden Varianten, wie man es machen könnte, bereits ausprobiert wurden, nun eine Dritte. Für uns ist völlig klar, dass der Stadtrat deswegen das Gebäude nicht für immer vernachlässigen wird, sondern im Moment soll nun mal der Ofen ersetzt werden und danach kommt ein zweites Projekt. Und ja, das ist teurer, das ist klar. Denn zweimal etwas anpacken kostet mehr. Aber es direkt, vollständig zu bauen war nicht möglich, weil es abgelehnt wurde. Und von dem her sagen wir „ja“. Vor allem sagen wir jetzt „ja“, denn wir möchten, dass das Volk entscheiden kann, ob sie es wollen. Vielleicht sagt ja das Volk: „Nö, wir möchten kein Krematorium.“ Dann ist es auch klar. Es gibt kein Krematorium. Und dann kann man immer noch mit der weiteren Vorlage kommen, welche nur die Renovation des Gebäudes beinhaltet. Inklusiv allem, was dazu gehört, wie es die SP bereits sehr schön dargestellt hat. Es tut uns auch leid, dass dies nun nicht enthalten ist. Aber es ist auch so, und wir haben es in der GPK erfahren, dass die Sachen, die jetzt gemacht werden, bewusst so gemacht werden, dass diese nicht noch einmal gemacht werden müssen. Also, es wird an den Stellen, wo renoviert wird, nachhaltig renoviert.

Robin Kiefer, Fraktion SVP: Die SVP-Fraktion möchte sich an erster Stelle beim Stadtrat für die zügig ausgearbeitete neue Variante nach der Abstimmung im März bedanken. Bekanntlich hat dieses Geschäft eine längere Vorgeschichte, welche aufgrund des Ausgangs der Volksabstimmung vom 3. März dieses Jahres um ein weiteres Kapitel verlängert wurde. Damals hat meine Fraktion vor allem kritisiert, dass die Oltnen Bevölkerung bei der Variantenabstimmung nicht allein über die Sanierung des Ofens abstimmen konnte, was anschliessend zu Unklarheiten, Verwirrungen und teilweise auch Unverständnis geführt hatte. Dies im Rückblick auf die Referendumsabstimmung vom Frühling 2021, als sich die Oltneninnen und Oltnen grundsätzlich für den Weiterbetrieb des Krematoriums ausgesprochen haben. Bei der jetzigen vorliegenden Variante besteht dieses Problem nicht mehr. Die Oltnen Bevölkerung kann nun direkt darüber abstimmen, ob sie einen neuen Ofen fürs Krematorium möchten oder nicht. Wir als Fraktion finden diese Möglichkeit wichtig und begrüssen an dieser Stelle das geplante Vorgehen. Weiter konnte der Stadtrat die neue Variante auch in der finanziellen Grössenordnung anpassen, was wir ebenfalls begrüssen. Klar, es wird nun eine Aufteilung des Gesamtprojekts kommen. Dies lässt sich mit dieser Vorgehensweise nicht vermeiden. Eine solche Salami-Taktik ist bekanntlich nicht immer wünschenswert, aber in diesem Fall durchaus sinnvoll, um eben das klare Statement der Bevölkerung erhalten zu können. In diesem Sinn bedanken wir uns noch einmal beim Stadtrat für die geleistete Arbeit und werden diesem Geschäft zustimmen.

Darryl Fiechter, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Im Namen der Mitte-Fraktion werden wir diesem Antrag einstimmig zustimmen. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass wir etwas darüber irritiert waren, dass am Tag der Abstimmung oder ein Tag nach der Abstimmung, ich kann es nicht mehr genau rekapitulieren, plötzlich eine günstigere Variante als damals in der Abstimmung, möglich gewesen wäre. In der Vergangenheit hat es immer geheissen, günstiger sei nicht möglich. Wir bedauern beim aktuellen Projekt auch, dass der Eingang für mobilitätseingeschränkte Personen nicht wunschgemäss umgesetzt wird und nur aufs allerwichtigste und notwendigste gesetzt wird. Das würde nämlich bedeuten, dass in einer späteren, eventuell weiteren Sanierung oder einem Umbau der Abdankungshalle solche Kosten wieder dazukämen und es schlussendlich nicht günstiger wäre als jetzt vorgewiesen wird. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass der Fokus auf das Projekt und das wirkliche

Abstimmungswort gesetzt wird und nicht auf die Änderung eines Reglements. Denn wir stimmen ja nicht über die Anpassung von Gebühren oder irgendwelchen Kosten ab, sondern lediglich darüber, ob wir ein Krematorium wollen oder nicht. Wir finden es gut, dass die Bevölkerung die Möglichkeit erhält, sagen zu können: „Ja, wir wollen ein Krematorium.“ Oder: „Nein, wir wollen es nicht.“ Es ist eine eindeutige Fragestellung, die keine Interpretationen mehr zulassen wird.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Danke an dieser Stelle dem GPK-Sprecher für die Zusammenfassung der Kommissionsdiskussion und auch danke dir, Marion, respektive dem Gesamtstadtrat, für die Ausdauer und die erneute Vorlage zum Krematorium. Aus unserer Sicht hat der Stadtrat grundsätzlich recht, nun eine Vorlage zu bringen, bei welcher es wirklich nur um den Ofen geht. Trotzdem sind wir nicht unbedingt glücklich mit dem vorliegenden Vorschlag und ihr wisst es, wir sind von Anfang dem Ersatz des Ofens skeptisch gegenübergestanden. Die Variantenabstimmung im März hatte eigentlich zum Ziel, dem Stimmvolk eine differenzierte Entscheidung darüber zu ermöglichen, wie es im Meisenhard weitergeht. Im Endeffekt hat sich nun aber ein Abstimmungsergebnis ergeben, das schlicht ganz unterschiedlich interpretiert werden kann. Genauso, wie man sagen kann, dass die Leute mit dem Preisschild nicht zufrieden waren, kann man auch mit Blick aufs Doppel-Nein oder den Stichentscheid für die abgespeckte Variante resümieren, dass das Stimmvolk einfach gar keinen Ofen im Meisenhard will. Gleichzeitig haben wir beim vorliegenden Projekt, Marion hat es gesagt, schlicht das absolute Minimum. Wie ich es letzten September gesagt habe, ist aus unserer Sicht in der ganzen Diskussion vor allem der Zusatznutzen für die Hinterbliebenen wichtig. Sprich, die Zugänglichkeit der Räumlichkeiten und somit das Abschiednehmen in einer angemessenen Umgebung. Nun haben wir ausser dem angepassten Zuschauerraum nichts von dem und ich muss sagen, dass es für uns nicht verständlich ist, wieso die bürgerliche Seite nun so viel mehr Zufriedenheit zeigt mit diesem Vorschlag. Weil, eben, wir haben es schon oft gehört, aber ich sage es noch einmal: Im Endeffekt verschieben wir die rund CHF 2.5 Mio. für die nötigen Investitionen einfach mit dem Finanz- und Investitionsplan in die nähere Zukunft, mit an Sicherheit angrenzender Wahrscheinlichkeit, dass es dann wegen der Bau- teuerung noch einmal teurer wird. Was daran nachhaltige Finanzpolitik sein soll, erschliesst sich uns nicht. So reiht sich dieses Projekt mit vielen anderen ein, bei welchen man in der Vergangenheit Investitionen auf die lange Bank geschoben hat und wir nun vor grossen Herausforderungen stehen. Stichwort Stadttheater oder Kirchgasse 8 und 10. Gleichzeitig bleiben wir gespannt, inwiefern die Oltner Bevölkerung es aufnimmt, zukünftig doch deutlich mehr für eine Kremation bezahlen zu müssen, egal, wie das Abstimmungsergebnis sein wird. Die allfällige Anpassung des Gebührenreglements wird hier bestimmt noch zu Diskussionen führen. Aus all diesen Überlegungen und weil wir in unserer Partei die Abstimmungssparole nicht vorwegnehmen wollen, werden wir uns bei dieser Vorlage enthalten und sind gespannt, wie das Stimmvolk im wahrsten Sinn des Wortes an der Urne über die Urne entscheiden wird.

Daniela Minikus (SP): Der aktuelle Vorschlag ist grösstenteils nachvollziehbar, der Zustandsbericht wurde mitgeliefert und, teilweise auch sehr detailliert und mit Fotos hinterlegt, aufgeführt. Herzlichen Dank. Zur bestehenden Anlagentechnik, also dem Ist-Zustand: In Punkt 2, Abschnitt 4 wird beschrieben, dass die Reinigungsanlage diese Rauchgase im Wärmetauscher auf 150 Grad runterkühlen. Dass diese Abkühlung der Rauchgase darauf im Kühlwasser in einem geschlossenen Kreislauf übertragen wird, aus dem Kühlwasser wird die Wärme mit dem Luftkühler in die Umgebung abgeführt. Diese Rauchgase werden dann in einem Saugzuggebläse durch die Anlage befördert und über den im Filterraum installierten Kamin werden die gereinigten Rauchgase in die Umgebung abgeführt. Das ist der Ist-Zustand und das sind Tempi passati. Immerhin, und darum komme ich auf dieses Thema, rechnet man in Zukunft anhand der vorliegenden Unterlagen mit Tausenden Kremationen im Jahr. Eine Kremation dauert etwa drei Stunden und man rechnet etwas mit acht bis neun Stunden pro Tag, während der Ofen in Betrieb ist. Das ist doch relativ viel Energie. Ich habe mich gefragt, was zum Thema „Abwärme nutzen“ in dieser Vorlage steht und habe dann unter 7.6.1 „Schnittstelle Wärmerückgewinnung“ eine Auflistung gefunden und dort steht, dass man durch diese Heizungssteuerung die Temperaturen allenfalls mit Glykol-Wasser auf der Ofenlinie beim Eintritt in den Platten-Wärmetauscher abgreifen kann, es müsse jedoch noch mit dem

Heizungsplaner entschieden werden. Die Erfassung der über den Platten-Wärmetauscher abgeführten Abwärme ist nicht vorgesehen. Dies hat mich doch einigermaßen erstaunt und daher habe ich dazu ein, zwei Fragen. Beim Krematorium in Aarau ist bekannt, dass mit der Abwärme, die über einen Wärmetauscher geht, beide Abdankungshallen beheizt werden. Die eine Abdankungshalle mit Bodenheizung, die andere mit Heizkörper, soviel ich weiss. Im Sommer funktioniert dies natürlich nicht und die Gärtnerei, die dort in Aarau 300 Meter entfernt liegt, wurde aus wirtschaftlichen Gründen nicht in den Verbund eingeschlossen und eingespeist. Das hat man in einer Wirtschaftlichkeitsprüfung geprüft. Meine Frage zielt dahin, ob bei der vorliegenden Vorlage eine Wirtschaftlichkeit diesbezüglich und die Frage zur Energienutzung gemacht wurde. Oder ob dies auch im Zuge der Einsparnis gekippt wurde.

Stadträtin Marion Rauber: Ich kann diese Frage selbstverständlich nicht beantworten. Und ich wäre froh, wenn solch komplexe Fragestellungen im Vorfeld seriös beantwortet werden könnten. Vielleicht weiss aber Kurt Schneider von der Fachebene mehr zu diesem Thema zu sagen.

Kurt Schneider, Leiter Direktion Bau: Dies ist tatsächlich eine Diskussion, die ich damals in Aarau miterlebt habe. Es geht letztendlich nicht darum, die Energie eines einzelnen Gebäudes zu nutzen, das machen wir auch in Olten, sondern dass man einen Wärmeverbund macht. Und das hat man in Aarau nicht gemacht, obwohl man dort mitten im Siedlungsgebiet ist. Dort hätte es sogar eine gewisse Wirtschaftlichkeit, aber man hat es eigentlich aus Respektgründen nicht gemacht. Wahrscheinlich hätte der eine oder andere nicht gerne den Zugang zu dieser Art von Wärme. Es hat wirklich damit zu tun. In Olten haben wir eine Anlage, die deutlich weiter weg vom Siedlungsgebiet ist und in diesem Sinn nach heutigen Grundsätzen auch nicht wirtschaftlich betreibbar ist. Wir haben es angeschaut, aber eben, in Aarau gibt es keinen Wärmeverbund, sondern man heizt einfach das Gebäude damit. Das machen wir in Olten aber auch.

Tobias Oetiker (OJ): Darryl, du hast in deinem Votum gesagt, dass das Volk die Frage beantworten müsse, ob es ein Krematorium wolle oder nicht. Was es eigentlich beantworten muss, ist, ob es bereit ist für ein Krematorium zu bezahlen. Das ist der Punkt dieser Abstimmung. Denn das Krematorium „wollen“ kann man leicht, aber man muss das Krematorium auch bezahlen und den Kredit sprechen und das ist, denke ich, der wichtige Punkt, welchen wir bei dieser Abstimmung klären können. Das ist dann eine Zahl und nicht nur ein Reglement, das man vielleicht ändert oder nicht. Sondern ganz konkret: Seid ihr bereit dieses Geld auf den Tisch zu legen, das, was es kostet, für ein minimales Krematorium, das niemandem richtig Freude bereitet, ausser jenen, die kremiert werden und das wollen? Und wenn sie bereit sind, das zu bezahlen, dann: „Yes, go for it.“

Beschluss

Mit 19 : 5 Stimmen bei 10 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Dem «Ersatz Ofenlinie und teilweise Instandsetzung Hochbau» mit Kosten von Fr. 6'443'800.00 (inkl. 8.1% MwSt., Kostenangaben +/- 10%) wird zugestimmt.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland vom April 2023, Stand 113.7 Punkte / Basis Oktober 2020 des Bundesamtes für Statistik, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1 dieses Beschlusses untersteht dem obligatorischen Referendum.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Juni 2024

Prot.-Nr. 67

Interpellation Manfred Schoger (Mitte/GLP/EVP) und MU betr. Grünstadt Schweiz (Label)/ Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 21. Juni 2023 wurde eine Interpellation, vertreten durch Manfred Schoger (Mitte/GLP/EVP) und MU, mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Grünstadt Schweiz ist das Label für ein nachhaltiges Stadtgrün. Es ist eine Auszeichnung für Städte und Gemeinden, die ein nachhaltiges Management ihrer Grünräume umsetzen, sich für mehr Biodiversität im urbanen Raum engagieren und sich auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereiten.

Das Label will einen zusätzlichen Nutzen für alle Beteiligten bieten. Gemäss Grünstadt Schweiz profitiert die Bevölkerung unter anderem von einer erhöhten Lebensqualität in einer Umgebung, die sich so auch auf die Auswirkungen des Klimawandels vorbereiten kann. Der Werkhof, als Teil der Stadtverwaltungen, profitiert von einem vertieften Informationsaustausch mit Experten und anderen Städten und der Stadtrat hat die einmalige Gelegenheit das Image der Stadt mit dem Label zu stärken.

Mehrere Städte mit Einwohnern zwischen 10'000 und 20'000 Einwohnern befinden sich derzeit im Zertifizierungsprozess oder sind bereits zertifiziert. Dazu gehören zum Beispiel Aigle (VD) oder Sierre (VS). Aber auch grössere und kleinere Städte wie zum Beispiel Basel (BS), Luzern (LU), Dietikon (ZH) oder Lichtensteig (SG) gehören dazu. In weiteren Städten wie zum Beispiel Frauenfeld (TG) wurde das Thema bereits politisch diskutiert.

Das Label wurde von acht Institutionen aus Forschung, Wirtschaft und Praxis der Grünraumgestaltung gegründet. Die Gesamtverantwortung liegt dabei beim Vorstand des Verbands Schweizerischer Stadtgärtnereien und Gartenbauämter (VSSG).

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Der Werkhof von Olten macht in diesem Bereich bereits heute eine vorbildliche Arbeit. Hat der Stadtrat aus diesem Grund eine Zusammenarbeit mit Grünstadt Schweiz geprüft?
- Welchen weitem Nutzen hätte das Label «Grünstadt» aus Sicht des Stadtrates für die Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt Olten?
- Welchen weiteren Nutzen oder Zugänge hätte die Zusammenarbeit aus Sicht des Stadtrates mit Grünstadt Schweiz für die Stadtverwaltung und deren Betriebe?
- Wie hoch sind die einmaligen und wiederkehrenden Kosten zur Erlangung des Labels?
- Wie stellt sich der Stadtrat zur Einführung des Labels «Grünstadt»?»

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat beantwortet die gestellten Fragen gerne wie folgt:

- Der Stadtrat hat bisher keine Zusammenarbeit mit Grünstadt geprüft. Nachdem bekannterweise nach 2014 die Stadt über keine eigentliche Umweltfachstelle mehr verfügte, die ein solches Projekt «Label Grünstadt Schweiz» hätte neu imitieren können, stand eine solche Prüfung auch nicht im Vordergrund.
- Das Label Grünstadt orientiert sich in der Zielsetzung und im Aufbau stark am bekannten Energiestadt-Label. Es ist ein eigentliches Management- oder Qualitätssicherungssystem wie bspw. die bekannten Systeme ISO 9001 oder ISO 14001.
- Der Vorteil für die Stadt bei der Einführung des Grünstadt-Labels könnte darin liegen, dass die «Grünstadt-Themen» wie Biodiversität aber auch Hitzeanpassung oder Starkregen-Versickerung systematischer angepackt werden könnten. Systematischer deshalb, weil der im Zertifizierungsprozesses abzuarbeitende Massnahmenkatalog (40 Massnahmen) eine sinnvolle und pragmatische Zusammenstellung der «guten Praxis» darstellt und die Stadt Olten so von dieser Sammlung von Wissen und Erfahrung direkt profitieren könnte.
- Ein weiterer Nutzen für die Verwaltung und die Betriebe würde in der Institutionalisierung und Systematisierung der abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit liegen, wobei diese bereits heute auf pragmatischer und konkreter Ebene gut funktioniert. Ferner würde durch das Netzwerk von Grünstadt eine weitere Vernetzungsmöglichkeit mit anderen Gemeinden geschaffen, wobei die Stadtgärtnerei und die Fachstelle Energie, Klima und Umwelt bereits heute sehr gut vernetzt sind.
- Eine Beratung durch Experten von Grünstadt Schweiz würde über einen Zeitraum von zwei Jahren die Stadtfinanzen mit Kosten in der Höhe von Fr. 20'000.00 bis 25'000.00 belasten. Eine Zertifizierung auf sechs Jahre kostet aktuell Fr. 5'000.00. Dieser Betrag dürfte aber in Zukunft steigen. Aus Sicht des Stadtrates ist eine Abklärung von effektiven Kosten und konkretem Nutzen in Bezug auf die Erlangung des Grünstadt-Labels durchaus von Interesse.
- Mit der Aktualisierung des Naturinventars und der erstmaligen Ausarbeitung eines Freiraum-, Natur- und Klimakonzepts im Rahmen der laufenden Grundlagenarbeiten zur Revision der Ortsplanung erachtet es der Stadtrat aktuell und für die nächsten zwei bis drei Jahre aber nicht als der richtige Zeitpunkt, eine solche Abklärung vorzunehmen. Es ist aber denkbar, dass nach Abschluss der genannten Arbeiten das Label Grünstadt als eine resultierende Massnahme in die Betrachtung aufgenommen wird.

- - - -

Manfred Schoger, Interpellant: Zuerst möchte ich für die Beantwortung der Fragen meinen Dank aussprechen. Was ich vorab noch sagen möchte: Es ist zwar nicht mehr ganz so neu, aber die letzte Stadt, welche dieses Label erhalten hat, war am 16. November die Stadt Dietikon. Sie hat 28'000 Einwohner und ist von der Grösse her mit Olten vergleichbar. Letztens hat die Stadt Basel das Label «Gold» erhalten. Basel ist natürlich merklich grösser. Andere Städte wie Schaffhausen finden sich im Rezertifizierungsprozess. Auch Schaffhausen ist in etwa vergleichbar mit Olten. Andere Städte wie Emmen sind jetzt im Prozess das Label zu erhalten. Ich bin mit der Beantwortung der Fragen teilweise befriedigt. Ich nehme wohlwollend zur Kenntnis, dass der Stadtrat ebenfalls etliche Vorteile dieses Labels sieht. Etwa den Austausch von diversem Know-how unter den Städten. So, dass es eine Förderung der Biodiversität gibt, dass man auf die aktuelle oder neue Hitzesituation eingehen kann und dass man auch auf Starkregenereignisse mit entsprechenden Versickerungsmassnahmen reagieren kann. Was mir auch gefällt, ist, dass der Stadtrat die ganzen Vorteile sieht mit der Institutionalisierung des Ganzen und einer Systematisierung, wie man auch abteilungsüber-

greifend zusammenarbeiten kann. Was man ebenfalls festhalten muss: Wir hatten hier im Rat immer mal wieder Aufträge, bei welchen Themen in diesem Bereich diskutiert wurden. Zwei Beispiele sind zum einen die Befreiung der Bäume, was man erheblich erklärt hat, oder auch die Begrünung der Kirchgasse, was man sehr ausführlich diskutiert hat. Was wir hier betreiben, kommt mir ein bisschen vor wie «Pflästerlipolitik». Man schaut sich ein Problem immer einzeln an. Aber das, was wirklich fehlt, ist eine übergeordnete Strategie, wie man das ganze Thema angeht. Und von dem her ist dies ein Thema, das von mir aus gesehen notwendig und sinnvoll ist. Der Stadtrat hat ja in seiner Beantwortung auch gesagt, dass eigentlich die Abklärung in Bezug auf Kosten und Nutzen sehr von Interesse ist. Ich bin auch der Meinung, dass man mit der Umweltfachstelle, die inzwischen geschaffen wurde, eigentlich das Mittel hätte, um dieses Thema genauer angehen zu können. Das heisst, die Ressourcen wären eigentlich da. Von dem her ist es für mich nicht ganz verständlich, dass man, obwohl die Idee eigentlich gut ist und man darin sehr viel Positives sieht und die Kosten eigentlich überschaubar wären, das Thema nicht näher angehen, aus Eigenmotivation weiter antreiben und den Steilpass dieser Interpellation sogar aufnehmen will und sagt: «Oh, das ist eine super Idee, das könnten wir uns mal genauer anschauen». In der Beantwortung der Interpellation sagt der Stadtrat auch, dass er es später anschauen will und zuerst die Revision der Ortsplanung fertigstellen will. Da stellt sich mir die Frage, weshalb man darauf warten muss. Eigentlich ist es gerade jetzt der richtige Moment, dass man das Ganze in diese Revision einfließen lassen kann. Schlussendlich ist es ein strategisches Mittel, welches man übergeordnet anschauen muss. Ich bin der Meinung, dass man jetzt die Möglichkeit hat, das ganze Konzept und die Massnahmen und verschiedenen Revisionen, die anstehen, Hand in Hand zusammen anpacken, aufeinander abstimmen und so entsprechend in den Mittelpunkt stellen kann. Ich hätte mir persönlich ein mehr proaktives Vorgehen gewünscht. Ich nehme es aber so zur Kenntnis und ich würde es natürlich sehr stark begrüssen, wenn der Stadtrat auch ein Bekenntnis zu dieser Thematik gibt, auch wenn er sagt, dieses Label braucht es nicht.

Florian Eberhard, Fraktion SP/JSP: Ich danke dir, Manfred, fürs Aufgreifen dieser Thematik. Wir sehen in diesem Label, bzw. grundsätzlich in Labels, eine wertvolle Möglichkeit, nachhaltiges Management von Grünflächen und die Förderung von Biodiversität in Olten zu stärken. Allerdings stimmen wir mit dem Stadtrat überein, dass aktuell die Priorität eher auf der Aktualisierung des Naturinventars und der Ausarbeitung dieser Konzepte liegen sollte. Diese Arbeiten sollten zuerst abgeschlossen werden, bevor unserer Meinung nach eine Zertifizierung sinnvoll geprüft werden kann. Nach Abschluss dieser wichtigen Projekte sind wir aber dafür, die Einführung dieses Labels noch einmal zu evaluieren und gegebenenfalls umgehend umzusetzen. Gerne sind wir hier, und auch bei Forderungen in diese Richtung, dabei.

Sandy Grieder, Fraktion FDP: Wir danken dem Stadtrat für diese differenzierte Antwort. Die FDP hat gemischte Gefühle bezüglich dem Label Grünstadt Schweiz. Ziel und Massnahmen erscheinen auf den ersten Blick vorbildlich. Welche Stadt möchte sich nicht mit einer Auszeichnung schmücken, welche ihren verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und ihren Einsatz gegen den Klimawandel honoriert wird? Wir haben jedoch generell eine gewisse Skepsis, was solche Labels anbelangt und vor allem, was der konkrete Nutzen betrifft. So sind verschiedene Sachen zu berücksichtigen, bevor man über eine Zertifizierung nachdenkt. Zum Beispiel das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Die Kosten für die Zertifizierung und die damit verbundenen Massnahmen könnten die Vorteile übersteigen. Die finanziellen Mittel, welche man für die Zertifizierung ausgibt, könnten vielleicht auch effektiver in ein konkretes Umweltprojekt investiert werden. Weiter anzuschauen wären auch der bürokratische Aufwand, welche eine solche Zertifizierung mit sich bringt. Zudem muss man auch in Betracht ziehen, dass man mit einer Zertifizierung von externen Bewertungskriterien abhängig ist, anstatt eigene, auf lokale Bedürfnisse zugeschnittene Massnahmen entwickeln zu können. Wie der Antwort des Stadtrates zu entnehmen ist, steht eine Zertifizierung in den nächsten paar Jahren aufgrund der laufenden Revision der Ortsplanung nicht im Vordergrund. Sollte es anschliessend zum Thema werden, sind wir der Meinung, dass zuerst eine umfassende Analyse zu den Vor- und Nachteilen dieses Labels gemacht werden müsste.

Martin Räber, Fraktion GO/JGO: Wir Grünen stehen natürlich hinter den Zielen von «Grünstadt Schweiz» und befürworten grundsätzlich eine Zusammenarbeit. Natürlich kann man sagen, dass der Zeitpunkt ungünstig ist, weil die Grundlagen zur Revision der Ortsplanung aktuell erarbeitet werden. Die GO/JGO sehen dies aber anders. Gerade, weil diese Arbeiten am Laufen sind, könnte die Stadt vom Label und den Beratungsleistungen profitieren. Wir sehen die Vorteile auf strategischer und operativer Ebene. Strategisch ermöglicht das Label eine systematische Einschätzung der aktuellen Situation, auch im Vergleich mit anderen Städten, und zeigt auf, wo Potential besteht. Operativ kann die Stadt Olten von vorgeschlagenen und erprobten Massnahmen profitieren. Der Stadtrat betont in seiner Antwort, dass durch die Zertifizierung die Zusammenarbeit innerhalb der verschiedenen Arbeiten der Stadt durch eine objektive Einschätzung von aussen unterstützt wird. Das sehen wir auch so und sollte so früh wie möglich passieren. Aus Sicht der Grünen ist aus diesen Gründen der zu erwartende Nutzen weitaus grösser als die relativ überschaubaren Kosten. Die Zusammenarbeit mit «Grünstadt Schweiz» sollte möglichst rasch angestrebt werden, weil die Vorteile dafür sorgen, dass Ressourcen effizient eingesetzt werden können.

Ursula Rüegg, Fraktion SVP: Es geht hier nicht um ja oder nein. Aber ich gebe nun im Auftrag meiner Fraktion trotzdem meinen Senf dazu. «Grünstadt Olten», ja das wär's! Uns als Einwohner würde allerdings die Beantwortung der einen Frage, welche offenbar untergegangen ist, schon noch interessieren. Die Interpellanten haben nämlich gefragt, was für die Einwohnerinnen und Einwohner dabei heraussehen würde. Also, welchen Nutzen wir persönlich hätten. Vielleicht kann ja ich diese Frage beantworten: Wir sitzen dann in einem ISO-zertifizierten Park, zwischen dem gleichen Abfall, den wir bereits jetzt im nicht ISO-zertifizierten Park herumliegen lassen und welcher uns der Werkhof hinterherräumen muss. Eine grüne Stadt kommt unserer Meinung nach nicht von einem Zertifizierungsprozess. Eine grüne, lebenswerte Stadt kommt von Händen, die anpacken können.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Juni 2024

Prot.-Nr. 68

Interpellation Philippe Ruf (SVP) betr. Ladenmix in der Innenstadt - wozu die Barbershops?/Beantwortung

Am 22. November 2023 hat Philippe Ruf (SVP) folgende Interpellation zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Aus subjektiver Wahrnehmung sind die Barbershops in den vergangenen Jahren überproportional oft in Olten angesiedelt worden. Nebst Imbiss Buden sind auch jene Barbershops häufig an zentralen (und somit anzunehmend teuren) Lagen anzutreffen. Kundschaft kann selten ausgemacht werden; der Anblick wird dominiert durch 'herumhängende' Betreiber, deren Freunden, Familie etc.

1. Was sind die Fakten zum Eindruck, respektive: wie viele neue Geschäfte können sogenannten Barbershops (resp. 'Coiffeur' Geschäften?) zugeordnet werden?
2. Falls der subjektive Eindruck in Frage 1. bestätigt wird, sind die Gründe für den Zuwachs bekannt und/oder bestehen Mutmassungen?
3. Es bedarf nicht einmal einer 'Serviettenberechnung' um zu erkennen, dass ein Herrenhaarschnitt zu CHF 20-25.- schwierig gewinnbringend zu bewerkstelligen ist. Auf Miete, Material, korrekt abgerechnete Mindestlöhne, Sozialversicherungen etc. muss ebenfalls nicht eingegangen werden. Inwiefern stellt die Stadt sicher, dass durch Amt für Wirtschaft, Kantonspolizei etc. der legale Betrieb gewährleistet wird?
4. Es gibt einen GAV in der Coiffeurbranche. Welche Kontrollfunktion hat der Verband inne, welche Massnahmen werden von seiner Seite her getroffen und steht die Stadt - im eigenen Interesse - in Verbindung mit ihm?
5. Der Ladenmix und die Belebung der Stadt werden durch diese Barbershops kaum gefördert. Falls der Stadtrat nicht anderer Ansicht ist, sind Massnahmen in Planung (einerseits zum aktuellen Stand, andererseits vielleicht für künftige Entwicklungen)? Falls ja, welche? Falls nein, sieht der Stadtrat kein Veränderungsbedarf?»

* * *

Stadtpäsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Vorauszuschicken ist, dass in der Schweiz die Gewerbefreiheit und der Schutz der Eigentümerrechte einen hohen Stellenwert geniessen. Der Einfluss der öffentlichen Hand auf den Ladenmix ist somit eingeschränkt; die Kontrolle der Gewerbebetriebe obliegt zudem dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA).

Zu den einzelnen Fragen:

1. *Was sind die Fakten zum Eindruck, respektive: wie viele neue Geschäfte können sogenannten Barbershops (resp. 'Coiffeur' Geschäften?) zugeordnet werden?*

Die Stadt Olten verfügt über keine eigene Statistik. Das Firmenregister des Bundes weist gegen 80 Betreibende von Coiffeursalons auf dem Platz Olten aus. Wieviele davon der kategorie «Barbershops» zuzurechnen sind, ist nicht ersichtlich; dem Ausdruck «Barber» trägt lediglich eine Handvoll im Namen.

2. *Falls der subjektive Eindruck in Frage 1. bestätigt wird, sind die Gründe für den Zuwachs bekannt und/oder bestehen Mutmassungen?*

Für die Kundinnen und Kunden, insbesondere auch für Jugendliche, haben die Barbershops neben dem Haarschneiden auch eine soziale Komponente: Sie sind ein Ort, wo man sich trifft und beispielsweise gemeinsame Pläne für den Ausgang schmiedet, wie auch einem Zeitungsbericht im OT vom 6. Januar 2024 zu entnehmen ist. Diese Nachfrage dürfte der wesentliche Grund für das erhöhte Angebot sein; es wird sich herausstellen, ob diese Nachfrage konstant sein oder sich als temporär herausstellen wird.

3. *Es bedarf nicht einmal einer 'Serviettenberechnung' um zu erkennen, dass ein Herrenhaarschnitt zu CHF 20-25.- schwierig gewinnbringend zu bewerkstelligen ist. Auf Miete, Material, korrekt abgerechnete Mindestlöhne, Sozialversicherungen etc. muss ebenfalls nicht eingegangen werden. Inwiefern stellt die Stadt sicher, dass durch Amt für Wirtschaft, Kantonspolizei etc. der legale Betrieb gewährleistet wird?*

Der Stadtrat ist in regelmässigem Kontakt mit den zuständigen Stellen beim Kanton. Diese sind für die Sicherung des legalen Betriebs zuständig.

4. *Es gibt einen GAV in der Coiffeurbranche. Welche Kontrollfunktion hat der Verband inne, welche Massnahmen werden von seiner Seite her getroffen und steht die Stadt – im eigenen Interesse – in Verbindung mit ihm?*

Die entsprechende Zuständigkeit liegt wie erwähnt bei den kantonalen Behörden. Der Stadtrat sieht aus Gründen der Kompetenzangrenzungen und der Ressourcen keinen Anlass, hier Doppelspurigkeiten aufzubauen.

5. *Der Ladenmix und die Belegung der Stadt werden durch diese Barbershops kaum gefördert. Falls der Stadtrat nicht anderer Ansicht ist, sind Massnahmen in Planung (einerseits zum aktuellen Stand, andererseits vielleicht für künftige Entwicklungen)? Falls ja, welche? Falls nein, sieht der Stadtrat keinen Veränderungsbedarf?»*

Wie dem Interpellanten bekannt ist, hat der Stadtrat dem Gemeindeparlament im Rahmen des Budgets 2024 einen Kredit für die gemeinsam mit Gewerbe Olten geplante Schaffung eines City Managements beantragt. Dieses soll unter anderem mit den Liegenschaften-Besitzenden Kontakt aufnehmen, von denen die Nutzung ihres jeweiligen Lokals entscheidend abhängt. Der entsprechende Kredit wurde genehmigt, die Umsetzung ist eingeleitet.

- - - -

Philippe Ruf, Interpellant: Ich musste selber lachen, als ich diese IP eingereicht hatte, wegen des Namens und des Themas, das es anspricht. Aber es ist kein so lustiges Thema. Es tönt zwar lustig, aber grundsätzlich muss ich die Problematik nicht beschreiben. Ich glaube, wir wissen hier alle, dass wir ein Thema haben mit gewissen Imbissbuden, Barbershops, welche

offensichtlich nicht dem nach aussen gerichteten Zweck dienen, sondern, dass dort kriminelle Vorgänge abgehen. Ich denke, man muss auch nicht weiter ausführen, wieso es so ist. Man muss auch nicht weiter ausführen, dass es passiert. Wir müssen uns viel mehr fragen, welche Möglichkeiten wir haben bezüglich der kriminellen Banden, die wir generell hier in der Region, nicht nur in Olten, haben. Dazu gibt es seit ein paar Monaten eine sehr spannende Berichterstattung in der Solothurner Zeitung, welche es sehr eindrücklich beschreibt. Aber das Problem, das muss man sich sicher eingestehen, ist kein neues. Olten ist schon lange ein krimineller Hotspot auf der Landkarte. Das ist weder das Verschulden des aktuellen Stadtrats noch das Verschulden von uns, sondern ein Thema, das wir schon lange begleiten. Aber wirklich gelöst haben wir es in Olten noch nie. Ich habe in den letzten Monaten verschiedene Themen versucht anzugehen. Ich bin seit etwas über zwei Jahren am Recherchieren, wo die Thematiken liegen. Ich durfte auch die Kantonspolizei begleiten, als wir in der Region Razzien machten und spannende Themen angingen, welche mir ein etwas besser Bild gegeben hatten, wo die verschiedenen Schwerpunkte sind und wie sich die Machenschaften ausbreiten. Es hängt auch ein bisschen mit vergangenen Themen zusammen, die wir angesprochen hatten. Sprich die Opfer des Drogenhandels und der Banden, die sich in Olten breitgemacht haben und nicht nur die Opfer an der Kirchgasse und in Bahnhofsnähe anzutreffen sind, sondern auch die Dealer. Und diese bewegen sich im gewohnten Rahmen und auch im bekannten Rahmen und auch bei bekannten Liegenschaften, die uns allen auch bekannt sind und auch unserer Regierung bekannt sind, die auch der Kantonspolizei bekannt sind. Aber es fehlen uns schlichtweg auch die Mittel und Umstände, um gegen sie vorgehen zu können. Ich habe mich nun auch auf verschiedene Themen konzentriert. Das eine ist die öffentliche Sicherheit, das andere sind auch die Liegenschaftsverhältnisse. Also, wie kann man diesem mit dem Immobilienmanagement entgegenwirken. Denn ich denke, wenn jemand die perfekte Medizin hätte gegen das Problem, das Olten seit Jahrzehnten begleitet, dann hätte dies schon längst jemand gemacht. Ich merke aber auch, dass man überall die gleichen Ausreden bringt und dass diese Thematik niemand angehen will. In Bahnhofsnähe ist der Stadtrat nicht zuständig. Und wie man aus der aktuellen Interpellation betreffend der Barbershops entnehmen kann, ist auch dies nicht in der Verantwortung unserer Regierung. Der Stadtrat weist darauf hin (ich glaube, es ist gar nicht nötig auf die einzelnen Fragen einzugehen), dass man dafür einen City-Manager hat, der auch dem Immobilienmanagement entgegenwirken könnte. Ich denke, wir können durch diese Massnahme alle beruhigt sein, das Problem wird sich dadurch gewiss lösen. Entsprechend haben wir auch den Zirkel mit der Kantonspolizei, welcher auch die Sicherheit am Bahnhof lösen wird. Thomas Marbet hat auch dort dargelegt, dass er im Austausch ist. Auch mit den Nachbargemeinden und er diesen schon Briefe geschrieben hat. Darum denke ich, dass sich das Thema ganzheitlich erledigen wird, und ich bin dem Stadtrat auch dankbar für all diese Massnahmen. Ich glaube, es ist nicht wirklich nötig, dass wir näher darauf eingehen, denn ich merke, dass man sich nicht in die Verantwortung nimmt. Und ich merke auch, dass man sich hier zu wenig damit auseinandersetzen will. Und entsprechend merke ich auch, dass hier der nötige Support in der generellen Thematik nicht vorhanden ist. Man kann, glaube ich, nicht mehr machen als auf diese Themen hinweisen und ich so meine Aufgabe als Volksvertreter wahrnehme.

Laura Schöni, Fraktion OJ: Wir haben in der Fraktion beschlossen, dass wir uns zu dieser Interpellation nicht äussern. Ich verliere aber dennoch zwei, drei kleine Worte darüber. In unseren Augen dient diese Interpellation primär zur Generierung von Aufmerksamkeit für populistische Talking Points. Für uns trägt diese Art von politischem Aktionismus nicht zu einer konstruktiven, politischen Debatte bei und lenkt von den eigentlichen Herausforderungen ab, welchen wir uns stellen müssen. Thematik Arbeitsbedingungen hätten wir in diesem Zusammenhang sehr spannend gefunden. Es gäbe nämlich noch weitere Branchen, bei welchen man näher hinschauen muss und Arbeitnehmer/innen geschützt werden müssen. Wir empfehlen euch dazu die kantonale Mindestlohninitiative der SP. Ausserdem ist die Kompetenz der Legalität dieser Barbershops beim Kanton und nicht Sache der Stadt und des Gemeinderats.

Manuela Höfler, Fraktion GO/JGO: Ich kann mich im Grossen und Ganzen Laura anschliessen. Der Stadtrat hat die Fragen der Interpellation beantwortet und du hast es selber gesagt, Philippe, es gibt nicht noch wirklich viel dazu zu sagen. Aber ich sage trotzdem noch

etwas. Du hast recht, der Ladenmix in Olten ist ein wichtiges Thema und wir haben ja auf Gemeindeebene etwas gemacht. Ich glaube, wir dürfen auch mal sagen, es ist gut, was wir in der letzten Budgetdebatte gemacht haben. Wir haben die Stelle für das City Management bewilligt und diese Person wurde nun eingestellt. Das ist nun eine Massnahme, welche wir auf Gemeindeebene machen konnten. Wir sind ja hier im Gemeindeparlament. Aus den Antworten des Stadtrats sieht man, dass die Kompetenz zur Überprüfung selber, also rein von der Legalität her, beim Kanton liegt. Du hast dies als Kantonsrat vermutlich schon vorher gewusst. Wir finden es auch wichtig bezüglich Interpellationen, dass wir uns im Parlament auf Themen konzentrieren, bei welchen wir als Gemeinde etwas machen können. Wenn du konkrete Ideen einbringen willst, ist das super und wir können darüber diskutieren, was man machen könnte und wie wir es sehen und ob es eine umsetzbare Möglichkeit ist. Mit Interpellationen versucht man Meinungen zu einem Thema zu finden, wozu man etwas machen könnte. Das letzte Mal war dies beispielsweise bei der Interpellation zum Thema Finanzierung der schulergänzenden Kinderbetreuung der Fall. Das hat sehr gut geholfen, um eine Meinungsfindung anzustossen und später das Geschäft umzusetzen. Aber wenn man keine konkret umsetzbare Handhabung hat, ausser dem, was wir schon gemacht haben, finden wir es nicht sehr zielführend. Und darum bleibt eigentlich beim Thema «Barbershops» neben dem erwähnten City Management vielleicht nur noch die Antwort: Der freie Markt oder der Kanton werden es dann schon richten müssen.

Christine von Arx, Fraktion SP/JSP: Wie schon bei der Interpellation zum Ladenmix sind wir, ja, nicht irritiert, aber auf eine Art erfreut, und zwar nicht über die polemischen Aussagen von Philippe Ruf zu den Barbern, aber über die Tatsache, dass auch die SVP anerkennt, dass es Markt und Markt gibt und der freie Markt nicht immer alles ist, sondern, dass es erwünschte und unerwünschte Marktwirtschaft gibt. Nun ist es bei diesen Barbershops so, dass es ein exemplarisches Beispiel dafür ist, wie wichtig eine Arbeitsmarktkontrolle ist. Denn in diesen Shops gibt es tatsächlich fragwürdige Anstellungsbedingungen. Man kann sogar sagen, dass Angestellte regelrecht ausgebeutet werden. Aber wer wehrt sich gegen entsprechende Kontrollen und verweigert den entsprechenden Institutionen ausreichende finanzielle Mittel und griffige Massnahmen? Genau, die SVP. Wir gehen davon aus, dass auch hier, wie schon beim Ladenmix, nun ein Meinungsumschwung stattgefunden hat und sie in Zukunft die Vorstösse der Linken und von den Gewerkschaften, welche eine bessere Arbeitsmarktkontrolle möchten, unterstützt werden. Auch hier ist es so, dass eine gewisse Kontrolle des Staats nötig ist, um einem überbordenden, freien Kapitalismus Einhalt zu gebieten. Nun noch etwas zu dem, was du, Philippe, in deinem Votum gesagt hast bezüglich Begründung deiner Interpellation. Es ist nicht so, dass jeder Barbershop Teil einer kriminellen Organisation ist. Nicht jeder Barber-Arbeitgeber beutet seine Angestellten aus. Und es liefert auch nicht jeder Geld in irgendwelche obskuren Organisationen. Es ist tatsächlich so, dass es Barber gibt, welche vielleicht mehr als Opfer von ihren Umständen anzuschauen sind, weil sie sonst nirgends eine Arbeit finden und sich darum ausbeuten lassen müssen. Das kann auch der Ladenbesitzer sein, sicher aber bei den Angestellten. Wir wehren uns dezidiert dagegen, dass man einfach sagt, Barber seinen alles Kriminelle.

Muriel Jeisy, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Auch wir von der Fraktion Mitte/GLP/EVP wünschen uns einen guten Ladenmix und eine attraktive Einkaufsstadt hier in Olten. Dies hat aber weniger per se mit dem Problem der Barbershops zu tun. Das ist nämlich effektiv kein Oltner Problem, sondern es ist mittlerweile schweizweit ein Problem geworden. Und es wurde auch schon mehrfach gesagt, dass für die Kontrollen sowohl die Kantonspolizei oder das Amt für Wirtschaft und Arbeit, teilweise in Verbundkontrollen mit dem Migrationsamt, zuständig ist und noch weitere Player im Bereich vom Vollzug des Schwarzarbeitsgesetzes. Also es geht hier effektiv. Ich weiss das selber auch aus beruflichen Erfahrungen. Die Unterwanderung des Staats ist in diesem Gewerbe sehr häufig. Nicht nur Barbershops, auch Nail-Studios sind ein neues, schweizweit sehr verbreitetes Phänomen, welche es bei den Abgaben gar nicht genau nehmen. Sei es die Mehrwertsteuer, Quellensteuern, Sozialversicherung, aber auch Geldwäscherei ist ein sehr grosses Thema. Aber wie gesagt, wir hätten uns eher gewünscht, es wäre auf kantonaler Ebene thematisiert worden als hier in Olten. Hier haben wir einzig die lokalen Bemühungen vom Stadtrat, welche bessere und andere Geschäfte, damit die

Ladenfläche nicht leer ist, oder durch solche Geschäfte in diesem Ausmass besiedelt werden kann, unterstützen. Zum Thema Mindestlohn möchte ich sagen, dass in dieser Branche bereits allgemein verbindlich erklärte Mindestlöhne vom Bundesrat existieren, womit die paritätische Kommission im Coiffeurgewerbe beauftragt ist und auch den Vollzug aktiv macht. Sie hat aber natürlich auch mitgeteilt, dass dort das Problem vielschichtig ist und sie allein es nicht lösen kann. Mit der Mindestlohninitiative alleine lösen wir die Problematiken nicht und können auch diesen Angestellten und anderen Machenschaften nicht weiterhelfen. Aber, wie gesagt, wie haben andere Sorgen oder Probleme, wofür wir hier in Olten Lösungen finden können.

Andrea Walder, Fraktion FDP: Auch wir von der FDP nehmen in der Stadt wahr, dass es inzwischen sehr viel Barbershops gibt, wie auch Optiker, Geschäfte für Hörgeräte und normale Coiffeurgeschäfte. Bei den letztgenannten gibt es bestimmt weniger Probleme als beim erstgenannten. Die Problematik besteht auch darin, dass die Stadt nicht der Vermieter der Gebäude ist und wir den Eigentümern grundsätzlich nicht vorschreiben, welches Gewerbe erlaubt ist. Ausser im Rahmen der Ortsplanung, beispielsweise im Zonenreglement. Uns erscheint wichtig, dass jede einzelne Person mit offenen Augen durch die Stadt geht, und der Polizei bzw. dem Amt für Wirtschaft und Arbeit eine Meldung macht, wenn etwas sieht, vor allem in diesen Barbershops oder auch Nagelstudios, bei welchen man das Gefühl hat, dass nicht alles mit rechten Dingen zu und her geht. Die Polizei wie auch das AWA sind auf Meldungen angewiesen, damit man denn auch versuchen kann, Menschenhandel zu unterbinden, bzw. dass diese Personen nicht derart ausgebeutet werden. Gerade heute wurde dies auch im Kantonsrat diskutiert. Auch wir sollen Verantwortung übernehmen und hoffen, dass gerade solche illegalen Sachen ausfindig gemacht werden können und man dort zu Lösungen kommt.

Philippe Ruf, Fraktion SVP: Ich versuche alle Inputs aufzunehmen. Vielen Dank. Ich glaube, auch was Muriel gesagt hat, ist sehr wichtig. Es gibt einen Gesamtarbeitsvertrag und es gibt eine Mindestlohnregelung. Das hat nichts mit Initiativen oder so zu tun, wie wir es in den Griff bekommen können. Ich glaube auch nicht, dass vordergründig für die Angestellten Gesetze fehlen, um den Missbrauch zu bekämpfen. Ich muss auch fairerweise zugeben, dass diese Interpellation nicht darauf abzielt, diese Mitarbeiter zu schützen. Das ist zwar ein wichtiges Anliegen, welches meiner Meinung nach branchenübergreifend gilt. Diese Interpellation hatte viel mehr das Ziel, welche Mittel es gibt, diese Thematik anzugehen. Wir merken, bei all diesen Betrieben (es geht über die Barbershops hinaus) fehlen mittlerweile auch die Wege, um dort überhaupt Einlass für Kontrollen zu erhalten. Also, es gibt auch anderes Gewerbe, welche kriminelle Betriebe haben. Man muss über eine Feuerpolizei, über die Gebäudeversicherung gehen. Man muss solche Wege finden, damit man dort überhaupt Kontrollen machen kann. Und genau gleich bei den Barbershops ist eigentlich die Einhaltung der Mindestlöhne und solche Themen über den GAV eine der wenigen Möglichkeiten, wie man dort überhaupt zu Kontrollen kommt. Es tut mir leid, dass meine Absicht eine andere war als die Mindestlöhne der Mitarbeiter einzuhalten. Bei meinem Thema geht es in erster Linie darum, wie man überhaupt dahinterkommt, was dort getrieben wird. Denn ich glaube, darin liegt die Hauptthematik und dort sind die Opfer noch vielzähliger hinter diesen Machenschaften als bei den Angestellten. Und wie gesagt: Es gibt ja diese definierten Mindestlöhne. Mir ist es auch ein Anliegen, hier die notwendigen Fragen zu stellen. Es ging mir nicht darum, eine Meinung zu bilden, sondern ich wähle die Interpellation, weil ich Fragen stellen will, weil gerne mehr wissen will. Ihr bemerkt eine gewisse Verzweiflung. Das ist tatsächlich so. Ich frage mich effektiv: Was können wir machen? Denn es scheint sich dafür niemand verantwortlich zu fühlen. Ich denke, genau darin steckt die Thematik. Und wenn nicht die Stadt zuständig ist, wer ist es dann? Denn der Kanton scheint es auch nicht lösen zu wollen. Wir haben auf kantonaler Ebene Vorstösse, welche dies diskutieren, jawohl. Aber sie greifen nicht das Problem bei uns in der Stadt auf. Wir müssen uns einfach bewusstwerden, dass nicht jemand anders kommen wird und diese Probleme für uns löst.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich möchte erwähnen, dass ich jedes Jahr im Frühling an die Generalversammlung der AKS gehe. Also, nicht AKSO, das ist eine andere Organisation. AKS ist die Arbeitskontrollstelle Solothurn. Mit dieser paritätischen Kommission werden Inspektionen und Besuche vor Ort gemacht. Vor allem in der Industrie. Vor einem Jahr habe ich

darauf hingewiesen, bzw. darum gebeten, dass man dies auch im Dienstleistungsgewerbe macht, insbesondere bei Coiffeuren und Barbershops in Olten. Daraufhin hat man es gemacht. Ich habe die Details der Ergebnisse natürlich nicht erhalten. Es gilt auch hier eine Art Datenschutz. Aber ich kann dir versichern, Philippe, man hat in Olten in diesen Shops bzw. Betrieben Besuche gemacht. Es wurden auch Verstösse festgesellt. Das wurde mir bestätigt. Über die weiteren Massnahmen werde ich als Dritter nicht informiert. Aber zumindest haben diese Kontrollen stattgefunden. Wie oft, wie viele, das ist natürlich eine andere Frage. Es ist auch von den Ressourcen abhängig. Aber der Zuständige, damals vom Gewerbe, heute arbeitet er bei der Standortförderung des Kantons, hat mir versichert, dass man es macht, dass man es weiterhin machen will. Bei der Industrie hat es sich etabliert, weil dort das Thema, so in der Vergangenheit, verstärkt aufgekommen ist. Aber wir sind vermehrt dienstleistungsorientiert, auch als Nation, als Wirtschaftsstandort und daher künftig in diesem Bereich auch vermehrt geprüft. Es gibt übrigens auch die Möglichkeit, Verstösse zu melden. Die AKS hat ein Meldeformular aufgeschaltet. Damit können wir, dritte, Feststellungen machen und es wird diesen entsprechend anonym, sprich, ihr müsst euch nicht mit Namen in diesem Sinne melden, nachgegangen. Der City Manager wurde angesprochen, welcher nun seine Stelle angetreten hat. Die erste Aufgabe war, die Leerstände und den Bestand zu erheben. Das ist ein Instrument, das uns als Stadt sicher auch hilft, einen Frühindikator zu erhalten. Wenn wir sehen, hier ist ein Leerstand, können wir sofort mit dem Eigentümer reden. Vielleicht auch in der Branche, in der Stadt mit dem Gewerbe, mit dem Verein, in Austausch zu gehen. Ich sage nicht, dass es alles und jedes Problem löst. Aber es gibt uns doch eine Handhabung, wenn wir wissen, in welchem Cluster welche Betriebe sind, wie viele Dienstleistungs-, wie viele Industrie- oder Gewerbebetriebe wir haben. Heute ist es eigentlich etwas ein Blindflug. Man hat Schätzungen und kann es überschlagsmässig erheben. Aber der City Manager geht dann eigentlich von Strassenzug zu Strassenzug, wird diese Erhebungen machen und gibt uns ein Instrument, den Bestand und die Leerstände besser zu steuern und eben auch proaktiv einzugreifen, wenn wir merken, irgendwo ist fünf Tage lang geschlossen oder im Advent dunkel, dass man hier die Handhabe hat, einzugreifen. Natürlich ist es das Recht jedes Parlamentariers zu jedem Thema Vorstösse zu machen. In diesem Sinn, Philippe, nehme ich dieses Thema ernst. Ich danke dir für diesen Vorstoss, auch wenn die Antworten vielleicht nicht ganz so befriedigend sind, wie du zuvor ausgeführt hast. Mir ist es ein Anliegen: Ladenmix, Branchenmix. Was mich einfach ein bisschen stört, ist das, was du zu Beginn gesagt hast: Krimineller Hotspot Olten. Das ist nicht förderlich. Nicht für unsere Region, nicht für unsere Stadt. Ich finde, es stimmt auch nicht. Und sollte es stimmen, stimmt es für jede Gemeinde, für jede Stadt in diesem Land. Das ist eine Begrifflichkeit, wogegen ich mich wehre. Ich bin auch City Manager, wie ihr alle auch. Wir vertreten und repräsentieren unsere Stadt und müssen auch positiv über sie reden.

Heinz Eng (FDP): Ich möchte Philippe für diese Anfrage danken. Es ist eine Interpellation, ähnlich wie jene betr. «Sicherheit am Bahnhof» usw. Die Reaktionen der linken Parteien ist wieder dieselbe, in Sinn von: «Was nicht soll gefragt werden, soll eben nicht gefragt werden.» Man wirft ihm nun vor, populistisch, polemisch usw. Das finde ich absolut neben den Schuhen. Das ist ähnlich wie bei der Sicherheit am Bahnhof. Das ist des Volkes Seele, welche entsprechend wissen will, was hier vorgeht. Und das ist eine Sensibilisierung. Man kann es nicht einfach aufs Dogma eines Parteibüchleins oder so abgrenzen. Sagen, es ist alles geregelt. Oder die kantonalen Vorschriften sind so und so und so und so. Man darf auch mal hinschauen. Hinschauen, ist hier das Thema. Das ist das Erste. Das Zweite: Ich habe Erfahrung. Ich war in einem solchen Barbershop. Ich habe mir die Haare schneiden lassen. Es war der Ali Barbershop. Ich ging dorthin. Da war ein 22- bis 23-jähriger kurdischer Schafhirt. Er kam aus dem Grenzgebiet zwischen der Türkei und Syrien. Er hat gebrochen Deutsch, aber vor allem Englisch gesprochen und hat meine Haare recht geschnitten. Schafe scheren und mir die Haare schneiden haben bestimmt eine gewisse Ähnlichkeit. Gut, nun will ich aber auch nicht in Polemik verfallen. Denn dort geht es ab. Und ihr müsst halt diese Grenzerfahrung selber mal machen. Da wird theoretisch irgendwie fabuliert, wie die Barbershops funktionieren sollen usw. Geht doch mal hin. Nun sage ich etwas zu den Preisen. Diese CHF 25, das stimmt. Ich habe ihm dann noch CHF 5 Trinkgeld gegeben. Wenn ihr zum Gidor geht, kostet es CHF 50 und in Bern bei Vogue oder so kostet es CHF 70. Dort gibt es effektiv eine Differenz.

Hingegen, für jene, die es wissen, wenn der Grenzwert stimmt und der zwanzigmal am Tag Haare schneidet für CHF 25, kommt auch dieser auf einen entsprechenden Mindestlohn oder noch darüber und das Geschäft hat auch etwas. Wenn man diese Barbershops anschaut, bin ich natürlich immer neidisch, denn wenn ihr mal bei den Parkplätzen vor dem Geschäft schaut: Dort stehen Range Rovers, Mercedes usw. Und diese gehören ganz klar zu einer Klientel, welche sich in diesen Barbershops aufhält. Andrea hat zuvor die Nagelstudios angesprochen. Leider kann ich mich nicht mehr gut nach vorne beugen. Ich lasse meine Zehennägel in einem Nagelshop schneiden. Das kostet CHF 45. Ist von Vietnamesen betrieben, diese Barbershops in Olten usw. Das ist ja das, was Philippe auch gesagt hat. Es ist eine Sensibilisierung, die man hier machen will. Man muss hinschauen, man muss es einmal genau anschauen. Und nicht theoretisch irgendwie fabulieren und sagen: Ja, ja, es ist alles in Ordnung. Man darf diese Fragen wirklich stellen. Da bitte ich, auch die andere Seite zu sehen. Es steht ja auch in den Antworten geschrieben. Für Jugendliche ist es attraktiv, weil es einfach auch billig ist. Daher geht man dorthin. Man sagt auch, die «soziale Komponente». Ja, das mag sein. Es ist bestimmt auch eine gewisse Religion. Jene, die den Islam ein bisschen kennen, da geht es entsprechend um die Reinigung usw., und das ist sehr wichtig. Und daher hat es dort donnerstags meistens relativ viele Leute, weil das Gebet meistens am Freitag ist. Voilà, da gibt es noch viel zu sagen. Ich bitte euch, schaut es irgendwie auch von der Basis her an, und nicht irgendwie auf einer hohen Ebene, wo 95% der Gesellschaft sowieso nicht begreifen, was hier genau abgeht. In diesem Sinn herzlichen Dank, Philippe, du hast meine volle Unterstützung.

Tobias Vega (SP): Ich bin gerade sprachlos, ich muss nach diesen Voten rasch Luft holen. Prinzipiell muss ich sagen, gibt es drei Punkte. Das ist der Ladenmix, welcher das Thema ist. Spannend, dass immer der freie Markt alles regeln soll. Aber nun soll doch der Staat eingreifen, und welche kriminell sind und welche nicht. Im Sinn des Angeklagten würde ich hier mal sagen, ist es mal über alle darüber geschossen. Wir haben auch Grossbanken, welche jedes Jahr wieder zu Millionenstrafen «verknackt» werden, weil sie kriminelle Machenschaften haben. Ich glaube, dieses Thema müssen wir mal zur Seite schieben. Das zweite ist der Arbeitsbereich. Ich selber war sehr lange im Asylwesen als Aktiver tätig. Ich kenne ganz viele Leute, beispielsweise auch kurdische Leute. Ganz viele junge Leute, die keine Ausbildung haben, welche einen negativen Bescheid haben oder seit fünf oder mehr Jahren auf einen Bescheid warten. Wir sind auch in der Stadt Olten abhängig von den Entscheiden, welche der Bund, das SEM, trifft. Das heisst, diese Menschen sind unter uns. Sie suchen Jobs, sie geben Geld aus, sie zahlen auch Steuern. Also, das vergessen wir jetzt gerade mal. Ich finde es sehr bedenklich, dass man eigentlich darauf «abschiesst». Ich finde die Kultur der Barbershops schön. Gerade gestern war ich bei einem und ich probiere immer wieder neue aus, und habe übrigens CHF 40.- bezahlt. Ich empfehle euch das sicher mal. Es ist eine ganz neue Kultur, welche ich bei einer weiblich gelesenen Coiffeuse vielleicht nicht bekomme, und ich erhalte einen schönen Haarschnitt. Das ist eine völlig andere Geschichte. Ich finde das Thema heute Abend etwas schwierig. Es ist wirklich schwierig. Diesem populistischen Antrag, dass mal alle Imbissbuden und alle Barbershop scheinbar kriminell sind, würde ich auch nicht gerne eine weitere Plattform geben. Sondern eher mal sagen, prinzipiell schauen wir. In diesem Fall kann man auch als Stadt Olten dafür sorgen, dass gewisse Leute bessere Arbeitsbedingungen haben. Wenn man auf die Vermieter solcher Liegenschaften zugeht, seid ihr die ersten, die schreien: «Wir haben freien Markt! Da dürfen wir nicht eingreifen!» Aber da sollte, das ist mein Votum, der City Manager mal alle an einen Tisch bringen. Und das ist hier das grosse Problem. Wir haben Riesenmieten für gewisse Liegenschaften, wo wir nicht reinkommen. Es kann ja nicht sein, dass nur Versicherungen und Banken sich diese Mieten leisten können. Und zum anderen: Ich finde, man redet und sucht wieder einen Schuldigen, klassisch «nach unten pissen». Ganz ehrlich, das macht mich richtig wütend. Darum empfehle ich euch, euch mal mit dem Asylwesen zu beschäftigen, was es mit diesen Leuten macht. Und ja, es gibt schwarze Schafe darunter, welche die Leute ausnützen, ihre eigenen Landsleute ausnützen. Ja, aber hier ist der Kanton zuständig, das haben wir gehört. Und da müssen wir nicht wieder einen Rundumschlag machen. Also, prinzipiell bin ich auf der Seite der Jugend, die je nachdem nichts mehr an Job findet als in einem Imbissshop oder als Barber. Und sie schneiden gut, das spielt keine Rolle. Aber genau dort ist ja etwas, worüber wir nicht sprechen wollen, sondern

sie sind selber schuld. Prinzipiell bin ich dort dafür, dass wir vermehrt auf den City Manager schauen, der beim Ladenmix etwas hinschaut, auch mit diesen an den Tisch sitzt. Wir haben einen Drittel der Oltner Bevölkerung, der scheinbar nicht vertreten ist. Ausländische Bevölkerung, welche nicht vertreten ist, die, je nachdem, auch in diesen Imbiss' arbeitet, eine total andere Kultur hat zur Selbständigkeit als hier in der Schweiz üblich ist. Das habe ich ganz klar aus erster Hand erfahren, ich bin selber ein halber Migrant. Ich bitte euch, hier nicht einfach blind zu sagen: Wir möchten hier unsere Kultur haben und alles andere ist kriminell. Ich finde es ganz bedenklich, hier im Parlament solche Voten zu hören. Also bitte. Danke.

Marc Winistörfer (SVP): Nach diesen zahlreichen Voten wird meine Liste immer länger und länger und ich weiss gar nicht, was ich nun zuerst sagen will. Aber vielleicht zäume ich das Pferd mal von hinten auf. Nicht alles, das euch nicht passt, vor allem den linken Parteien hier im Saal, ist populistisch. Eure Problemwahrnehmung ist möglicherweise eine andere als jene von Philippe und von mir. Ziemlich sicher sogar. Damit heisst es aber nicht, dass es populistisch ist. Philippe, so wie zumindest ich den Text lese, hat es nicht darauf angelegt. Wenn ihr etwas interpretiert, ist das euer Problem. Philippe stellt Fragen. Und Heinz Eng hat es gutgesagt, es sind berechnete Fragen, welche man stellen kann. Es sind teilweise Probleme. Es ist auch nicht die Rede davon, dass alle Barbershop-Inhaber oder alle Mitarbeiter eines Barbershops Kriminelle wären, wie es zuvor dargestellt wurde. Es steht nicht im Text und von Philippe hätte ich das nicht so entnommen und sonst hätte ich nicht gut aufgepasst. Ich glaube, Populismus heisst nicht, dass wenn man Probleme anspricht, man nicht populistisch ist. Sondern man versucht gewisse Sachen anzuregen, man hält den Finger auf gewisse wunde Punkte. Möglicherweise möchte man nicht schönreden, was ihr schönredet und man schaut genau hin. Und das macht Philippe mit diesen Fragen. Und von dem her möchte ich doch den Vorwurf vom Populismus wirklich wegweisen. Und wenn ich noch eine Klammerbemerkung machen darf: Vor allem wenn es von Parteien oder Gruppierungen kommt, welche jetzt bzw. in den letzten drei Jahren wirklich «en masse» Vorstösse eingereicht haben, welche man nicht umsetzen kann und daran scheitern. Vielleicht erst mal selber die eigenen Vorstösse besser durchlesen, anstatt hier mit Philippe eine grosse Abrechnung zu machen. Das nächste Thema, das angesprochen wurde, sind die Mindestlöhne. Das ist klar. Auch hier, Klammer auf, Populismus. Wenn man jetzt natürlich noch Werbung für eine Volksinitiative machen möchte, welche ja überhaupt nichts Populistisches an sich hat, wenn man hier flächendeckend Mindestlöhne möchte, Klammer geschlossen, kann man das machen. Aber es geht ja nicht nur um die Mindestlöhne. Das Nicht-Einhalten von Mindestlöhnen ist etwas, das nicht legal ist. Es gibt weitere Sachen, die ebenfalls nicht legal sind. Etwas, das nicht legal ist und in der Vergangenheit, was nicht oder weniger mit Barbershops, aber mit gewissen Gastrobetrieben zu tun hatte, ist die Geldwäscherei. Das Geldwäschereigesetz, das wir jetzt haben, wurde in den letzten Jahren immer mal wieder verschärft. Das wurde Pizza-Connection genannt, das war in den Achtzigerjahren. Damals ging es darum, dass wirklich mit Pizzabetrieben Geld gewaschen wurde, welche rasch eröffnet wurden, grossen Umsatz machten, keinen Gewinn, dann wurden sie liquidiert und das Geld ist legal eingeflossen. Es gibt durchaus weitere Probleme als nur die Mindestlöhne, welche nicht eingehalten werden. Das heisst jetzt nicht, dass dies alle Barbershops machen. Aber es gibt eine Problematik bei gewissen Betrieben, welche relativ rasch eröffnet werden und relativ rasch wieder verschwinden. Und wenn man dies anspricht, hat dies auch nichts mit Populismus zu tun, sonst müsste ich die linke Seite mal daran erinnern, dass das Geldwäschereigesetz eine Idee war, welche national primär von euch gepusht wurde. Nicht von uns. Die Zuständigkeit ist beim Kanton, das haben wir gehört. Philippe hätte das im Kantonsrat machen können. Ja, das kann er machen. Er ist ja noch bis Ende Legislatur gewählt und die nächste Legislatur hoffentlich auch. Nichtsdestotrotz, wenn die Problematik vor Ort ist und die städtischen Behörden davon Kenntnis hätten, ist es natürlich auch ihre Aufgabe, dies dem Kanton mitzuteilen. Das eine schliesst das andere nicht aus. Ich glaube, auch diese Frage, welche Philippe in diesem Zusammenhang gestellt hat, ist sicher berechnete. Und nun noch der letzte Punkt. Einleitend heisst es: «Vorauszuschicken ist, dass in der Schweiz die Gewerbefreiheit und der Schutz der Eigentümerrechte einen hohen Stellenwert geniessen.» Diese Einleitung habe ich nun schon mehrfach gelesen. Also, copy & paste. Vielleicht sollte man es mal anpassen. Es ist nicht die Gewerbefreiheit in der Schweiz. Sie heisst Wirtschaftsfreiheit seit 2000.

Florian Eberhard (SP): Zu dir, Marc. Zu wunden Punkten, die du erwähnt hast und worüber ihr spricht: Es sollte meiner Meinung nach doch etwas mehr dahinterstecken als subjektive Beobachtungen, anekdotische Evidenz und irgendwelche Gruselstorys über nicht geschnittene Zehennägel. Mir fehlen hier komplett die wissenschaftlichen Betrachtungsweisen. Hat sich statistisch wirklich etwas verändert oder geht es darum, dass Philippe beim Spazieren am Sonntag gefunden hat, dass er den Eindruck hat, dass es plötzlich etwas mehr hat? Überlegt man sich: Hat sich wirklich etwas verändert? Was sind die Gründe? Was sind die Beweggründe dieser Menschen? Und dann bin ich sehr daran interessiert, die Diskussion zu führen. Aber wenn es einfach darum geht, ein bisschen Bauchgefühl und eben genau populistisch so dem Volksmund entgegenzureden, bin ich nicht dabei. Dann finde ich es eine sehr kritische Diskussion. Noch eine kurze Randbemerkung: Spannend fand ich die Aussage von Heinz, dass bei ihm das Gefühl aufkommt, wenn er die grossen SUV's sieht, dass es ein klares Zeichen für Kriminalität ist. Da bin ich komplett einverstanden, das geht mir gleich. Meiner Meinung nach gibt es mir auch ein sehr ungutes Gefühl, wenn sich Leute solche «Chärre» leisten können.

Philippe Ruf (SVP): Florian hat es wirklich sehr gut zum Ausdruck gebracht. Ich glaube, es ist effektiv wichtig, diese Fragen zu stellen und dass wir darüber nachdenken. Ich hoffe, es ist auch richtig rübergekommen, wenn ich frage. Hey, ist es mein subjektiver Eindruck? Ich habe das wortwörtlich so geschrieben. Wie sind die Fakten? Wie sieht es tatsächlich aus? Was du zuvor gesagt hast, ist genau das, was ich versucht habe zu machen. Es tut mir leid, wenn es von links bis rechts in eine populistische Diskussion abgedriftet ist. Aber weder hatte ich es hier in einem Wort geschrieben, noch habe ich eine verallgemeinernde Aussage gemacht. Ich glaube, es ist sehr wichtig, diese Fragen zu stellen und darum glaube ich auch, dass die Diskussion hier sehr wichtig ist. Ist es eine subjektive Wahrnehmung oder ist es tatsächlich Objektivität, die hier vorherrscht? Ich glaube, diese Fragen hier hat der Stadtrat richtig beantwortet. Er konnte zwar keine abschliessenden Antworten geben, weil er es, wie er es hier schreibt, zum Teil gar noch nicht weiss. Man kann es in Zukunft sagen, wie es sich entwickelt hat. Aber ich glaube, abgesehen davon, dass ich dankbar bin um die Beantwortung dieser Fragen, ist es mir auch Anliegen aufgrund dieser Antworten vom Stadtrat meine Bedenken zu äussern, dass wir jetzt in einem Gewebe von verschiedenen Themenpunkten, die aber alle den gleichen Ursprung haben, nicht weitergekommen sind und die Verantwortung hin und her geschoben ist. Ich glaube, das ist ein Thema, bei dem ich den Stadtrat bitte, sich in einem anderen Mass einzusetzen, als er es bis jetzt gemacht hat. Denn es ist das, was ich auch bei der Sicherheit am Bahnhof angesprochen hatte. Wir müssen festhalten, dass es sich nicht verbessert hat. Ich glaube, das muss für den Stadtrat das Zeichen sein, dass das, was ihr bis jetzt gemacht habt, offenbar nicht reicht. Das ist meine Kritik und bei welcher ich darum bitte, andere Massnahmen zu ergreifen.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Juni 2024

Prot.-Nr. 69

Interpellation Luc Nünlist (SP/JSP) betr. Verwendung von städtischen Fonds/Beantwortung

Am 14. Dezember 2023 hat Luc Nünlist (SP/JSP) folgende Interpellation eingereicht:

«Der Stadtrat wird gebeten, dem Parlament und der Öffentlichkeit Bericht über die folgenden Fragen zu erstatten:

1. Wofür wurde der Betrag von 100`000 CHF aus dem Fonds Feuerwehrunterstützung im Jahr 2016 verwendet?
2. Wofür wurde der Betrag von 59`000 CHF aus dem Fonds Kindergärten im Jahr 2020 verwendet?
3. Wofür wurde der Betrag von 73`000 CHF aus dem Fonds Primarschulen im Jahr 2018 verwendet?
4. Wofür wurde der Betrag von 44`000 CHF aus dem Fonds Sekundarschulen im Jahr 2018 verwendet?
5. Wofür wurde der Betrag von 53`000 CHF aus dem Fonds Jugendmusik im Jahr 2019 verwendet?
6. Wofür wurde der Betrag von 45`000 CHF aus dem Fonds Schulsport im Jahr 2022 verwendet?
7. Wofür wurde der Betrag von 18`000 CHF aus dem Fonds Jugendhort im Jahr 2020 verwendet?
8. Wofür wurde der Betrag von 8`000 CHF aus dem Fonds des Stadtarchivs im Jahr 2020 verwendet?
9. Wofür wurde der Betrag von 100`000 CHF aus dem Fonds Altersfürsorge über den Zeitraum 2017-2021 verwendet?

Begründung:

Die vorausgehende kleine Anfrage vom 20. September 2023 sowie eine Nachfrage bei der Verwaltung wurden verhalten beantwortet. Es wird Klärung über die genaue Verwendung der städtischen Fonds erwartet.»

* * *

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet im Namen des Stadtrates die Interpellation wie folgt:

Der Stadtrat hat im Rahmen der Einführung von HRM2 die Fonds auf ihre Grundlagen hin geprüft. Einige Fonds wiesen damals keine gute Rechtsgrundlage auf. Dies wurde bereits im Rahmen der kleinen Anfrage betreffend Verwendung der städtischen Fonds aufgezeigt. Der Stadtrat ist deshalb bemüht, diese Fonds möglichst rasch und zweckmässig abzubauen. Dies hat er auch im Rahmen des Budgets 2021 aufgezeigt.

Bei den Fragen 2, 7 und 8 bezieht sich die Interpellation auf das falsche Jahr. Die Auflösung erfolgte nicht im Jahr 2020, sondern im Jahr 2021.

Die Fonds wurden wie folgt verwendet:

1. **Fonds Feuerwehrunterstützung:** Der Fonds wurde aufgrund der bestehenden Versicherung für Feuerwehrangehörige obsolet. Die Auflösung erfolgte zu Gunsten der Erfolgsrechnung (Steuerzahlende). Es wurde kein Geld ausbezahlt.
2. **Fonds Kindergärten:** Der Fonds wurde im Jahr 2021 zu Gunsten der Erfolgsrechnung (Steuerzahlende) aufgelöst. Es wurde kein Geld ausbezahlt. Die Auflösung wurde via Konto 2110.4511.00 vorgenommen und im Rahmen der Budgetierung auch so budgetiert. Das Budget wurde vom Parlament bewilligt.
3. **Fonds Primarschule:** Der Fonds wurde während der budgetlosen Zeit für die Durchführung von Skilagern ausgegeben. Die Ausgaben betrugen Fr. 72'587.74 Franken.
4. **Fonds Sekundarschule:** Der Fonds wurde während der budgetlosen Zeit für die Durchführung von Skilagern ausgegeben. Die Ausgaben betrugen Fr. 44'188.50 Franken.
5. **Fonds Jugendmusik:** Der Betrag von Fr. 53'719.79 wurde für die Neuuniformierung der Jugendmusik eingesetzt.
6. **Fonds Schulsport:** Die 45'000 Franken wurden für die Unterstützung der Pumptrackanlage (Bike Club Olten) eingesetzt. SR-Beschluss Nr. 204/2023
7. **Fonds Jugendhort:** Der Fonds wurde im Jahr 2021 zu Gunsten der Erfolgsrechnung (Steuerzahlende) aufgelöst. Es wurde kein Geld ausbezahlt. Die Auflösung erfolgte via Konto 3420.4511.01. Im Rahmen der Budgetierung wurde die Auflösung so angekündigt. Das Budget wurde vom Parlament bewilligt.
8. **Fonds Stadtarchiv:** Der Fonds wurde im Jahr 2021 zu Gunsten der Erfolgsrechnung (Steuerzahlende) aufgelöst. Es wurde kein Geld ausbezahlt. Die Auflösung des Fonds erfolgte über das Konto 0227.4511.00. Im Rahmen der Budgetierung wurde die Auflösung so angekündigt. Das Budget wurde vom Parlament bewilligt.
9. Die Zahlungen des **Fonds Altersfürsorge** gingen an Klienten der Direktion Soziales. Im Jahr 2022 wurde der Fonds aufgelöst und der Betrag von 62'150.13 in den Fonds für soziale Zwecke übertragen. SR-Beschluss Nr. 146/2022.

- - - -

Luc Nünlist, Interpellant: Ein Dank an die Finanzdirektion für die Beantwortung der Fragen. Sie übertrifft sicher die einsilbige Antwort auf meine Kleine Anfrage vom letzten Herbst. Insofern: Merci. Trotzdem bin ich von den Antworten des Stadtrats bzw. von der Finanzdirektion nicht begeistert. Weder sind sie sonderlich transparent noch ausführlich und sie räumen nicht auf mit der etwas zufälligen Strategie von der Verwendung von ursprünglich zweckgebundenen Geldern. Finanzielle Transparenz der steuerfinanzierten Fonds und Strategie der Verwendung hier im Parlament bereitwillig zu kommunizieren, dürfte meines Erachtens eigentlich erwartet werden. Der Stadtrat Benvenuto Savoldelli hat am 23. Oktober letzten Jahres dem Rat hier versichert, dass im genannten Zeitraum, welcher damals Thema war, keine Fonds aufgelöst wurden und keine Gelder ausserhalb seines ursprünglichen Verwendungszwecks aufgewendet wurden. Seine Antwort hier noch einmal in voller Länge zitiert: «Nein.» Je nach Auffassung kann man das ein bisschen hinterfragen. Zum Beispiel, wie die

Beantwortung dieses Mal klarstellt, wurden doch einige Auflösungen zugunsten der Erfolgsrechnung vorgenommen. Zum Beispiel die Fonds Jugendhort und Kindergärten, welche zweckdienlich in den Bereich Tagesstrukturen hätten fliessen können, wurden zu Gunsten der Erfolgsrechnung aufgelöst. Das kann man gut finden, oder eben nicht so ganz. Ganz im ursprünglichen Sinn vom Zweck des Fonds ist es sicher nicht. Aber vielleicht ist es untergegangen. Eine Frage habe ich an den Stadtrat trotzdem noch, auch wenn er nicht hier ist. Stimmt es, dass die Fondsauflösung «Schulsport» effektiv in die Renovation einer Buvette bei der Pumptrackanlage geflossen ist? Oder kann dies hier öffentlich ausgeschlossen werden? Oder kann der Finanzdirektor oder seine Stellvertretung fürs Protokoll festhalten, dass der Bau einer Buvette unter der Kostenstelle «Schulsport» korrekt verbucht ist? Insgesamt bin ich mässig befriedigt von der Antwort. Ich bedanke mich aber trotzdem für die Beantwortung. Eine Bemerkung zum Schluss: Ich würde mich freuen, wenn wir zum Beispiel beim Fonds «Parkplatzbauten» allenfalls die entsprechende Flexibilität an den Tag legen können, indem zum Beispiel Parkierungsmöglichkeiten für Velos erstellt werden könnten. Eine Buvette vielleicht besser nicht mehr. Ich finde, das passt nicht so ganz zusammen.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Es fällt mir relativ schwer, in Details zu gehen, die ich nicht habe. Ehrlich gesagt habe ich auch nicht damit gerechnet, dass es heute noch dazu kommt. Als Stellvertreter habe ich natürlich die Aufgabe, dies abzuklären. Ich kann das morgen sagen. Meines Wissens war es nicht für die Buvette. Es war vielmehr ein Beitrag an das Projekt und an den Rückbau dieser Minigolfanlage. Um die Hand ins Feuer zu legen, würde ich sagen, beantworten wir die Frage morgen.

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Danke Thomas, dann wirst du oder Benvenuto morgen die Frage beantworten.

Marc Winistörfer, Fraktion SVP: Ich bin hier offenbar der einsame Rufer in der Wüste. Ich möchte zuerst Luc Merci sagen für die Anfrage. Es war auch für uns interessant. Auch die Thematik. Vorab möchte ich auch einstimmen, zu dem, was Luc zuvor gesagt hat. Bei den Beantwortungen von Kleinen Anfragen ist es manchmal schon nicht so weit her. Man könnte sich dort schon ein bisschen mehr Mühe geben. Es wäre bei gewissen Kleinen Anfragen auch angemessen, vertiefter auf die Fragen einzugehen, auch wenn man die Fragen selber nicht besonders interessant oder vielleicht auch nicht besonders... Ich will jetzt nichts mehr sagen. Ich möchte dies dem Stadtrat doch gerne mitgeben und vielleicht auch der Stadtverwaltung, die es danach beantworten muss. Die Kleinen Anfragen sind zwar eigentlich kein informelles Instrument, aber trotzdem, sollte man sie ernstnehmen. Noch zum Inhaltlichen: Es war eine relativ kurze Antwort. Es waren aber auch kurze, punktuelle Fragen von Luc. Ich glaube, die Quintessenz, dass man die Fonds auflöst, erachten wir als positiv und es fördert auch die Transparenz. Eben genau, wie diese – ich will jetzt nicht sagen Zweckentfremdung – teilweise nicht ganz klaren Einsätze dieser Mittel der Fonds in Zukunft verhindert werden können. Von dem her sind wir froh, dass es so ist und in Zukunft sukzessive abgebaut wird. Und vielen Dank für die Beantwortung als Drittpartei, sozusagen.

Muriel Jeisy-Strub, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Nur kurz aus unserer Fraktion. Wir finden den Weg des Stadtrats richtig, dass man sich bemüht, diese Fonds, wenn sich die Gelegenheit bietet, möglichst rasch und zweckmässig abbaut, sofern keine Rechtsgrundlage oder sonst eine Bestimmung hinterlegt ist und sie zwingend fortgeführt werden müssen und so zum Teil veraltete Sachen nicht mehr weitergezogen werden. Wir finden es aber auch richtig, dass der Stadtrat gut darüber informiert, damit es transparent und nachvollziehbar wird.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Juni 2024

Prot.-Nr. 70

Auftrag Ursula Rüegg (SVP) betr. «free dogs», Möglichkeit für die zahlreichen Hundehalter: innen in Olten, ihre Hunde in einem umzäunten, sicheren Gebiet frei laufen zu lassen/ Beantwortung

Zuhanden der Parlamentssitzung vom 14. Dezember 2023 wurde ein Auftrag von Ursula Rüegg, SVP, mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wo für die zahlreichen Hundehalter:innen in Olten die Möglichkeit besteht, ihre Hunde in einem umzäunten, sicheren Gebiet frei laufen zu lassen.

Begründung:

Gemäss dem kürzlich vorgelegten Budget zahlen, umgerechnet aus den Einnahmen, rund 530 Personen Hundesteuer für ihre Vierbeiner. Dafür erhalten sie, und mir ist bewusst, dass ein Teil der Steuern durch den Kanton abgeschöpft wird, nur wenige Leistungen. Gehen wir von den verantwortungsbewussten Halter:innen aus, finden diese Robidogs vor, die regelmässig geleert werden und mit Säckli versehen werden. Ein grosses Kompliment an den Werkhof! Klar ist auch, dass offenbar nicht alle Hundehalter:innen mit so viel Intelligenz gesegnet sind, dass sie diesen Service auch nutzen können. Gut kümmert sich auch darum unser Werkhofpersonal.

Nun hat aber jeder Halter und auch sein Hund, das Bedürfnis nach sozialen Kontakten. Auf dem Stadtgebiet, hat mir Thomas Marbet erzählt, sei Leinenpflicht. Dies macht an den meisten Orten Sinn — auch aus Sicherheitsgründen für alle.

Trotzdem müssen sich Hunde begegnen können. Dies ist nicht nur für Hunde wichtig, sondern auch für ihr vier- und zweibeiniges Umfeld. Ein gut sozialisierter Hund wird auf jeden Fall weniger Probleme bereiten, als ein «Leinenhund». Hunde, die die Erfahrung machen können, dass Hund mit seinesgleichen auch spielen kann und vielleicht auch mal an anderen Menschen oder Menschenkindern schnuppern kann, geht gelassener mit Stress um. Dies wiederum kommt auch Menschen ohne Hunde zugute.

Eine Bemerkung noch zum Schluss. Trotzdem ich eine Hundedame habe, die mich begleitet, benötigen wir persönlich keine Hundewiese — Lissy hat gelernt, dass selbst eine Klasse von Kantischülern, die durch den Wald rennt, nichts aufregendes ist.»

* * *

Stadträtin Marion Rauber beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

In der Stadt Olten sind die Wege in die attraktiven Naherholungsgebiete an der Aare, im Gheid oder im Wald kurz. Rund um die Siedlungsgebiete hat es viel Platz für Aktivitäten in der Natur. Damit diese Wege kurz bleiben, erfolgt die Bevölkerungsentwicklung durch eine Verdichtung innerhalb des Siedlungsgebietes. Daraus resultiert aber auch, dass Freiräume in der Innenstadt immer stärker in Anspruch genommen werden. So werden die wenigen Parkanlagen in der Stadt Olten, die sich an alle Anspruchsgruppen richten müssen, sehr intensiv genutzt.

Der grösste Teil der Hundebesitzenden verhält sich vorbildlich. Es ist aber leider so, dass Restriktionen aufgrund derjenigen ergriffen werden müssen, die ihren Aufgaben nicht nachkommen und zum Beispiel die 95 Robidogs auf dem Stadtgebiet ungenutzt lassen. Die «Hinterlassenschaften» auf den Spielplätzen und in den Parks sind ein Gesundheitsrisiko für Mensch und Tier. Es gibt zudem viele Menschen, die Angst vor Hunden haben. Aus diesen Gründen besteht auf dem Stadtgebiet Leinenpflicht. Verständlicherweise widerspricht dies dem Freiheitsbedürfnis und dem Bewegungsdrang der Hunde. Eine spezifisch ausgeschiedene Freilaufzone für Hunde könnte diesen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Der Stadtrat ist bereit, Abklärungen – auch bei anderen Gemeinden – zu treffen, ob sich ein geeigneter umzäunter Platz für ein solches Projekt finden liesse.

Der Stadtrat beantragt den Auftrag im Sinne eines Prüfauftrags erheblich zu erklären.

- - - -

Ursula Rüegg, Auftraggeber: Ich möchte nicht viel dazu sagen, denn ich denke, ich habe alles geschrieben, was man schreiben muss. Deine Antwort, Marion, hat mich sehr gefreut. Die Welt ist nicht gerade hundefreundlich, die Hundehalter sind manchmal nicht gerade gesellschaftsfreundlich. Das ist uns, glaube ich, allen klar. Trotzdem möchte ich einfach noch einmal sagen, es vermindert das Sicherheitsrisiko, das der Hund für uns Menschen sein kann, sei er klein oder gross, wenn er keine sozialen Kontakte haben kann und nie freilaufen kann. Ich verstehe, dass in der Stadt eine Leinenpflicht gilt, das finde auch sinnvoll. Aber die Hunde brauchen das andere trotzdem auch.

Stadträtin Marion Rauber: Ja, liebe Ursula, wir sind der Meinung, da wir in der letzten Parlamentssitzung bereits die Bäume befreit haben, können wir nun auch die Hunde befreien. Nein, im Ernst. Wir unterstützen grundsätzlich, dass wir dies prüfen könnten und uns einige Gedanken machen können, wenn das Parlament auch dieser Meinung ist und uns heute diesen Auftrag entsprechend erteilt. Für den Stadtrat ist einfach klar, dies habe ich in der Vorbesprechung gemerkt, dass wir nicht die Absicht haben, unsere relativ begrenzten oder auch raren Grünflächen mitten in der Stadt für so etwas zu nutzen. Aber ich glaube, das kommt auch aus der Antwort hervor. Wir werden also über den Tellerrand hinausschauen und uns grossflächig umschauen, sollte es gewünscht sein und das Parlament dies auch unterstützt, wo eine Grünfläche für ein solches Projekt in Frage kommen könnte. Wir stehen diesem offen gegenüber.

Sandy Grieder, Fraktion FDP: Ich mache es kurz. Die FDP steht unseren vierbeinigen Einwohnern nicht im Weg und finden, dass dies durchaus ein Auftrag ist, der sich prüfen lässt. Sollte es so weit kommen, dass man das Projekt umsetzen würde, finden wir, dass es machbar sein sollte ohne grosse Kosten zu verursachen. In diesem Sinn werden wir dem Stadtrat folgen und diesen Auftrag im Sinne eines Prüfauftrags erheblich erklären.

Cécile Send, Fraktion SP/JSP: Ich halte das Votum für Claudia, sie kann heute leider nicht da sein. Kurz und knapp: Wir von der Fraktion SP/JSP finden, dass man diesen Prüfauftrag auf jeden Fall prüfen kann. Uns ist wichtig, dass man Menschen mit Hunden an Orte geben, wo sie üben, sich begegnen können und vor allem die Hunde von solchen Begegnungen profitieren können. Uns ist es aber ein grosses Anliegen, dass man gut schaut, wo es in Olten möglich ist. Dass man nicht ohnehin rare Grünflächen, welche für alle da sind, noch mehr reduziert. Dass es aber etwas gibt, begrüssen wir. Vor allem, da an den meisten Orten Leinenpflicht herrscht und so keine Begegnung für Hunde möglich ist. Wir als SP/JSP finden eine Prüfung sinnvoll und empfehlen daher diesen Auftrag als erheblich zu erklären.

Seu-Jhing Tang, Fraktion OJ: Wir von OJ jetzt begrüssen auch sehr, dass der Stadtrat gemäss seiner Antwort bereit ist Abklärungen zu treffen und dabei auch gemeindeübergreifend nach Lösungen sucht. In der Begründung des Auftrags sind die Bedürfnisse der Hundehalter für uns sehr verständlich und auch nachvollziehbar erläutert worden. Die bisherigen

Massnahmen, wie eben das Bereitstellen und regelmässige Leeren der Robidogs, sind lobenswert. Aber wie dort erwähnt, ersetzen diese eben leider nicht die Bedürfnisse der Hunde nach sozialen Kontakten und freiem Auslauf. Entsprechend werden wir diesen Prüfauftrag einstimmig unterstützen.

Christian Ginsig, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Ich halte nun ein Minderheitenvotum. Wir hatten von unserer Seite das Gefühl, es wäre insgesamt besser, die Hundesteuer ein bisschen zu senken, welche in Olten relativ hoch ist und es nicht zwingend eine Aufgabe des Staatswesens ist, dass man zusätzlich noch etwas macht. Man hat ja bereits solche Flächen. Beispielsweise draussen im «Ruttiger» gibt es Freiflächen, wo sich Hundefreunde treffen können. Insgesamt aber, und hier kann ich mich der Sprecherin der FDP anschliessen, ist es für uns dann einfach wichtig, dass die Kosten möglichst im kleinen Rahmen gehalten werden, wenn es dann von der Mehrheit im Parlament überwiesen wird.

Martin Räber, Fraktion GO/JGO: Wir von der Fraktion GO/JGO werden nicht einheitlich abstimmen. Die Mehrheit jedoch begrüsst den Vorstoss. Das vorgeschlagene Modell ist eigentlich seit langem bekannt. Beispielsweise aus Mailand oder Genf. Seit kurzem auch aus Basel. In Basel werden kurzerhand grosse, bereits vorhandene Baumrabatten als Hundefreilaufgebiet und Begegnungsplätze genutzt. Gründe für ein solches Angebot sehen wir primär bei der Biodiversität, Sicherheit und Sauberkeit. Ausserhalb dieser Flächen muss aber auf dem Stadtgebiet Leinenpflicht herrschen. Marion schreibt in der Antwort: In der Stadt Olten sind die Wege in die attraktiven Naherholungsgebiete an der Aare, im Gheid oder im Wald kurz. Rund um die Siedlungsgebiete habe es viel Platz für Aktivitäten in der Natur. Das stimmt zwar, ist aber unvollständig. Denn dort stören die vielen Hunde enorm. Weder der Wald, noch die renaturierte Aare, noch der Naturpark OltenSüdwest sind Hundespielplätze, zudem gefährden sie dort die Wildtiere. Auch sollten dort für die Hunde nur beschränkt Platz freigegeben werden. In Basel ist der Leidensdruck von Familien mit Kleinkindern sehr hoch. Sie mussten in den hundefreien Zoo, in den Zolli, flüchten, wenn sie den Hunden und derer Belastung für die Umwelt für einmal entgehen wollten. Für eine Minderheit bei uns überwiegen die Bedenken nach der konkreten Örtlichkeit einer solchen Wiese. Olten hat aus ihrer Sicht bereits jetzt keinen Überfluss an konsumfreier Freifläche für Menschen. Daher sieht bei uns eine Minderheit die zusätzliche Ausscheidung einer Fläche nur für Hunde und Hundehalter/innen kritisch. Es ist unklar, wo diese Flächen sein sollen. Die Mehrheit findet aber, die Freilaufflächen sind ein faires Win-Win-Angebot. Sowohl für Hunde als auch für die Besitzer/innen als auch für die Natur und Bevölkerung. Deshalb, wie gesagt, wird die Fraktion GO/JGO diesen Vorstoss mehrheitlich unterstützen.

Beschluss

Mit 28 : 7 Stimmen wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Juni 2024

Prot.-Nr. 71

Interpellation SP/Junge SP und Grüne/Junge Grüne betr. Gemeindefusion/ Beantwortung

Am 24. Januar 2024 haben die Fraktionen SP/Junge SP und Grüne/Junge Grüne folgenden Vorstoss zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Gemeindefusionen sind in der Schweiz gang und gäbe, so sind seit dem Jahr 2000 rund ein Drittel der Gemeinden «verschwunden» (1). Dabei sind Gemeindefusionen ein komplexer Multistakeholder-Prozess, der meistens über mehrere Jahre andauert und diverse Interessengruppen und Beteiligte miteinbezieht. Neben dem Argument der positiven finanziellen Auswirkungen sind vor allem Entwicklungs-, Effizienz- und Ausgleichsvorteile für eine Fusion zu nennen (2). Auch die Stadt Olten war bereits an einem grösseren Fusionsprojekt mit den Nachbargemeinden Trimbach, Ifenthal-Hauenstein und Wisen beteiligt, welches schliesslich von der Oltnen Stimmbevölkerung 2012 relativ deutlich abgelehnt wurde (3). Seither wurden, soweit bekannt, keine weiteren Anstrengungen mehr in diese Richtung unternommen. Uns scheint jedoch das Potenzial für eine vertiefte Zusammenarbeit mit diversen umliegenden Gemeinden weiterhin als sehr gross: Für eine ganzheitliche Raumentwicklung, die Ausgestaltung der Sozialregion, diverse Dienste des Werkhofes oder als Verhandlungspartner mit dem Kanton würden sich diverse Vorteile ergeben.

Aus diesen Gründen wird der Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie steht der Stadtrat grundsätzlich zum Thema Fusionen: Könnte er sich vorstellen, einen Fusionsprozess mit Nachbargemeinden anzustossen?
2. Wenn ja, welche Nachbargemeinden kämen dazu in Frage (Wangen bei Olten, Trimbach, Starrkirch-Wil, Dulliken, Winznau, Boningen, Hauenstein-Ifenthal, Wisen und Aarburg)?
3. Welche möglichen Vorteile sieht der Stadtrat durch Fusionen mit Nachbargemeinden?
4. Welche möglichen Nachteile sieht der Stadtrat durch Fusionen mit Nachbargemeinden?
5. In welchen Bereichen übernimmt die Stadt Olten bereits Dienstleistungen für Nachbargemeinden?
6. Könnte sich der Stadtrat auch vorstellen andere Bereiche, wie z.B. das Feuerwehrwesen oder die Jugendarbeit, gemeindeübergreifend zu organisieren, bevor eine komplette Fusion angestrebt wird?
7. Steht die Stadt im Austausch mit dem Kanton Solothurn, der Gemeindefusionen finanziell vergüten will (4)?

1) Gemeindefusionen an der Urne – Darum scheitern Gemeindefusionen immer wieder – News – SRF

2) Gemeindefusionen: Weshalb und Wozu?

3) Olten – Abstimmungen/Resultate der Stadt Olten vom 17. Juni 2012

4) Neuer Bericht: Solothurn will mehr Gemeinden zur Fusion animieren (oltnertagblatt.ch)»

* * *

1. *Wie steht der Stadtrat grundsätzlich zum Thema Fusionen: Könnte er sich vorstellen, einen Fusionsprozess mit Nachbargemeinden anzustossen?*

Der Stadtrat sieht grosse Chancen in einer verstärkten Zusammenarbeit mit Drittgemeinden und hat dies denn auch in die strategischen Zielsetzungen in seinem Regierungsprogramm 2021-2025 aufgenommen. Als mittelfristiges Ziel hat er dabei definiert, dass die Kooperationen und funktionalen Zusammenarbeiten verstärkt werden sollen; bei den Massnahmen ist auch die Prüfung von Fusionen aufgeführt.

Im Rahmen des Fusionsprozesses wurden vor rund 15 Jahren in einem aufwändigen Verfahren alle angrenzenden Gemeinden kontaktiert und zu einer Studie über die bestehenden Querbeziehungen und die Chancen und Risiken von Fusionen eingeladen (https://www.oltten.ch/_docn/2041750/Olten_Fusion_Schlussbericht_Final4korr.pdf); mit einer Ausnahme haben alle angefragten Gemeinden teilgenommen. Im Zuge der Konkretisierung reduzierte sich das Fusionsprojekt auf die Gemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal, Wisen und Olten, die einen gemeinsamen Fusionsvertrag ausgearbeitet haben, der dann an der Urne von der Oltner Stimmbevölkerung abgelehnt wurde.

Aufgrund dieser Erfahrung sieht der Stadtrat den Ansatz schwergewichtig in bilateralen Gesprächen, bei denen Möglichkeiten der Zusammenarbeit bis hin zu einer Fusion diskutiert werden. Solche Gespräche finden regelmässig mit abwechselnden Gesprächspartnern statt.

2. *Wenn ja, welche Nachbargemeinden kämen dazu in Frage (Wangen bei Olten, Trimbach, Starrkirch-Wil, Dulliken, Winznau, Boningen, Hauenstein-Ifenthal, Wisen und Aarburg)?*

Grundsätzlich kommen alle erwähnten Gemeinden für eine engere Zusammenarbeit in Frage und werden dementsprechend regelmässig kontaktiert. Im Falle von Aarburg dürfte sich die Kantonsgrenze aber als kaum überwindbare Hürde für eine Fusion darstellen, weshalb dieses Thema dort nicht im Vordergrund der Gespräche steht.

3. *Welche möglichen Vorteile sieht der Stadtrat durch Fusionen mit Nachbar-gemeinden?*
4. *Welche möglichen Nachteile sieht der Stadtrat durch Fusionen mit Nachbar-gemeinden?*

Die Chancen und Risiken sind im erwähnten Schlussbericht aufgeführt. Dessen Fazit war, dass eine Fusion in fast allen Bereichen mehr Vorteile als Nachteile eröffne – mit einer Ausnahme: den finanziellen Auswirkungen aufgrund der Regelungen des direkten und indirekten Finanzausgleichs, die im konkreten Fall wieder geprüft werden müssten. Die Vielzahl von Vorteilen einer Fusion führte die Studie darauf zurück, dass die Gemeinden unter einer funktionalräumlichen Optik nahezu „idealtypische“ Merkmale aufwiesen und damit in hohem Masse eine Aufgaben- und Problemlösungsgemeinschaft bildeten, welche sich mit einer gemeinsamen Strategie ohne institutionelle Hindernisse noch dynamischer entwickeln könnte. Erwähnt wurden insbesondere die Wohnortattraktivität mit unterschiedlichen Angeboten für höherwertiges Wohnen und eine Politik aus einer Hand zur Entwicklung der Arbeitsplatzgebiete. Hinzu käme ein Skaleneffekt, dank dem ein fusioniertes Olten eine Grösse erreichen würde, mit der es Leistungen tragen könnte, für welche die anderen Städte des Kantons Solothurn oder des benachbarten Kantons Aargau die kritische Grösse nicht erreichten, und bestehende Leistungen leichter finanzieren könnte. Damit würde Olten seine Standortattraktivität weiter stärken und eine Interessenbündelung auf regionaler Ebene vornehmen können. Vorteile würden sich zudem in Themen wie funktionsfähige Strukturen, Professionalisierung und in raumplanerischer Sicht ergeben, indem in grösseren Dimensionen gedacht und gehandelt werden könnte.

Als Nachteil werden bei Fusionen oft geringere Identifizierung der Bevölkerung mit dem grösseren Gebilde erwähnt, was sich aber in der Praxis als vorübergehendes Phänomen erweist, da die Bevölkerung in den meisten Dingen des täglichen Lebens heute in relativ grossen Dimensionen denkt und handelt.

5. In welchen Bereichen übernimmt die Stadt Olten bereits Dienstleistungen für Nachbargemeinden?

Schon seit Jahren setzt die Stadt Olten auf die Kooperation in verschiedenen Bereichen mit ihren Nachbargemeinden und weiteren Kommunen der Region. Die lange Liste reicht von der regionalen Zivilschutzorganisation und der Regionale Führungsstab mit je zwölf Gemeinden und der Stützpunkt-Feuerwehr über das Rechenzentrum im Informatikbereich, den Zweckverband ARA (Zusammenschluss von 13 Gemeinden), die Sonderschulung mit Heilpädagogischem Sonderschulzentrum und Logopädie mit Olten als Standortgemeinde sowie Schulabkommen mit diversen Gemeinden bis zu Massnahmen für Arbeitsintegration wie z.B. Oltech (Tochterfirma des Regionalvereins Olten-Gösigen-Gäu), zur Suchthilfe (Regionalisierung in Form einer Tochterfirma des Regionalvereins Olten-Gösigen-Gäu) und zur Sozialregion mit den Gemeinden Trimbach, Hauenstein-Ifenthal, Wisen und Winznau. Themen der Zusammenarbeit sind unter anderem auch Verkehrs- und Raumplanung im Rahmen des Vereins OGG und Unterorganisationen. Neu wird die Stadt Olten beispielsweise auch Mitglied des Vereins Öisi Aare zusammen mit verschiedenen Niederämter Gemeinden.

6. Könnte sich der Stadtrat auch vorstellen andere Bereiche, wie z.B. das Feuerwehrwesen oder die Jugendarbeit, gemeindeübergreifend zu organisieren, bevor eine komplette Fusion angestrebt wird?

Das Feuerwehrwesen ist wie erwähnt bereits durch verschiedene Dienstleistungen der Stützpunktfeuerwehr gemeindeübergreifend organisiert. Auch weitere Aufgaben wie zum Beispiel Jugendarbeit oder Integration sind durchaus für eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit geeignet, sofern sich dies institutionell und finanziell organisieren lässt.

7. Steht die Stadt im Austausch mit dem Kanton Solothurn, der Gemeindefusionen finanziell vergüten will (4)?

Der Austausch mit dem Kanton findet statt; die Höhe der Vergütung war jedoch bei den bisherigen Betrachtungen nicht entscheidend.

- - - -

Lukas Lütolf, Interpellant: Ihr konntet es möglicherweise bereits in der Zeitung lesen. Wir Interpellanten und auch unsere Fraktion sind grundsätzlich sehr erfreut über die Antwort des Stadtrats und lesen daraus eine Offenheit und Bestrebungen zur stärkeren interkommunalen Zusammenarbeit bis eben hin zu Fusionen. Vor mehr als zehn Jahren ist das grösste Fusionsprojekt in der Geschichte der Region bei der Volksabstimmung in Olten gescheitert. Fairerweise muss man retrospektiv sagen, dass damals wahrscheinlich zu wenige Gemeinden dabei waren und die Vorteile für die Stadt Olten zu wenig zum Tragen kamen. Heute, zwölf Jahre später, hat sich unsere Region weiterentwickelt, ist gewachsen und hat sich noch mehr verflochten. Das ist nicht nur geografisch zu sehen, sondern auch anhand der vielen kommunalen Leistungsfelder, welche der Stadtrat aufgeführt hat und in welchen man bereits erfolgreich mit den Nachbargemeinden zusammenarbeitet. Auch die Herausforderungen werden nicht kleiner. Sei es bei der Verkehrsplanung, in der Sozialregion, bei Standortförderung, im Wohnungswesen, in der Sicherheit oder natürlich beim Klimaschutz. Für die Zukunft würde aus unserer Sicht eine Fusion viele Vorteile für die Bevölkerung von Olten und den umliegenden Gemeinden bieten. Beim besseren Nutzen der bestehenden Synergien, eine bessere übergeordnete Planung, eine stärkere, finanzielle Leistungsfähigkeit, eine Steigerung der Standortattraktivität oder ein grösseres Verhandlungsgewicht beim Kanton. Eine Studie

von «Derungs & Fetz» von 2020 hat zudem übrigens gezeigt, dass sogar die Identifikation mit der neuen Gemeinde im Endeffekt zunimmt. Uns ist bewusst, dass ein solches Vorhaben viel Zeit, Ressourcen und Goodwill von den verschiedensten Playern braucht. Genau darum sind wir nun auf diese Debatte und eure Einschätzungen hier im Parlament gespannt.

Philippe Ruf, Fraktion SVP: Vielen Dank für das Stellen dieser Fragen und die Beantwortung. Ich glaube, es ist durchaus fair, dieses Thema wieder anzusprechen. Ich möchte eigentlich eher davor warnen, den Entscheid der Bevölkerung - und das höre ich auch als Hintergrundabsicht heraus – als Thema wieder einmal aufs Tapet zu bringen und es wieder in Betracht zu ziehen. Denn ich glaube, den Entscheid der Bevölkerung gilt es zu respektieren. Nach zehn, zwölf Jahren wieder damit zu kommen fände ich ein falsches Zeichen. Dies bereits vorausgreifend. Hingegen finde ich es absolut gerechtfertigt, dass man dazu Fragen stellt. Und wie du es richtig angesprochen hast, Lukas, hat es auch zusätzliche Studien dazu gegeben. Übrigens war es auch sehr interessant, eine Interpellation zu lesen, die so gut recherchiert ist und auch Quellenangaben dazu hat. Auch dafür Merci vielmals. Da konnte man sich wirklich gut darauf vorbereiten. Solche Fusionen sind aber oft auch negativ. Das sieht man bei Firmen, das sieht man bei Ländern, Länderbünden. Man hat es auch bei diversen Fusionen von Schweizer Gemeinden gesehen. Und hier ist effektiv das Motto, dass Grösse nicht immer entscheidend ist. Es hat nicht immer Vorteile. Ich denke, das müssen wir einfach auch beachten, dass man so etwas nicht erzwingen kann. Wenn du zum Teil einfach geografische Distanzen hast, ist das nicht möglich dort Synergien auszuschöpfen, wenn nur schon geografische Gegebenheiten nicht vorhanden sind. Und ich denke, jetzt in unserem Fall, wenn Olten mit anderen Gemeinden fusionieren könnte, ist es extrem gefährlich, weil man zum Teil Gemeinden hat, welche schlicht nicht angrenzend sind. Und von den angrenzenden Gemeinden hatten wir ja bereits diesen Volksentscheid und ich sehe es auch effektiv kritisch. Vor allem, in der Hinsicht auf die nackten Zahlen, ist für Olten eine Zusammenführung mit diesen Gemeinden auch nicht in allen Bereichen sehr attraktiv. Dies ein Aspekt. Gesamtheitlich könnte man dies vielleicht zum Besseren bringen und der Schnitt wäre für die beteiligten Gemeinden wieder besser. Aber auch hier muss man sehen, dass wir zum Teil an Gemeinden angrenzen auf dem Gebiet, die aber faktisch eigentlich nicht an die Stadt angebunden sind. Dort finde ich den Weg, dass man Dienste anbietet, welche man kombinieren kann, besser. Beispielsweise in der Wirtschaftsförderung, wo sich meines Wissens mit Aarburg auch ein Aargauer Städtchen angeschlossen hat, welches gesagt hat, wir sind nicht mehr bei den Zofingern, wir fühlen uns bei Olten besser aufgehoben. Das finde ich dann durchaus sinnvoller als irgendwelche Fusionen zu erzwingen, welche bereits geografisch keinen Sinn machen und auch aus Oltner Sicht, sei es finanziell oder auch von der Attraktivität her, gar nicht interessant sind zu verbinden. Darum sind das, glaube ich, alles in Allem durchaus berechnete Fragen, aber ich werde schon vorwegnehmen, dass es gut ist, diese Fragen zu diskutieren, aber von einer Fusion und dies weiterzuziehen möchte ich im Moment abraten.

Timo Probst, Fraktion SP/JSP: Ich möchte Thomas Marbet und seiner Direktion für die Beantwortung dieser Interpellation danken. Es ist eine Interpellation fern von Parteiprogramm oder ideologischer Überzeugung, würde ich mal behaupten. Viel mehr wird ausserhalb dieser klassischen Grenzen gedacht. Es ist uns als Interpellanten doch auch darum gegangen, über ein Olten von morgen nachdenken zu können und dass sich vielleicht der eine oder die andere überlegt, wie die Stadt auch hinsichtlich Grösse und Bedeutung durch Fusionen Einfluss gewinnen könnte. Nach der Diskussion in meiner Fraktion wird auf die Interpellation sehr wahrscheinlich kein konkreter Vorstoss folgen, dass man doch möglichst rasch Fusionen eingehen soll. Wir fordern aber den Stadtrat dazu auf, weiter an der Strategie des bilateralen Austauschs festzuhalten. Es gibt Felder in der Verwaltung, innerhalb welchen ein solcher Austausch durchaus sehr fruchtbar wären. Gerade in der Jugendarbeit wäre das unbedingt konkreter anzuschauen, ist doch die Stadt Olten auch schon bei Jugendlichen in jüngeren Jahren das regionale Zentrum. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie beispielsweise im Provi 8 (heute die Garage 8) Junge auch aus dem Niederamt und dem Gäu zusammengekommen sind und zusammen gefeiert haben. Eine Stärkung dieser Organisation durch einen regionalen Zusammenschluss zum Beispiel in der Jugendarbeit, fände ich eine gute Sache. Wie vom

Stadtrat auch angetönt, gibt es natürlich kostenintensive Sachen wie zum Beispiel eine Stützpunktfeuerwehr oder ein Rechenzentrum. Auch hier macht die Zusammenarbeit sicher Sinn und es ist sehr wichtig, dass dies weiterhin gemacht wird. Auch im Sozialen hat man mit der Sozialregion bereits heute ein überregionales Gremium, welches viel effizienter entsprechende Leistungen erbringen kann. Im Ausblick auf das, was vielleicht sein könnte, sind wir in 20 bis 30 Jahren noch enger zusammengerückt und verdichtet und die Zentrumsfunktion von Olten wird sicher zunehmen und es werden noch mehr Leute den Dreh- und Angelpunkt in Olten passieren. Und ganz ehrlich, es ist zumindest mein lokalpatriotisches Anliegen, dass Olten auch in Zukunft als eigenständige Stadt angeschaut wird und nicht etwa zur Agglo Zürich dazugerechnet wird, wie das vielleicht mit ähnlich grossen Städten im Aargau heute schon passiert ist.

Heinz Eng, Fraktion FDP: Ich glaube, es ist sicher eine gute Sache, wenn man dies von Zeit zu Zeit periodisch überprüft. Auch hier in den Antworten steht, dass es eigentlich schon einmal ein relativ konkretes Thema war. Es steht hier aber nicht, dass seinerzeit im 2012 oder 2010 die Nachbargemeinden Trimbach, Ifenthal-Hauenstein und Wisen eigentlich mit Olten fusionieren wollten. Diese waren alle einverstanden, aber es ist dann wegen den Oltnern gescheitert. Das hatte vielleicht auch historische Gründe. Man hat gesagt, mit diesen nicht usw. Alles, wie es Timo gesagt hat, dieses Gärtlidenken, muss nun langsam verschwinden. Man hat darauf die Zusammenarbeit in zahlreichen anderen Bereichen gesucht, was ja gut funktioniert. Seinerzeit, ich kann mich noch gut daran erinnern, ging es auch darum: «Wie attraktiv ist die Braut Olten?» Oder wie attraktiv ist für Olten eine Braut Trimbach oder was weiss ich nicht, was alles. Es ist immer ein Geben und Nehmen. Und auch die Aussengemeinden um Olten herum werden sich dies auch immer fragen: Bringt es etwas? Bringt es nichts? Usw. Und hier muss man auch viel Aufklärungsarbeit machen. Ich kann mich gut erinnern. Eine Anekdote: Man hatte – seinerzeit auch aus bürgerlichen Kreisen – Angst, dass man plötzlich einen Stadtpräsidenten hätte, der SP-zugehörig ist, weil die SP-dominierten Aussengemeinden Überhand haben. Heute haben wir das, wir konnten es nicht verhindern. Das muss man einfach auch sehen. Und was auch immer ist, und das wurde hier eigentlich elegant nicht beschrieben: Die nächste Gemeinde, mit welcher wir eigentlich fast am meisten Austausch haben, ist Starrkirch-Wil. Ihr könnt es in der Historie nachlesen. Wenn die Starrkirch-Wiler wollten, wollte Olten nicht. Wenn die Oltnern wollten, wollte Starrkirch-Wil nicht usw. Da braucht es wirklich Aufklärungsarbeit. Aber ich finde es gut, dass man es mal so aufgreift. Vielleicht muss man es wirklich konkret wieder einmal aufnehmen. Die FDP wird sich diesem sicher nicht verschliessen, sollte darauf ein Prüfauftrag kommen. Aber eben, es muss dann für beide Seiten stimmen. Es darf nicht nur Gewinner oder dann Verlierer geben, sondern man muss auch den Ausgleich haben. Es ist ganz klar, die FDP ... (*unverständlich*) die Zentrumsfunktion, welche die Stadt Olten innehat, das müsste natürlich auch in die Aussengemeinden eingebunden werden. Entweder kann man es mit einer Fusion erreichen oder eben die Aussengemeinden werden stärker eingebunden mit der Zusammenarbeit in den erwähnten Bereichen.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Merci für diese Äusserungen. Der Zufall wollte es, dass gestern die Generalversammlung des Einwohnergemeindeverbands (VSEG) in Egerkingen stattgefunden hat. Das Schwerpunktthema war «Gemeindelandschaft 2050». Es ist auch interessant zu sehen, was eigentlich der Kanton dazu denkt. Kurz zusammengefasst kann man sagen, der Kanton würde solche Fusionsprojekte unterstützen, er stösst sie nicht an. Gestern kam klar zum Ausdruck, dass es von unten, «bottom up», kommen muss und er es unterstützen würde. Beispielsweise hat der Kantonsrat festgelegt, dass bei Fusionen die Beiträge dreimal fließen könnten. Also, man kann nicht einmal, zweimal, man kann mehrmals fusionieren und könnte davon profitieren. Beim Finanzausgleich gibt es, glaube ich, auch eine Erleichterung. Wenn man in einer guten Position ist, würde man die Position nicht verlieren, sollte man mit einer Gemeinde fusionieren, die eine geringere Steuerkraft hat. Interessant war allerdings auch noch die Statistik der Gemeinden im Kanton und in der Schweiz. Wir haben 106 Gemeinden und der Durchschnitt im Kanton ist halb so gross wie eigentlich die durchschnittliche Bevölkerungszahl der Gemeinden in der Schweiz. Das fand ich interessant. Wir, im Kanton Solothurn, sind bei gut 2300 Einwohnern im Durchschnitt pro Gemeinde, in der

Schweiz ist es knapp das Doppelte. Diese Zahl ist mir gestern geblieben. Ich musste danach die Versammlung etwas früher verlassen. Interessant, die Gemeindelandschaft 2035. 2035. Man kann auch beim Amt für Gemeinden nachschauen, welche Überlegungen dahinterstecken. Natürlich sind die Bürgergemeinden jeweils auch ein Thema. Vielleicht jetzt weniger bei uns. Wir haben regelmässige Gespräche mit unseren Nachbargemeinden. Sogar über die Kantonsgrenze hinaus. Dort wäre eine Fusion etwas schwieriger. Das Fazit bisher ist eher: Man kann über Fusionen nachdenken, aber vielleicht nicht sofort. Aber funktionale Zusammenarbeit wird sehr geschätzt, wird praktiziert. Auch über das AareLand natürlich. Dort sind es die drei Städte, die Treiber sind. Nun kommt noch der Kanton Luzern dazu mit Reiden, welches dazustösst. Wir sind daran. Wir sind dabei mit allen Nachbarn Gespräche zu führen. Wir sind noch nicht ganz fertig, aber bis zum Ende dieser Legislatur schaffen wir es.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Juni 2024

Prot.-Nr. 72

Auftrag Luc Nünlist und Florian Eberhard (SP/Junge SP) und MU betr. Badi für alle/Beantwortung

Am 25. Januar 2024 reichten Luc Nünlist und Florian Eberhard (SP/Junge SP) und MU folgenden Vorstoss zuhanden des Gemeindeparlamentes ein:

«Der Stadtrat wird beauftragt, die reglementarischen Voraussetzungen zu schaffen, dass das öffentliche Strandbad Olten der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung steht.

Begründung:

Eine gratis Badi in Olten würde die Attraktivität der Stadt Olten positiv beeinflussen. Die Massnahme ist Gesundheitsförderung, ausserschulische Kompetenzvermittlung und sinnvolles Standortmarketing.

Das Strandbad Olten ist öffentlicher Grund an bester Lage in unmittelbarer Nähe zur historischen Altstadt und direkt an der Aare gebaut. Mit beinahe 23`700 m² Liege- und Wasserfläche stellt es die grösste Park- und Freizeitanlage der Stadt Olten dar. Als architektonisches Werk von nationaler Wichtigkeit ist es ein bedeutendes Beispiel für Bauhausarchitektur an öffentlichen Bauten.

Öffentliche Badeanstalten sind Teil des Service Publics und sollen deshalb auch für die gesamte Bevölkerung unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten möglichst zugänglich gemacht werden. Es braucht Räume und Leistungen, die frei für alle nutzbar sind. Ohne die Hürde einer zusätzlichen Gebühr.

Eine Badi nimmt neben ihrer Funktion als sport- und gesundheitsförderndes Angebot auch eine wichtige Rolle im Zusammenleben einer Gesellschaft ein und kann verschiedene Gesellschaftsschichten und Generationen verbinden.

Städte wie Zug oder Bern (Marzili) verlangen seit längerem keinen Eintritt mehr für ihre Freibäder und haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Als vergleichbares aktuelles Beispiel dient auch Cham mit knapp 15`000 Einwohner*innen. So hat der Gemeinderat Cham Ende 2022, nach einem dreijährigen erfolgreichen Pilotversuch, entschieden, auch in Zukunft keine Eintrittskosten mehr zu erheben. Die Erfahrungen in Cham zeigen keine Zunahme von Littering oder Schwimmonfällen. Auch mit einer gratis Badi sind geregelte Öffnungszeiten möglich, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Olten liegt an einem fliessenden Gewässer mit entsprechendem Gefahrenpotential. Mit dem Inkrafttreten des Lehrplans 21 ist «Bewegung und Wasser» als einer von sechs Kompetenzbereichen im Bereich der Sportförderung als Grundbildung verankert. Die Schwimmkompetenz ist nicht nur für Kinder essentiell. Auch bei Erwachsenen gibt es eine relevante Menge von Personen ohne ausreichende Schwimmkompetenz; ein Grossteil der ertrunkenen Menschen in der Schweiz sind Erwachsene.¹

Der niederschwellige Zugang zu einem sicheren Umfeld, in dem die Kompetenzen geübt werden können, ist ein wichtiges öffentliches Angebot.

¹ https://www.slrg.ch/sites/default/files/2023-11/Ertrinkungsstatistik_2022.pdf

Der finanzielle Aufwand, um die Badi zu erhalten, liegt jährlich bei rund 2.6 Millionen² bei 150'000 Einritten pro Jahr. Demgegenüber stehen wegfallende Einnahmen der Eintrittsgebühren von 550'000.³

Der Deckungsbeitrag der Eintrittsgebühren bewegt sich gemäss den vorliegenden Zahlen im Bereich von circa 20%. Der grösste Teil der Leistung ist bereits steuerfinanziert durch die gesamte Oltnen Bevölkerung, der gebührenfinanzierte Anteil liegt sehr tief und stellt eine unnötige finanzielle Hürde im Verhältnis zum finanziellen Ertrag dar.

Eine derart teure Leistung gebührenfinanziert anzubieten, steht im Widerspruch zur Idee eines öffentlich zugänglichen Freibads.»

* * *

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet den Auftrag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat teilt die Meinung der Erstunterzeichner, dass der Schwimmsport, wie viele andere Sportarten, welche in Olten angeboten werden, eine gesundheitsfördernde Massnahme ist, welche den Oltnerninnen und Oltnern und auch zu einem grossen Teil der Bevölkerung aus der Agglomeration zugutekommt. Schwimm- und Badeangebote in der Agglomeration sind jedoch nur sehr beschränkt gratis, und wenn dann nur für Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Gemeinde (Bsp. Starrkirch-Wil). Messungen, welche im Rahmen der Überprüfung des Zentrumslastenausgleichs FILAG im Jahr 2019 erhoben wurden, zeigen, dass Olten etliche Leistungen zu Gunsten der Agglomeration erbringt. Wieso nun gerade der Schwimmsport respektive ein Teil des Schwimmsports (Hallenbad bleibt weiter kostenpflichtig) von der Kostenpflicht ausgenommen werden soll, ist für den Stadtrat nicht nachvollziehbar. Sportvereine (Fussball, Handball, Eishockey etc.) sollen weiterhin für die Infrastruktur zahlen; Vereine, welche das Freibad nutzen, nun nicht mehr.

Der Stadtrat weist weiter darauf hin, dass Personen, welche nicht über die finanziellen Möglichkeiten verfügen, mittels Legi-Card vergünstigt in die Badi Olten können. Wie bereits im Rahmen der Vorlage zur Aufhebung der Eintritte für Schülerinnen und Schüler erwähnt, kann die heute erhobene Gebühr keine Hürde sein, die Badi nicht zu benutzen.

Bei vielen Infrastrukturanlagen wird bei fehlenden Mitteln die Öffnungszeit begrenzt oder das Angebot gleich ganz gestrichen. Langfristig und nachhaltiger erscheint der Erhalt eines Angebots besser garantiert, wenn eine Mitfinanzierung durch Gebühren erfolgt. Die Wertschätzung einer Anlage, die nicht ganz gratis (umsonst) ist, wird von vielen Personen als grösser bzw. besser wahrgenommen.

Es ist unbestritten, dass es Bäder gibt, die ohne Eintrittsgebühren funktionieren. Es gibt sie aber interessanterweise nur in einer sehr geringen Anzahl. Es ist auch so, dass die guten Angebote in der Badi Olten, wie geheiztes Badewasser oder Rutschbahnen und frühe Öffnungszeiten, bei Gratisbädern sehr viel beschränkter angetroffen werden. So stellt z.B. das im Auftrag erwähnte Marzili-Bad keine kostenintensive Infrastruktur wie Rutschbahnen zur Verfügung.

² Investitionen und kumulierte Ausgaben im mehrjährigen Mittel. Quelle: Finanzdirektion Olten

³ Eintrittsstatistik und Konto 3412.4240.00, Benützungsgebühren und Eintritte

Aufgrund der vorhandenen Fläche beträgt die maximale Anzahl Besucher pro Tag 5'792 Personen. An Spitzentagen – bei sehr schönem Wetter – wurden in den letzten Jahren folgende Spitzenwerte an Eintritten erreicht:

2017: 4'675 Eintritte
 2018: 4'574 Eintritte
 2019: 5'726 Eintritte
 2020: 3'595 Eintritte (Corona-bedingt)
 2021: 3'385 Eintritte (Corona-bedingt, Hochwasser)
 2022: 4'902 Eintritte

So dürfte an Spitzentagen die zusätzliche Kapazität zwischen 15 bis 20% betragen.

Der kostenfreie Eintritt dürfte die Zahl der Badegäste um einiges erhöhen. Es stellt sich die Frage, wie der Zugang dann bei Erreichen der Kapazitätsgrenze in der Praxis eingeschränkt werden soll. Auch der Druck auf die öffentlichen Parkplätze dürfte in der Folge stark ansteigen. Auf der anderen Seite dürfte es auch Abwanderungen von Personen geben, welche ein ruhigeres Badevergnügen wünschen und sich das Abonnement einer Badi in der Region leisten können.

Der Stadtrat weist im Übrigen darauf hin, dass der Deckungsgrad von den Erstunterzeichnern falsch berechnet wurde. Es macht wenig Sinn, den Aufwand der Erfolgsrechnung und den Aufwand der Investitionsrechnung zu kumulieren, da in der Erfolgsrechnung mit den Abschreibungen der Werteverzehr der Investitionen bereits berücksichtigt ist. Der Aufwand wird also von den Erstunterzeichnern zu einem grossen Teil doppelt mitberücksichtigt.

Eine korrekte Darstellung der klassischen Berechnung des Deckungsgrades der gesamten Funktion 3412 für die letzten 10 Jahre würde lauten:

in TCHF	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
+ Aufwand	1'351	1'324	1'332	1'296	1'275	1'405	1'454	1'427	1'577	1'543
- Ertrag	507	504	653	628	651	745	676	413	428	758
= Deckungslücke	844	821	679	668	624	661	778	1'014	1'149	784
Deckungsgrad	38%	38%	49%	48%	51%	53%	46%	29%	27%	49%

Die Jahre 2020 und 2021 waren durch die Corona-Pandemie geprägt und sind für eine effektive Auswertung nicht aussagekräftig. Berücksichtigt man diese beiden Jahre nicht, so beträgt der durchschnittliche Deckungsgrad rund 47%, also mehr als doppelt so viel, wie von den Erstunterzeichner berechnet.

Alternativ könnte der Cashflow aus Aufwand und Nettoinvestitionen dem Ertrag gegenübergestellt werden. Diese Ansicht ist jedoch nur bei gleichmässig anfallenden Investitionen aussagekräftig und widerspiegelt den gleichmässigen Werteverzehr nicht. Sie ist deshalb mit Vorsicht zu geniessen.

in TCHF	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
+Liq. Aufwand ER	1'153	1'135	1'143	1'163	1'124	1'236	1'206	1'175	1'325	1'175
+Nettoinvestitionen	165	78	191	211	297	1'059	1'086	237	845	2'306
=Total. Liq. Aufwand	1'318	1'212	1'335	1'375	1'421	2'296	2'292	1'412	2'170	3'481
-Liq. Ertrag	507	504	653	628	651	745	676	413	428	758
=Finanzierungs-lücke	811	708	682	746	770	1'551	1'616	999	1'743	2'722
Deckungsgrad	38%	42%	49%	46%	46%	32%	29%	29%	20%	22%

Aber auch diese Variante zeigt, dass – die beiden Pandemiejahre 2020 und 2021 wieder ausgenommen – der Deckungsgrad rund 38% beträgt.

Wie ausgeführt beträgt der klassische Deckungsgrad der Funktion Freibad heute gegen 50%. Die andere Hälfte des Aufwandes wird durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Olten übernommen. Von den Einnahmen aus Eintritten wird ein beträchtlicher Teil (im Jahr 2022 rund 288'000 Franken von 720'000 Franken) durch auswärtige Besucher bezahlt.

Bei einer höheren Besucherzahl steigen sowohl Personal- als auch Sachkosten für Betrieb, Aufsicht und Reinigung.

Die reinen Erlöse aus den Eintritten betrugen in den letzten 10 Jahren rund 558'000 Franken pro Jahr. Berücksichtigt man die beiden Pandemiejahre 2020 und 2021 nicht, so belaufen sich die jährlichen Einnahmen auf rund 600'000 Franken. Der Durchschnitt der Jahre 2017/2018/2019 und 2022 beträgt sogar 683'000 Franken.

Gemäss Art. 13 lit. c) der Gemeindeordnung der Stadt Olten sind Beschlüsse des Gemeindeparlaments, welche jährlich Auswirkungen von 400'000 Franken übersteigen, einer Urnenabstimmung zu unterbreiten. Eine Volksabstimmung wird also zwingend.

Aufgrund der dargelegten Gründe empfiehlt der Stadtrat, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Luc Nünlist, Auftraggeber: Ihr habt es alle gelesen, unser Auftrag, die Badi möglichst frei für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist wie im Auftragstext aufgeführt, Gesundheitsförderung, also ein Ausbau des Service Public. Vielleicht vorweg: Ja, es ist ein Experiment. Es gibt kein sicheres Berechnen. Wir müssen etwas wagen um die Vision einer echten Schwimmstadt wahr werden zu lassen. Unser Anliegen ist klar. Eine kostenlose Badi wäre ein starkes Signal für eine gerechte, gesundheitsfördernde und inklusive Stadt. Ein öffentliches Bad ohne Eintrittsgebühren würde den Zugang für alle, unabhängig ihrer finanziellen Möglichkeiten, gewährleisten. Das fördert nicht nur die individuelle Gesundheit und Schwimmkompetenzen, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und übrigens hat es dort auch Duschen für Aareschwimmer und -schwimmerinnen. Obwohl wir zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, zeigen es die Berechnungen, dass die Eintrittsgebühren der Badi lediglich einen kleinen Teil der Betriebskosten decken, der Grossteil ist schon jetzt durch Steuergelder finanziert. Wir leisten uns die Badi jetzt schon. Die entgangenen Einnahmen sind vergleichsweise gering, insbesondere wenn man die positiven Effekte einer kostenfreien Badi berücksichtigen würde. Höhere Besuchendenzahlen, gesundheitliche Vorteile und der soziale Zusammenhalt. Versuche in anderen Städten haben gezeigt, dass kostenlose Badis erfolgreich betrieben werden können, ohne dass es zu erheblichen Mehrkosten oder einem Qualitätsverlust kommt. Wir alle waren wahrscheinlich schon einmal im Marzili baden und haben uns dort auf dem Weg die Aare hinauf eine Dusche gegönnt oder haben vielleicht sogar eine «Kalte Lust» gegessen. Ein freier Zugang zur Badi ist ein starkes Zeichen für soziale Gerechtigkeit. Es mag vielleicht nicht allen hier im Saal einleuchten oder vorstellbar sein, aber es gibt Menschen, auch in Olten, und insbesondere Familien, für welche sogar kleine Eintrittsgebühren eine Hürde für einen Besuch darstellen können. Öffentliche Räume sollten für die Öffentlichkeit, also für alle, zugänglich sein. Umso mehr, als dass sie die grösste zusammenhängende Grünfläche und wahrscheinlich die teuerste oder eine der teuersten öffentlichen Bauten darstellen. Eine kostenfreie Badi würde sicherstellen, dass jeder die Möglichkeit hätte, an diesem sozialen und gesundheitlichen Angebot teilzuhaben und diesen Raum zu erleben. Es gibt auch langfristige Vorteile. Eine kostenlose Badi fördert nicht nur die Gesundheit, sondern stärkt auch den Zusammenhalt, bietet Raum für Begegnungen zwischen verschiedenen Generationen und sozialen Schichten, fördert das Gemeinschaftsgefühl und trägt dazu bei, eine inklusivere Gesellschaft zu schaffen. Unsere Vision ist ein Olten, das sich durch Solidarität einen starken, inklusiven Service Public leistet. Eine Stadt,

welche ihre Bewohnenden unterstützt, gesund hält, soziale Begegnungen fördert. Eine kostenfreie Badi ist ein Schritt in diese Richtung. Ein Schritt zu einem Olten für alle. Eine Schwimmstadt für alle. Das braucht ein bisschen Mut. Wenn wir auf Nummer sicher gehen wollen, könnten wir auch einen Pilotversuch machen. Wir probieren es zwei Jahre lang aus, evaluieren und entscheiden dann. Uns wurde ausserdem das Anliegen zugetragen, mit dem Argument, eigentlich Zentrumslasten für alle Gemeinden zu tragen, der Stadtkasse nicht mehr zugemutet werden könne. Das leuchtet uns ein und demzufolge wäre es mehrheitsfähiger, den kostenlosen Zugang zur Badi nur Oltnern und Oltnern zu gewähren. Wir haben beim Verfassen dieses Vorstosses diese Überlegungen auch angestellt und wir sind der Meinung, dass eine vollständige Öffnung zu bevorzugen wäre. Erstens trägt Olten nicht nur die Zentrumslasten, sondern profitiert auch durch die erhöhte Besuchendenfrequenz, Konsumationen im Gewerbe. Und zweitens ist eine vollständige Öffnung ein echtes Zeichen einer inklusiven Gesellschaft. Und nicht zuletzt stellen wir uns eigentlich einen unkomplizierten Zugang zu einer Schwimmstadt vor. Ein Zugang möglichst ohne Zäune und Drehkreuz und ohne, dass man immer den Heimatschein dabei haben müsste, wäre noch schöner. Wenn es aber wirklich ein Thema wäre, würde ich darum bitten, dass die Fraktionssprechenden auf diese Frage eingehen können. Und sollte sich abzeichnen, dass eine ausschliesslich für Oltnern und Oltnern geöffnete Badi mehrheitsfähig wäre, könnten wir uns vorstellen, den Auftragstext zu ändern. Merci für die Aufmerksamkeit und danke für die Unterstützung dieses Vorstosses.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Auch hier übernehme ich die Stellvertretung unseres abwesenden Finanzdirektors. Eigentlich möchte ich die Vorlage nicht noch ausführen, ihr konntet sie lesen. Es sind jetzt nicht so viele anwesend, es fehlt mehr als ein Zehntel. Ich hätte es mir eigentlich gewünscht, dass man es auch morgen behandeln oder darüber abstimmen könnte. Aber das müsst ihr entscheiden. Ihr seid in diesem Sinn bereits darauf eingetreten. Was ich vielleicht noch sagen möchte: Es wird natürlich Zäune und Drehkreuz brauchen, auch wenn es gratis ist. Denn es geht ja um die Sicherheit der Anlage, nachts, der Zutritt für Unbefugte. Und auch die Sicherheit, dass sich nicht zu viele Leute aufhalten. Es war ja bei Corona ein bisschen Thema bezüglich Abstände. Eine Gratisbadi heisst nicht, dass es kein Drehkreuz oder keinen Zaun mehr gibt. Dies noch zur Klärung. Ihr habt es auch gesehen: Wegen der Finanzkompetenzen müsste man dies einer Volksabstimmung unterbreiten. Voilà. Das ist das, was ich noch sagen wollte.

Christian Ginsig, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Der Auftrag geht ja vom Grundgedanken aus, dass die Badi Olten ein Teil des Service Public sei. Das Problem ist nun, glaube ich, dass «Service Public» in der Schweiz als Definition nicht geregelt ist. Ja, wir stimmen mit den Auftraggebern überein: Die Badi ist ein sehr wichtiges Freizeitangebot in unserer Stadt. Das ist ganz klar. Es steht aber nirgends geschrieben, dass ein qualitativ gutes Angebot zwingend gratis sein muss. Es gibt andere Service Public-Angebote, wie die Post, die SBB etc., welche auch einen gewissen Betrag kosten und werden trotzdem von einer breiten Masse der Schweizer Bevölkerung genutzt. Die Badi Olten mit öffentlichen Bädern in der Stadt Bern direkt zu vergleichen, weckt vielleicht einen gewissen falschen Eindruck. In Bern beispielsweise werden die Schwimmbecken nicht geheizt. In der Vor- und Nachsaison ist es sehr frisch. Wir haben ja gerade erst die Debatte geführt, dass wir die Badisaison verlängern wollen. Und gerade in der Nebensaison werden die Energiekosten weiter ansteigen. In der Badi Bern Wyler gibt es wenigstens noch einen kleinen Sprungturm, in allen anderen Freibädern in Bern geht es aber primär um den reinen Aarezugang und den Schwimmsport. Diese Badis sind dadurch zum Teil auch ein bisschen anders ausgerichtet als unsere tolle Badi in Olten. Mit geheizten und energieintensiven Becken ermöglicht man sehr vielen Menschen bereits früh im Jahr - und jetzt dann auch später im Jahr - einen Zugang zum Bad, welche nicht nur rein schwimmen möchten sondern sich auch einfach im Wasser aufhalten möchten. Auch jene im Vorstosstext erwähnte Badi in Zug ist ein klassisches Strandbad. Dort gibt es nicht einmal ein Schwimmbecken. Dort ist das Schwimmbecken der Zugersee. Einfach noch dieser Vergleich, welcher herangezogen wurde. Die Fraktion Mitte/GLP/EVP stört sich aus drei Gründen am Vorstoss. Erstens, und dazu hat sich der Stadtrat bereits geäussert, geht es ums finanzielle Thema. Der Stadtrat führt klar aus, dass bereits im heutigen Konstrukt rund die Hälfte bezuschusst ist. Es macht aus finanzieller Optik nicht den geringsten Sinn, eine top

Schwimmanlage in Olten mit geheizten Becken, toller Anlage, Sprungturm, Rutschen zum Nulltarif zu vermarkten. Es gibt Oltnerrinnen und Oltnern, welche keinen Fuss in die Badi setzen und es macht dann auch keinen Sinn, wenn man ein tolles Angebot zum Nulltarif an jemand anderen weitergibt, der es nicht nutzt. Menschen nutzen die Badi ja bereits. Auch für Menschen mit wenig Einkommen bestehen Lösungen. Der Finanzdirektor hat bereits einmal ausgeführt, dass die Stadt hier Hand bietet. Der zweite Punkt ist der soziale Aspekt. Jeder heutige Badi-Stammgast winkt bei diesem Auftrag ab. Wir haben ein tolles Angebot und es ist exakt aus dem Grund toll, weil eine gewisse Kontrolle besteht. Mit einem Saison-Abi bekommt man für relativ wenig Geld sehr viel geboten. Die Stammgäste bezahlen diesen Eintritt gerne. So die Rückmeldungen, wie ich sie von diesen Leuten erhalte. Man ist sich einig, dass das Littering, also die Vermüllung der Liegeflächen, massiv zunehmen würde, wenn jedermann unkontrolliert in dieser Badi ein- und auszirkulieren kann. Also, die Qualität insgesamt, so unsere Einschätzung, würde leiden. Es gingen unkontrolliert zusätzliche Personen in diese Badi rein, raus, rein, raus und die Qualität würde entsprechend insgesamt leiden. Und der dritte Punkt ist mir auch noch wichtig. Es geht um das Personal. Man kann jederzeit dort rein. Und ich empfehle allen, mal mit diesen Badmeistern zu sprechen, wie sie den Alltag in der Badi erleben. Fürs Personal gibt es bereits heute an Tagen, an welchen viel Gäste dort sind, sehr grosse Herausforderungen, diese Masse an Menschen zu kontrollieren. Eine unkontrollierte Öffnung würde, so auch die Einschätzung des Personals vor Ort, zu einer kompletten Missachtung jeglicher Anstandsregeln führen. Bereits heute ist es schwierig, dies im Becken entsprechend zu koordinieren. Sie sagen auch ganz klar, das Littering würde massiv zunehmen. Sie müssen bereits heute jeweils abends «fötzele». Es sei wirklich ein Problem. Also auch das Personal, wenn man die Leute vor Ort fragt, winkt klar ab. Was würde all das nun in der Praxis bedeuten? Unserer Meinung nach würde mit einer Gratisidee die Qualität eines heute sehr guten Angebots sinken. Die Reinigungskosten würden nach oben steigen. Mögliche Verweise aufgrund Missachtung minimalster Anstandsregeln würden zunehmen. Vermutlich bräuchten wir auch noch einen Sicherheitsdienst, welcher das Aufsichtspersonal vermehrt unterstützen müsste. Wir sind einfach der Meinung, dass es das nicht sein kann. Wollen wir das? Wollen wir wirklich Badi-Stammgäste, die heute zufrieden sind, vor den Kopf stossen und verärgern? Wollen wir die Qualität einer geschätzten Dienstleistung in der Stadt Olten schmälern? Sinnlos eine mit bereits 50% mit Steuergeldern finanzierte Dienstleistung komplett gratis anbieten, statt die Qualität hochzuhalten, nur damit man «Free Badi» ausrufen kann, stellen wir in Frage. Die Fraktion Mitte/GLP/EVP sagt zu diesem Ansinnen grossmehrheitlich nein. Es gibt auch Stimmen, die sagen, doch, man könnte es ausprobieren, aber die Mehrheit sagt nein. Auch zu dieser Gratismentalität. Es wäre eine Qualitätsverschlechterung eines unserer Meinung nach guten Angebots, eines geschätzten Freizeitangebots. Und daher lehnen wir diesen Auftrag entsprechend grossmehrheitlich ab.

Ursula Rüegg, Fraktion SVP: Ich kann umgehend viel Atem sparen und eure Ohren entlasten, denn Christian hat mir soeben alle Argumente abgenommen. Die Fraktion der SVP wird den Auftrag auch als nicht erheblich erklären. Ich denke, mit diesen rund 50%, welche bereits subventioniert werden, sind wir mit Sicherheit schon grosszügig unterwegs. Was ich einfach auch noch erwähnen möchte, ist der Sicherheitsaspekt. Ich finde es noch schwierig, für die Sicherheit der Badigäste zu sorgen, wenn man die Anlage einfach geöffnet lässt. Ich denke hier auch an Kinder, die reingehen können, ins Bassin springen und vielleicht eben noch nicht so gut schwimmen können. Und der Rest wurde bereits gesagt. Danke schön.

Gian Baumann, Fraktion GO/JGO: Die Fraktion GO/JGO hat dieses Geschäft passend zum Anliegen hitzig diskutiert und wir sind uns schlussendlich nicht einig geworden. Die Grünen unserer Fraktion unterstützen grundsätzlich das Anliegen, zentrale Plätze in unserer Stadt besser zugänglich zu machen. Sie sehen aber einige Punkte kritisch bei diesem vorliegenden Auftrag. Einerseits ist es auf Unverständnis gestossen, wieso die Badi für alle gratis werden soll und nicht nur für Oltnerrinnen und Oltnern. Schlussendlich würden sich die umliegenden Gemeinden nicht an den Kosten der Oltnern Badi beteiligen und einzig unsere Stadtkasse belasten. Andererseits sei die Kapazität des Schwimmbads an sonnigen Tagen bereits jetzt fast ausgeschöpft und die Dringlichkeit dieses Auftrags ist daher nicht ersichtlich. Wenn sich der Auftrag auf Oltnerrinnen und Oltnern beschränkt hätte, wären die Grünen grossmehrheitlich

dabei gewesen. Aber in dieser Form können sie den Auftrag nicht unterstützen. Die Junge Grüne Fraktion hingegen ist hier anderer Meinung. Sie unterstützen diesen Auftrag, weil ihrer Ansicht nach solch zentrale Plätze mit Aarezugang für alle zugänglich gemacht werden sollten, ohne Eintritt zu verlangen. Gerade auch, weil es in Olten an konsumfreien Räumen mangelt, wo sich junge Menschen treffen können, wäre ein kostenloser Zugang zum Badiareal ein grosser Mehrwert für unsere Stadt. Ein weiterer Punkt, weshalb die JGO diesen Auftrag unterstützen, ist, dass die Badi den am besten erschlossene Aarezugang hat und darum für Olten als Schwimmstadt essentiell ist. Dieser sollte nach der Meinung der JGO nicht durch Zäune und Schranken einem finanziell schwächeren Teil unserer Stadt verwehrt bleiben. Als Fazit kann man sagen, dass unsere Fraktion das Anliegen dieses Auftrags nach mehr Aufenthaltsqualität in unserer Stadt und nach konsumfreien Räumen unterstützt, bewertet aber das konkrete Vorgehen dieses Auftrags unterschiedlich und würde sich dafür einsetzen, dass die Auftragsstellenden den Wortlaut, wie zuvor vorgeschlagen, anpassen würden.

Simone Sager, Fraktion FDP: Ich möchte es auch relativ kurz machen. Man könnte meinen, Christian sei an unserer Fraktionssitzung Mäuschen gewesen. Meinen Vortrag, den ich vorbereitet hatte, habe ich umgehend gelöscht, denn du hast genau das zusammengefasst und gesagt, was auch wir diskutiert haben. Wir haben lediglich einen Unterschied: Bei uns wird die ganze Fraktion den Auftrag nicht erheblich erklären und das ist die einzige Ergänzung.

Seu-Jhing Tang, Fraktion OJ: Auch in unserer Fraktion waren wir uns nicht ganz einig, ob wir in Olten eine kostenlose Badi wollen oder nicht. Es gibt wirklich sehr viele valide Argumente oder Gründe, welche dafürsprechen, aber eben auch genügend, die dagegensprechen. Diese wurden alle bereits erwähnt, daher möchte auch ich sie nicht wiederholen. Was wir jedoch noch sagen möchten, ist, dass es für einige in der Fraktion sehr hilfreich gewesen wäre, wenn eine Möglichkeit bestünde, einen Pilotversuch zu machen. Dadurch könnte man effektive Erfahrungswerte sammeln und anhand diesen auch Entscheidungen treffen. So wie der Auftrag aber aktuell formuliert ist, interpretieren wir es so, dass ein Pilotversuch nicht möglich ist. Entsprechend werden wir nicht einstimmig dafür stimmen. Zur Frage von Luc, ob es etwas ändern würde, sollte der Auftrag auf «nur für Oltner/innen» angepasst werden, muss ich sagen, müssten wir dies in Ruhe besprechen können. Da hätten wir uns gewünscht, dass vielleicht im Vorherein diese Frage gestellt worden wäre, sodass man es in der Fraktionssitzung in Ruhe besprechen könnte. Daher kann ich hier keine abschliessende Antwort geben.

Florian Eberhard (SP): Sowohl in der Abhandlung im OT als auch hier von seitens Stadtrats von Thomas wird diese Abstimmung ein bisschen als Drohkulisse aufgezogen. Für uns ist dies keine dunkle Wolke, welche nun irgendwie über der Idee der sonnigen, schönen Badi für alle aufziehen würde. Wir würden es uns sehr, sehr gerne wünschen. Das Volk soll dazu Stellung nehmen. Wir finden es eine wichtige Frage und für uns ist es kein negativer Aspekt oder würde uns irgendwie davon abhalten, diese Idee weiterzuverfolgen. Wir fänden es eigentlich eine sehr schöne Idee, wenn genau diese Diskussionen, wie von Christian erwähnt, betreffend Service Public, was Teil davon ist, dass dies eigentlich die Bevölkerung entscheidet. Das würde ich mir grundsätzlich sowieso wünschen. Noch zu deinen weiteren Argumenten, Christian: Die Abos der bisherigen Stammgäste, welche du erwähnt hast, werden jedoch bereits jetzt mit staatlichen Finanzen mitfinanziert. Diese Abos sind ja bekanntlicherweise nicht vollkostendeckend. Ich persönlich finde es etwas eigenartig, diese Privilegien unbedingt schützen zu wollen. Es gibt mir die gewisse Empfindung eines elitären Kreises, der seine Ruhe haben möchte und nicht Hinz und Kunz, die dabei stören würden, die Zeit in der Badi zu geniessen. Ich habe die Badi auch gerne für mich. Wenn ich es aber will, dann gehe ich bei schlechterem Wetter und ich kann es so umgehen. Und, was mich etwas irritiert hat, ist der Bezug zum Littering, den du hergestellt hast. Mir ist nicht ganz klar, inwiefern Littering und Anstand mit Geld zusammenhängen. Inwiefern Anstand und kein Littering betreiben nur bei bezahlenden Gästen vorkommt oder inwiefern hier ein Zusammenhang vorhanden ist. Bezüglich Pilotprojekt, was zuvor von OJ genannt wurde: Unserer Meinung nach darf dies sehr, sehr gerne so in einer Vorlage enthalten sein, welche bei einer erfolgreichen Überweisung durch uns eine Vorlage seitens Stadtrat zur Folge hätte. Unserer Meinung nach gibt es keinen Grund, dass man dies nicht so gestalten würde.

Christine von Arx (SP): Es tut mir leid, dass ich euch hier widersprechen muss. Die reglementarischen Voraussetzungen, die für eine Gratis-Badi geschaffen werden müssten, bestehen einzig und allein darin, dass man den Gebührentarif anpasst. Dies kann man mit einem Pilotprojekt nicht machen. Man passt ihn einfach an, und dann ist er so, wie er ist.

Heinz Eng (FDP): Heute Abend hat Marion Rauber ein geflügeltes Wort gesagt, welches bereits ein Alt-Stadtrat gesagt hat, nämlich «über den Tellerrand hinausschauen». Und ich glaube, auch hier müssen wir über den Tellerrand hinausschauen und auch schauen, so unter dem Stichwort «wehret den Anfängen». Gerade die Fraktion, von welcher der Antrag stammt, hat sich vehement immer dafür eingesetzt, gegen zusätzliche Mittel fürs Eisstadion usw. Ihr seht nun einmal klar, was die Badi kostet. Die kostet nämlich auch etwas und vor allem kostet sie den Steuerzahler viel. Das ist mal ein Punkt. Der zweite Punkt ist folgendes: Luc hat gross soziokulturell wie ein Arzt gesprochen. Sportlich usw., im Hintergrund, alles. Macht alles Sinn. Aber dann macht es doch genau so viel Sinn auch das Sportstadion, das Eisstadion, zugänglich zu machen. Weshalb sollten dann andersherum Vereine, welche die Turnhallen, die Stadthallen usw. benutzen dafür noch bezahlen? Genau die soziokulturellen Kontakte und die sportlichen Aktivitäten usw. werden auch dort gelebt. Usw. usf. Das ist eine Riesenmenge, die auf uns zukommt. Ich glaube, es geht auch ein bisschen ums Stichwort «Gleichbehandlung». Ich hätte gar kein Verständnis in der Hypothese, wenn man diese Badi für alle freigibt, dass man das Eisstadion, sämtliche Turnhallen usw. nicht auch freigeben sollte. Dann ist die Büchse der Pandora geöffnet und die Steuerzahlerinnen und -zahler bezahlen eine riesige «Kappe». Vielleicht will man das. Okay. A la bonne heure. Aber dann ist dies der Anfang und ich glaube, es ist gescheitert, wenn wir für die Badi einen geregelten Preis haben. Zudem ist sie für die Schüler gratis, damit bin ich zu 100% einverstanden. Danke noch einmal an Gian und Lukas, dass ihr dies initialisiert hattet. Aber irgendwie hat es auch mal eine Grenze. Die Leistung mit dem Umbau und der Sanierung der Badi für Millionen von Franken finde ich auch richtig. Ich habe immer ja gestimmt. Aber dann darf man auch einmal für etwas, das die Stadt zur Verfügung stellt, einen Betrag verlangen. Noch einmal: Jene, die jetzt denken: Super Idee usw. Denkt wohl daran, das ganze zieht einen Rattenschwanz an Auswirkungen auf alle Sportstätten der Stadt Olten nach.

Luc Nünlist (SP): Danke Heinz, ich nehme gerne Bezug darauf. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir hier vehement gegen den Eissport gekämpft haben. Ganz im Gegenteil haben wir jedes Mal betont, dass wir sehr gerne für die Sanierung der Eishalle Hand bieten und dort – und da hast du recht – war unser Fokus jedoch ein etwas anderer. Nicht auf den Spitzensport und nicht nur auf die Banden, sondern eben gerade auf den Zutritten für Schülerinnen und Schüler und die Eisfelder, die sie für den Schulsport, für die Junior/innen haben. Und ich muss schon sagen, es ist ein Unterschied, ob ich mich auf Kufen bewegen muss, oder ob ich einen Vereinssport betreibe, oder ob ich an einen öffentlichen Ort gehe, mich auf den Boden lege und ein Buch lese. Es bedarf keiner Mitgliedschaft, es bedarf keiner besonderen Fähigkeit, ausser – und das stimmt und da komme ich zurück auf den Sicherheitsaspekt, wofür ich dankbar bin, dass dieser in die Diskussion eingebracht wird – es braucht Schwimmkompetenz. Das macht es nämlich sicherer. Wenn ich schwimmen kann, dann ertrinke ich weniger. Das ist das, was die Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft auch sagt. Wir haben bei ihr nachgefragt, wie sie sich dazu stellt. Wir haben kein Communiqué dazu erhalten, daher konnten wir es im Vorstoss nicht wiedergeben. Aber sie hat sich dazu sehr positiv geäußert, dass nämlich, wenn der Zugang möglichst frei gestaltet wird und man Schwimmkompetenzen offener erwerben kann, grundsätzlich der freie Zugang immer zu bevorzugen ist. Und gerade vom Sicherheitsaspekt aus ist es eigentlich sicherer, je mehr man diese Kompetenzen schulen kann. Da sind wir sicher auch auf dem besseren Weg.

Stadträtin Marion Rauber: Ich erlaube mir als eigentliche «Chefin» dieser Badi auch noch das Wort zu ergreifen. Es sind einige Voten gefallen, die mich etwas irritiert haben. Ich möchte einfach etwas von der Illusion wegkommen, dass, nachdem wir die Bäume und Hunde befreit haben, auch die Badi noch befreien können, alle Zäune niederreißen und alle Drehkreuze wegnehmen. Wie es Thomas Marbet schon gesagt hat, ist dies ein Aspekt, der sicherlich nicht

gehen wird. Wir haben hier auch einen Verband im Hintergrund, der uns beispielsweise vorschreibt, wie viele Badmeister vor Ort sein müssen, wenn so und so viele Besucher in der Badi sind. Da müssen wir uns auch an gewisse Vorgaben halten und der Sicherheitsaspekt muss weiterhin gewährleistet sein. Egal, ob die Badi gratis ist oder nicht, man muss sie eigentlich weiterhin in einem geschlossenen Raum, Areal, betreiben, wo man auch diese Sicherheitsvorkehrungen treffen kann. Und wenn man alle Zäune wegnimmt, ist dies nicht mehr möglich. Und es wird vom Gesetz her einfach nicht möglich sein. Diese Illusion wollte ich rasch noch ein bisschen zerstören. Egal, wie wir jetzt weitergehen.

Andrea Walder (FDP): Nur noch rasch ein Punkt. Wir reden jetzt von den schwächeren Einkommen, was auch immer. Es geht mir nicht einmal darum. Ich glaube, das wird abgehandelt. Das wurde geschrieben. Bei mir geht es auch um den anderen Aspekt. Es gibt wirklich Leute, die dort schwimmen wollen und Sport treiben möchten. Die Badi ist ab halb sieben geöffnet, ich selber schätze das auch, ich bin auch ab und zu dort, auch am frühen Morgen schon. Es schon etwas Tolles, wenn man am Morgen ein solches Angebot hat. Die Badis, die ihr erwähnt habt und «gratis» sind, öffnen dann eben erst später. Ich glaube, diese Aspekte darf man nicht ganz vergessen. Die einen gehen ins Fitness, die anderen gehen im Wald joggen, was auch immer. Und dann gibt es wirklich auch die Schwimmer, die die gepflegte Art, die wir in Olten haben, sehr, sehr schätzen. Sich darüber hinwegzusetzen und einfach zu sagen, okay, wir haben eine Badi für jene, die ein Buch lesen wollen und die Schwimmer interessieren uns nicht, finde ich nicht ganz richtig.

Beschluss

Mit 22 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 26. Juni 2024

Prot.-Nr. 73

Auftrag Muriel Jeisy-Strub (Mitte/EVP/GLP) und MU betr. Vermarktung der Stadt am Oltner Bahnhof/Beantwortung

Am 21. März 2024 haben Muriel Jeisy-Strub (Mitte/EVP/GLP) und MU folgenden Vorstoss zuhanden des Gemeindeparlamentes eingereicht:

«Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Vermarktungsmöglichkeiten der Stadt und Region Olten mit ihren Sehenswürdigkeiten sowie zahlreichen Angeboten insbesondere am Oltner Bahnhof besser genutzt werden können.

Begründung

Der kürzlich verstorbene Hanspeter Rubi hatte am Bahnhof Olten nicht nur für seine Rubi's Ice Creamery Werbung gemacht, sondern insbesondere auch für die rasch erreichbare und sehenswerte Oltner Altstadt. Dieser tolle Ansatz sollte unbedingt weiterverfolgt werden. Diesbezüglich wäre wünschenswert, dass Region Olten Tourismus das von ihm gemietete Schaufenster übernehmen und darin direkt am sehr gut frequentierten Oltner Bahnhof auf die zahlreichen verschiedenen Angebote und Ausflugsmöglichkeiten in und um Olten aufmerksamen machen würde.

Die bereits sehr bekannten und erfolgreichen Schriftstellerwege, welche von Region Olten Tourismus erfolgreich lanciert wurden, verfügen über ein Schaufenster in der Martin-Disteli-Unterführung. Detektiv-Trail und Krimi-Trail scheinen weniger bekannt zu sein, obschon der Detektiv-Trail beim Gleis 12 startet und beim berühmtesten Bahnhof-Buffer der Schweiz endet.

Auch der Verein IPFO verfügt über ein Schaufenster in der Bahnhof-Unterführung, worin er auf seine aktuelle Ausstellung aufmerksam macht. Er hat zudem am 13. März 2024 kommuniziert:

Nur Bahnhof?

«Bisher kannte ich nur den oltener Bahnhof. »

«Den oltner Bahnhof, meinen Sie.»

«Das ist ja richtig hübsch hier! »

«Das ist mit Abstand die meist geführte Kurz-Konversation der letzten zwei Wochen. Sofern uns an der Kasse überhaupt Zeit für ein paar Sätze blieb. Denn in den ersten zwei Ausstellungswochen sind bereits über 1200 Personen aus allen Ecken der Schweiz, und sogar aus Deutschland, ins HAUS DER FOTOGRAFIE gereist.»

Es sollte daher nebst anderen Vermarktungskanälen vermehrt auch direkt am Bahnhof aufgezeigt werden, dass die Stadt Olten viel mehr zu bieten hat als einen wichtigen Umsteigebahnhof. Das Kunstmuseum verfügt über einen kleinen Ausstellraum auf dem Perron beim Gleis 7 und kann sicher auch noch deutlicher auf das in wenigen Minuten zu Fuss erreichbare Kunstmuseum hinweisen. Kreative Wegweiser oder Tafeln wären für verschiedene Angebote denkbar.»

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Vermarktung der Stadt und ihres Angebots ist wichtig für das Image von Stadt und Region. Dafür bieten sich verschiedene Kanäle an, beispielsweise Grossanlässe wie der OL-Weltcup in jüngster Vergangenheit, welche die Aufmerksamkeit eines breiten Publikums auf sich ziehen, aber auch die tägliche gute Arbeit aller lokaler Institutionen, ob städtisch oder privat. Das Kunststück besteht darin, den geeigneten Mix dieser Kanäle zu finden und die vorhandenen Ressourcen optimal einzusetzen, um den grösstmöglichen Effekt zu erlangen. Dafür sprechen sich die vorhandenen Kräfte aus Stadtverwaltung, Tourismus, Wirtschaftsförderung, Kulturveranstaltenden und neu auch City Management regelmässig ab.

Einen dieser Kanäle stellt sicher auch die Werbung am Bahnhof dar, wobei diese «nur» diejenigen erfasst, welche bereits in Olten angekommen sind, und daher sicher auch mit anderen ergänzt werden muss. Der Stadtrat nimmt das Anliegen gerne auf und wird es mit seinen Partnerorganisationen im Hinblick auf Nutzen und Effektivität prüfen. Er beantragt dem Gemeindeparlament daher, den Auftrag erheblich zu erklären.

- - - -

Muriel Jeisy-Strub, Auftraggeberin: Ich muss ehrlich sagen, dass ich nicht damit gerechnet habe, dass wir so schnell sind und der Auftrag noch heute an die Reihe kommt. Schön, dass ich mal Glück habe. Sonst habe ich auch mal fast ein Jahr gewartet. Nun vom einen Extrem ins andere. Ich möchte mich natürlich herzlich beim Stadtrat und Stadtpräsidenten für die positive Aufnahme bedanken und auch für den Willen, den Auftrag erheblich zu erklären, was ganz im Sinne der Fraktion Mitte/GLP/EVP ist. Zur Begründung nehmen wir gerne auf, dass Grossanlässe wie der OL-Weltcup grossartig sind. Den fanden wir auch ganz toll. Das Ziel soll sein, Olten einem breiten Publikum wirklich positiv darzustellen. Da können wir vollkommen dahinterstehen. Auch die verschiedenen Kanäle, die wichtig sind. Das ist auch in unserer Begründung enthalten. Dort haben wir wirklich noch etwas den Fokus auf den Bahnhof gesetzt, wo wir Potential eruieren. «Olten Bahnhof» ist einfach sehr, sehr bekannt und Olten wird unserer Wahrnehmung nach sehr häufig einfach als Umsteigeort unter seinem Wert geschlagen. Eben darum war es umso schöner, gerade beim Beispiel OL, dass Dank SRF wunderschöne Aufnahmen bei tollem Wetter gezeigt wurden. Das sind wirklich Bilder und Aspekte, die man sonst nicht gesehen hätte. Solche Kanäle sollte man weiterhin bedienen. Mich hat es auch gefreut, dass Olten Tourismus, den ich insbesondere betreffend Bahnhof darauf angesprochen hatte, den Kontakt gesucht hat und auch bereits aufgezeigt hat, welche Bemühungen und Gespräche sie schon getätigt haben und was alles besteht. Ich, die fast täglich am Bahnhof ist, muss sagen, dass ich nicht alles wahrnehme. Man nimmt nicht alles gleich gut wahr. Auch nicht mit der Touristenbrille. Aber ich denke, es hat eben Potential und man kann sicher an der Wahrnehmung und im gegenseitigen Austausch daran arbeiten. Sie haben auch gesagt, dass die Vorschriften betreffend Beschilderungen und Punkte der SBB offenbar schweizweit gelten würden und sehr strikt seien. Unsere Hoffnung ist, dass es jetzt eine Phase ist, bis zum «Neubauprojekt Bahnhof», das sich leider weiter hinauszögert, vielleicht trotzdem noch Möglichkeiten bestünden. Man sieht ja auch bei gewissen Anlässen, wie beim IPFO, dass es manchmal zusätzliche Möglichkeiten vorne beim Brunnen als Übergang an die Aare bestehen. Oder jetzt auch aktuell die Beschilderung zu diesem «Melt Dome», dass man hier einfach auch weiterdenkt. Ein Punkt war auch, dass selbst innerhalb der Fraktion nicht alle Angebote und Punkte bekannt waren. Und wir denken, es wäre auch sonst gut, wenn diese breiter bekannt gemacht würden. Sei es bei den Leuten in Olten oder in der Umgebung, aber auch schweizweit hat es Potential. Nicht nur von Olten Tourismus, sondern sicher auch von anderen erwähnten Stellen, was der Stadtrat aufgenommen hat, mit Stadtverwaltung, Wirtschaftsförderung, Kulturveranstaltende oder auch das City Management hätten wir hier. Auch der Werkraum, oder «Kunstraum» ist vielleicht der bessere Begriff für den Ort beim Gleis 7, wo es immer wieder vom Kunstmuseum Ausstellungen gibt. Dass man dort diese Gelegenheit irgendwie zum aufmerksam machen nutzen könnte und zum darauf

hinweisen: Hey, wir haben ein Kunstmuseum. Das ist in wenigen Gehminuten oder auch per Bus ab Bahnhof Olten super erreichbar. Es würde sich auch mal lohnen, beim Umsteigen, sei es wegen dieses Angebots oder etwas anderem, zwei, drei Stunden Pause in Olten einzulegen, oder noch länger. Ich denke, das ist nicht in jeder Stadt möglich. Bei uns ist alles nahe zusammen und super erreichbar, auch vom Bahnhof aus. Wir würden uns wünschen, dass man vermehrt auf diese Karte setzte. Nicht zuletzt auch, ich habe es in der Begründung erwähnt, sind mir die Bemühungen von Hans Peter Rubi präsent, der kurz davor verstorben ist, der auch mit diesem Schaufenster und dieser Tafel den Bahnhof nicht nur dafür genutzt hat, auf sein Geschäft aufmerksam zu machen, sondern allgemein auch für die doch sehenswerte und besuchenswerte Altstadt Olten.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Danke für den Vorstoss, Muriel. Und danke, dass du mich einkopiert hast im Mailverkehr mit Olten Tourismus. Ich habe auch noch ein paar Sachen gelernt. Wir haben uns bei der Antwort relativ kurzgehalten. Der Grund ist, dass wir diese Massnahmen prüfen wollen, daher machen wir es nicht bei der Beantwortung, und fürs Erheblicherklären kann man es, denke ich, etwas kürzer halten. Ich finde das Thema sehr interessant. Es stellt sich tatsächlich die Frage, wie man die Leute in die Innenstadt bringt. Am Bahnhof sind viele Leute und fahren vorbei, aber sie aus dem Bahnhof zu bringen, ist eine etwas grössere Schwierigkeit. Wenn sie dann mal am Ländiweg sind, wollen sie nicht mehr zurück, den dort gibt es jetzt auch Glacé und die Buvette. Aber wir nehmen das sehr gerne entgegen und würden euch empfehlen, den Vorstoss erheblich zu erklären.

Timo Probst, Fraktion SP/JSP: Auch wir wurden etwas überrascht, dass wir heute so effizient vorankommen. Wir haben rasch über den Fraktionschat die Meinungen abgeholt. Wir werden diesem Auftrag erheblich zustimmen. Ich glaube, alle Personen, die heute Abend im Saal sitzen, sind davon überzeugt, dass die Stadt Olten eine attraktive Stadt ist und mega viele Vorteile hat. Sonst würden wir uns mit Sicherheit nicht derart engagieren. Auch Leute, die vielleicht nicht in Olten geboren sind (einzelne von uns sind hier geboren und haben vielleicht noch einen tieferen Bezugspunkt) kommen ja zu uns und engagieren sich. Ich glaube, der Auftrag an sich fordert ja nicht allzu viel. Er setzt den Bahnhof ins Zentrum. Man hätte vielleicht noch weiter gehen können und die ganze rechte Aare etwas besser darstellen. Wie Heinz mit einem Selbstfeldversuch bei einem kurdischen Coiffeur, hat auch die Fraktion SP/JSP einen Feldversuch gemacht. Und zwar haben wir für unseren Fraktionsanlass bei Olten Tourismus eine Stadtführung gebucht. Es gab einige Fraktionsmitglieder, die über die Stadt sehr viel gelernt haben. Andere haben natürlich bereits alles schon gewusst. Oder sie haben gedacht, sie wüssten schon alles. Es gab nämlich Fragen zu beantworten. Was etwas erschreckend war, - insbesondere für mich, aber ich bin natürlich auch ein Liebhaber der rechten Stadtseite -, dass man nur auf der linken Stadtseite geblieben ist und eigentlich lediglich in der Altstadt im Kreis gelaufen ist. Ich persönlich finde die Altstadt eigentlich nicht den wahnsinnig coolsten Ort von Olten. Ich sehe sehr viel Potential vor allem, wie gesagt, auf der rechten Stadtseite. Vor allem auch mit der Bildung. Ich glaube, gerade die Bildung ist etwas – und das teilen wir alle –, das extrem wichtig ist. Diesbezüglich hat die Stadt Olten einen mega Standortvorteil. Und dies ist die FHNW. Wir haben in der Zeitung auch gelesen, dass die PH nach Olten kommen wird. Das wird natürlich noch einmal helfen. Ich gehe davon aus, dass auch die PH auf der rechten Stadtseite sein wird. Gerade dort kommen täglich ganz viele junge Leute nach Olten, die vielleicht noch vor dem Entscheid stehen, wo sie ihren Lebensabend verbringen und bekommen ein Bild davon. Und Olten Tourismus macht dann Werbung für die linke Stadtseite. Aber wenn man die Tannwaldstrasse entlangläuft, geht man nicht rüber auf die linke Stadtseite. Gleichzeitig läuft man dort auch immer an zahlreichen Brachen vorbei. Es hat auch viele Brachen im Bereich Gösgerstrasse Richtung Industrie. Und die grösste Brache verkürzt mir täglich den Arbeitsweg. Es ist der Parkplatz bei der Firma Nussbaum. All dies sind doch Sachen, die für mich auch Teil einer Attraktivierung sind, wenn man den Bahnhof etwas weiterdenkt, als nur das Schaufenster von Hans Peter Rubi. Das hätte man im Auftrag vielleicht noch ergänzen können. Aber man kann es ja immer noch machen, wenn wir es heute Abend eventuell für erheblich erklären.

Laura Schöni, Fraktion OJ: Ich muss dem, was Timo gesagt hat, nicht mehr viel anfügen. Was wir uns noch gefragt hatten, ist, ob vorgängig beim Erarbeiten dieses Auftrags mit Olten Tourismus etwas abgesprochen wurde. Oder, ob es losgelöst davon auf eigene Verantwortung bzw. Initiative von dir, Muriel entstanden ist. Das fänden wir noch spannend. Wir wissen nicht, ob sie es bereits voll auf dem Schirm haben oder nicht. Wir werden diesem zustimmen und für erheblich erklären.

Manuela Höfler, Fraktion GO: Auch wir können es kurz machen. Danke, Timo, du hast es gerade im grösseren Kreis erörtert. Der Auftrag ist für uns auch eine «low hanging fruit». Wir finden es eine gute Initiative und wir werden dem ebenfalls einstimmig zustimmen.

Philippe Ruf, Fraktion SVP: Danke an Muriel und die Mitte-Partei für diesen Vorstoss. Wir sehen es ebenfalls so, dass sich Olten noch besser vermarkten könnte. Ich glaube, hier haben wir noch Potential. Es wurden auch ein, zwei Punkte hier im Parlament angesprochen, worauf ich reagieren möchte. PH wird vermutlich dort nebenan hinkommen. Man baut den gleichen Campus, der dort schon steht, noch einmal nebenan. Zumindest ist das so geplant. Ich glaube nicht, dass dies zur Attraktivierung beitragen wird. Ich glaube, es ist eine Verschwendung unseres besten Quadratmeters, den wir im Kanton haben. Aber, was ich jetzt zumindest – und dies ist eine sehr subjektive Wahrnehmung, aber das können vielleicht andere bestätigen – ist, und da hat der Kollege aus der SP absolut richtige Punkte gesagt, die Studierenden in meinen elf oder zwölf Jahren, als ich an der FHNW immatrikuliert war, nicht in die Stadt hineinkommen. Ich glaube, dort stimme ich dir absolut zu. Dort haben wir durchaus Potential, diese Leute vermehrt in die Stadt reinzuholen. Sei es auf die linke oder rechte Aareseite. Da kann man bestimmt am Bahnhof «nachscharfen». Muriel hat auch wichtige Punkte angesprochen: Auch bei unseren Events und auch bei den verschiedenen Geschäften, die das fördern können. Ich glaube aber, wie der Stadtrat auch richtig aufzeigt wird dort von Seiten Stadt bereits investiert. Ich glaube nicht, dass der Vorstoss grundlegend an den Bemühungen der verschiedenen Institutionen und vom Stadtrat etwas ändern wird. Aber ich glaube, wir können den Auftrag so unterstützen, weil er diesen Bemühungen bestimmt auch nicht schaden wird. Und darum wird die SVP dahinterstehen. Aber ich finde es auch positiv und so, wie es der Stadtrat aufzeigt, ist er ja bereits mit den verschiedenen Institutionen «daran». Da gibt es durchaus Unterstützung. Das letzte, das ich noch anmerken möchte: Thomas hat es zuvor gesagt und danach wurde es wieder genannt, dass Olten eine sehr attraktive Stadt ist. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir Olten fördern und nicht schlechtreden. Was ich aber auch möchte, ist, dass wir nicht unrealistisch sind. Wenn man es faktisch anschaut, ist Olten keine attraktive Schweizer Stadt. Das müssen wir einfach auch sehen. Wir haben sehr viele Faktoren, die uns nicht unterstützen. Die Anzahl Sonnentag können wir leider nicht beeinflussen. Oder noch nicht. Andere Effekte wie Steuern, Arbeitsplätze etc., welche auf eine Standortattraktivität Einfluss haben (es gibt verschiedene Faktoren, die Einfluss haben auf die Lebensqualität in einer Stadt), können wir beeinflussen. Und ich denke, es sind diese Punkte, die wir unterstützen müssen, damit Olten attraktiver werden kann. Aber ich glaube, wir müssen auch immer ein realistisches Eigenbild haben. Denn nur so können wir die Stadt vorwärtsbringen und nicht wenn wir alles «schönmalen».

Christian Ginsig (GLP): Nur ganz kurz: Vor einigen Jahren hat man am Bahnhof die Schalterhalle umgebaut. Ich hatte damals schon einen Versuch gestartet. Der war ein bisschen aus Eigeninitiative und dies nun vielleicht etwas als Anregung, wenn wir nun gerade darüber sprechen und wir den Ball vielleicht wieder einmal aufnehmen. Damals hat es leider nicht geklappt. In dieser Schalterhalle wäre ein optimaler Platz für Olten Tourismus, wenn die Leute eine Bahnauskunft wollen, dort ebenfalls Infos abholen könnten. Es gibt diverse Bahnhöfe in der Schweiz, wo dies so gemacht wird. Meiringen Tourismus beispielsweise ist mitten im Bahnhof, Chur mit Tourismusorganisationen mitten im Bahnhof. Diese wollen einfach zu den Leuten. Dann ist das über die Brücke Laufen, auch wenn es nur 200 Meter sind, vielleicht schon bereits zu weit. Man muss einfach wissen, dass das Potential am Bahnhof 70'000 bis 80'000 Leute täglich ist. Ich habe das Gefühl, es wäre eine Riesenchance. Ich sehe es etwas anders als der Sprecher der SVP. Ich finde Olten sehr attraktiv. Insbesondere auch als zentraler Übernachtungsstandort. Ich habe einfach das Gefühl, es wäre eine Riesen-

chance. Und noch ein Tipp wegen der SP, danach höre ich auf: Die Führung von Stadtführer Peter Moor, unbedingt machen. Der bleibt auf der rechten Stadtseite. Werkstätten, Bahnhof, Riggibach, Paul Brandt, Kilometer Null, alles auf der rechten Seite. Er propagiert das alles.

Muriel Jeisy (Die Mitte): Um noch auf gewisse Punkte einzugehen: Der Detektiv-Trail ist in meinen Augen eben auch nicht so bekannt. In der Fraktion habe ich erfahren, dass dieser fast ausschliesslich auf der rechten Stadtseite ist. Es wurde von Olten Tourismus erwähnt, dass dieser gut frequentiert sei und dass dort, wo sich dann die eigentliche Stadtkiste befindet, Prospekte und anderes Material zur Verfügung steht. Im Übrigen ist auch das Mühletäli immer ein beliebter Ausflugspunkt auf der rechten Stadtseite und sicher auch das Sälischlössli. Ich finde die Diskussion hier auch gut, dass man Punkte und schöne Seiten von Olten nennen kann und sich auch über einige Ideen austauschen kann. Um die Frage von Laura zu beantworten: Nein, es wurde bewusst nicht mit Olten Tourismus abgesprochen. Ich wollte mich auch nicht darauf fokussieren, sondern eben die Stadt selber ansprechen. Denn es ist mir eben wichtig, dass es nicht nur um einen Player geht. Ich habe auch an das Kunstfenster vom Kunstmuseum gedacht und viele andere Angebote und nicht nur an das, was Olten Tourismus anbietet und vermarktet. Olten Tourismus ist sicher ein wichtiger Player in diesem Ganzen. Sie haben übrigens auch bei den Schaufenstern eines für den Schriftstellerweg, was ich persönlich eine sehr gute Sache finde für Olten und ich bin auch der Meinung, dass sie das sehr, sehr gut vermarkten. Aber ich finde auch wichtig, dass sie eben auch andere Sachen vermarkten. Und wenn sich irgendein Gewerbe oder jemand anderes findet, der das füllen würde. Im Moment ist immer noch jenes von Rubi's vorhanden und irgendwie vollgeklebt. Es war noch ein anderes leer. Mittlerweile haben wir einen Laden im Baselbiet, welcher ein Schaufenster hat. Das ist gut und recht zum Weiterziehen. Aber ich denke, es wäre auch toll, wenn es dort Oltner Gewerbe oder Angebote zu sehen gäbe. Und wenn man vielleicht durch die Öffentlichkeit die SBB zu guten Konditionen, zumindest jetzt für die Übergangszeit, bis zum Bahnhofneubau, unterstützen könnte.

Ursula Rüegg (SVP): Ich möchte gerne etwas eher Persönliches sagen. Es sind nicht alle der SVP-Fraktion der Meinung, dass Olten nicht attraktiv ist. Ich bin in Olten geboren, in Olten aufgewachsen und leider Gottes inzwischen auch alt geworden. Olten wird nie sein wie Zürich und Bern. Olten wird nie so attraktiv sein wie eine Grossstadt. Olten ist Olten und das ist richtig so. Ich finde, Olten hat seine Vorteile. Es ist keine Grossstadt, es ist eine sympathische Stadt. Und was mich persönlich immer ein bisschen wurmt, ist, dass man ständig von der rechten und von der linken Aareseite spricht. Und seit ich vom Pfnüselufer gelesen habe, stört mich das noch mehr. Aber ich denke, wir sind eine Stadt und wir müssten vielleicht einfach mal zusammenwachsen und nicht mehr die rechte und die linke Aareseite sein. Und dann wären wir noch etwas sympathischer.

Beschluss

Einstimmig wird der Auftrag erheblich erklärt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende entsprechende Direktion(en)

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Ich wünsche euch einen schönen Abend und bis morgen.

- - - -

Parlamentspräsidentin: Yael Schindler Wildhaber

Stadtschreiber: Markus Dietler

Schriftliches Protokoll: Andrea Baumann

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.